Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode

Protokoll 18/5

Plenum

5. Sitzung

München, Dienstag, 11. Dezember 2018, 12:00 bis 18:26 Uhr

Geschäftliches 108

Geburtstagswünsche für den Abgeordneten **Manfred Ländner** 108

Mitteilung betr. Verschiebung der **Tagesordnungspunkte 4 f und 4 k** 190

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Ministerpräsident Dr. Markus Söder 108
Katharina Schulze (GRÜNE) 125 135
Klaus Stöttner (CSU) 135
Thomas Kreuzer (CSU) 135
Florian Streibl (FREIE WÄHLER) 144
Katrin Ebner-Steiner (AfD) 149 156
Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER) 155
Horst Arnold (SPD) 156 163
Uli Henkel (AfD) 163
Martin Hagen (FDP) 164 168 177
Raimund Swoboda (AfD) 168
Tobias Reiß (CSU) 169
Sebastian Körber (FDP) 171
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER) 174 178
Dr. Simone Strohmayr (SPD) 178

Bekanntgabe der Mitglieder des Ältestenrats, der Ausschüsse, der Richterinnen- und Richter-Wahl-Kommission und des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" (s. a. Drs. 18/27, Anlage 1 und Drs. 18/28)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher 179

Mitteilung betr. Verschiebung der **Bekanntgabe der Mitglieder des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten"** 180

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de – Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung (Bayerisches Beauftragtengesetz - BayBeauftrG) (Drs. 18/17)
- Erste Lesung -

Staatsminister Dr. Florian Herrmann ... 180
Toni Schuberl (GRÜNE) ... 182
Tobias Reiß (CSU) ... 183
Alexander Hold (FREIE WÄHLER) ... 184
Richard Graupner (AfD) ... 186
Alexandra Hiersemann (SPD) ... 187
Alexander Muthmann (FDP) ... 189

Verweisung in den Verfassungsausschuss ... 190

Besetzung von Gremien

Wahl
der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums (s. a. Anlage 2)

Geheime Wahl ... 191

Ergebnis der geheimen Wahl ... 198

Wahl
der Vertreter des Landtags in den Verwaltungsrat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (s. a. Anlage 2)

Geheime Wahl ... 192

Ergebnis der geheimen Wahl ... 198

Wahl
der nichtberufsrichterlichen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs (s. a. Anlage 2)

Beschluss ... 193

Wahl
der Anstaltsbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten und den Jugendarrestanstalten (s. a. Anlage 2)

Beschluss ... 194

Wahl
der Maßregelvollzugsbeiräte (s. a. Anlage 2)

Beschluss ... 194

Bestellung
der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die G 10-Kommission (s. a. Anlage 2)

Beschluss ... 195

**Bestellung
der Mitglieder für den Rundfunkrat (s. a. Anlage 2)**

Beschluss 196

**Bestellung
der Mitglieder für den Medienrat (s. a. Anlage 2)**

Beschluss 196

**Bestellung
der Mitglieder des Landtags für den Landesdenkmalrat (s. a. Anlage 2)**

Beschluss 197

**Bestellung
von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Stiftungsrat der Bayerischen Forschungsstiftung (s. a. Anlage 2)**

Beschluss 197

Schluss der Sitzung 198

(Beginn: 12:06 Uhr)

Präsidentin Ilse Aigner: Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 5. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt. Ich darf darauf hinweisen, dass der Bayerische Rundfunk die Regierungserklärung und die daran anschließende Aussprache live überträgt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich einen Glückwunsch aussprechen. Am 27. November hat Herr Kollege Manfred Ländner – da ist er – einen runden Geburtstag gefeiert. Herzliche Gratulation!

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Das Wort hat der Ministerpräsident.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Hinter uns liegt ein Jahr der Veränderungen, ein Jahr, in dem einer der aufreibendsten Wahlkämpfe stattfand und der Landtag – wir alle sehen es – sich so grundlegend verändert hat wie noch nie. Dennoch: Trotz Wahlkampf, trotz Wirren und Mühen hat die bayerische Bevölkerung CSU und FREIEN WÄHLERN einen ganz klaren Regierungsauftrag erteilt. Diesen wollen und werden wir wahrnehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Heute blicken wir mit der Staatsregierung voraus auf fünf Jahre gemeinsame Regierungsverantwortung. Eine Koalition ist zwar keine Liebesheirat, aber mehr als eine Zweckehe. Die neue Bayern-Koalition fußt auf gemeinsamen Überzeugungen, Konzepten und Vertrauen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, nicht umsonst haben wir diese Koalition in Rekordzeit und ohne öffentliche Nebengeräusche gebildet. Im Vergleich zum Zustandekommen der Großen Koalition im Bund war dies ein Vorbild. Das war ein neuer Stil, der von der Bevölkerung akzeptiert wurde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben Stabilität versprochen – das halten wir auch. Zugleich wollen wir aber auch Erneuerung. CSU und FREIE WÄHLER stehen für eine Politik der Bürgernähe, eine Politik des Miteinanders und des Zusammenhalts, eine Politik der Zuversicht und des Optimismus. Wir sind eine bürgerliche Regierung. Bürgerlich regieren heißt, gut zu regieren, Probleme sachlich zu lösen, anstatt ständig zu streiten, die Gegenwart zu verbessern und gleichzeitig die Zukunft vorausschauend zu planen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir geben Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit und stehen dabei für Verlässlichkeit und Stabilität. Das soll der Stil der neuen Koalition sein.

Ich sage Ihnen eines: Bayern ist ein großartiges, ein erfolgreiches und ein wohlhabendes Land. Eigentlich geht es uns so gut wie nie. Bei aller Kritik im Detail möchte ich etwas sagen, das mir oft in diesem Wahlkampf, der hinter uns liegt, zu kurz gekommen ist. Trotz aller Vorschläge zur Verbesserung sollten wir alle miteinander manchmal ein bisschen dankbarer und stolz auf dieses großartige Land Bayern sein. Es gibt nichts Vergleichbares.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern geht es gut, doch das muss nicht so bleiben. Die Welt verändert sich rasch. Deshalb dürfen wir nicht stehen bleiben und uns wegducken. Nur wer sich bewegt, der kommt voran; denn unser Bayern ist das wert. Wir sind herausgefordert durch weltweite Veränderungen wie Migration, Klimawandel und zunehmend nationalistische Tendenzen in der Staatengemeinschaft. Darauf müssen wir auch in Bayern Antworten finden. Unser Koordinatensystem steht. Wir wollen ein Bayern, das stabil, das menschlich, das nachhaltig und modern ist.

Erstens. Wir sorgen in den nächsten Jahren für ein menschliches Bayern mit Lebensqualität. Meine sehr verehrten Damen und Herren, CSU und FREIE WÄHLER sind eine Familienkoalition, und Bayern ist ein Familienland. Dies wird einer der großen Schwerpunkte dieser Koalition sein. Wir wollen, dass es den Familien in Bayern gut geht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir haben traditionelle Familien, Doppelverdiener, Alleinerziehende. Alle Familienformen sind uns gleich wichtig. In unsere Familienpolitik investieren wir jährlich eine Familien-Milliarde. Unser Leitprinzip ist: Wir helfen Familien, aber schreiben ihnen ideologisch nichts vor. Wir unterstützen Familien, unabhängig davon, welche Betreuungsform sie wählen, ob zu Hause oder in der Kita. Meine Damen und Herren, das ist der bayerische Weg. Wir wollen echte Wahlfreiheit für Familien und keine ideologische Vorgabe, wie Kinder zu erziehen sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für diese Familienpolitik steht unser Familiengeld in Höhe von 6.000 Euro für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr. Ab dem dritten Kind sind es sogar 7.200 Euro. Das Familiengeld kommt an bei den Familien. Seit September wurde es schon für 250.000 Kinder ausbezahlt. Der Familienbund der Katholiken und der Verband kinderreicher Familien Deutschland haben unser Familiengeld in Bayern übrigens ausdrücklich gelobt. Doch das ist nicht alles, wir machen noch viel mehr. Alle Kindergartenjahre werden künftig weitgehend kostenfrei werden. Ab dem Jahr 2020 unterstützen wir die Krippen- und die Tagesbetreuung mit 100 Euro pro Kind und Monat.

Wenn man das zusammenrechnet, bedeutet das für eine Familie in Bayern bis zur Grundschule eine Unterstützung von mindestens 12.000 Euro pro Kind. Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies ist ein Familienbonus, den es nur in Bayern und sonst in keinem anderen Land gibt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Kostenfreiheit und finanzielle Entlastung sind das eine, mehr Plätze, mehr Qualität und mehr Flexibilität das andere. Beides ist den Eltern gleich wichtig. Deswegen schaffen wir 42.000 neue Betreuungsplätze bis zum Jahr 2023, weiten Betreuungszeiten aus, vor allem in den Ferien und Randzeiten, und starten mit dem Pilotprojekt Kita-Bus, um Elternstress gerade in den Ballungsräumen zu reduzieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wissen, dass das alles nicht günstig ist, aber sind wir ganz ehrlich: Familien und Kinder in Bayern sind es uns wert, diese Investitionen zu tätigen, weil sie die Zukunft unseres Landes sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir kümmern uns um die Familien mit Kindern, aber wir kümmern uns auch um die Familie im Alter. Wir lassen Pflegebedürftige und deren Angehörige nicht allein.

Unser Landespflegegeld von 1.000 Euro jährlich ist ein Zeichen der Anerkennung für das enorme Engagement der pflegenden Angehörigen. Das Landespflegegeld ist in Bayern bereits während der ersten drei Monate zu einem Erfolgsmodell geworden. Weit mehr als 300.000 Anträge aus dem ganzen Land gingen ein. VdK und Caritas haben dieses Landespflegegeld sehr begrüßt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mit dem Landespflegegeld wird eines erreicht: Wir unterstützen nicht nur die Pflegebedürftigen, sondern wir unterstützen die Herzlichkeit, die Menschlichkeit. Wir unterstützen Familienmitglieder, die füreinander so unglaublich viel leisten und sich gegenseitig helfen. Diese Form von Menschlichkeit gibt es so in keinem anderen Bundesland. Wir setzen Zeichen und Akzente für die Menschlichkeit. So stellen wir uns das Familienland Bayern vor – und wir bleiben auch dabei.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir wollen auch mit einer in Deutschland einzigartigen Pflegeplatzgarantie dafür sorgen, dass künftig jeder wohnortnah gepflegt werden kann. Unser Ziel ist, bis 2023 allen Pflegebedürftigen ab Pflegegrad 2 einen Rechtsanspruch auf einen Pflegeplatz zu geben. Ich gebe zu, das stellt Staat und Kommunen vor große Herausforderungen, aber wir gehen es gemeinsam an.

Meine Damen und Herren, es wäre zu wenig, dieses Thema außer Acht zu lassen. Wir wollen nämlich überall in Bayern die wohnortnahe medizinische Versorgung in allen Bereichen verbessern. Die Pflegeplatzgarantie ist deswegen ein wichtiges Signal für die Pflege – und sie ist einmalig in Deutschland. Bayern zeigt, dass es alle Generationen wahrnimmt und sich um alle kümmert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Generell gilt: Wohnortnahe Versorgung gibt es auch dadurch, dass wir zusammen mit den Kommunen in den kommenden Jahren über zwei Milliarden Euro in die medizinische Versorgung im ländlichen Raum investieren werden. Mit unseren Förderprogrammen unterstützen wir Mediziner und Studierende, die sich im ländlichen Raum niederlassen. Fast 500 Ärzte und 200 Medizinstudenten machen schon mit. Mit Landarztquote und Landarztprämie werden wir dies noch deutlich steigern.

Meine Damen und Herren, der ländliche Raum braucht die gleiche ärztliche Versorgung wie die Ballungsräume. Beides muss gleichermaßen im Blick bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden deswegen auch das Krankenhausprogramm, das für das ganze Land so wichtig ist, über die ganze Legislaturperiode auf Rekordniveau fortführen. Wir machen hier etwas, was es so nur bei uns gibt. Wir unterstützen nicht nur große Häuser in den Ballungszentren. Heute sind gerade viele kleine Krankenhäuser im Wettbewerb herausgefordert. Wir spannen über diese einen Schutzschirm. Wir übernehmen für diejenigen kleinen Kliniken im ländlichen Raum, die sich neu aufstellen und bereit zu Veränderungen sind, für drei Jahre 85 % der Defizite. Wir können damit – und das ist ganz wichtig – viele kleine Krankenhäuser erhalten und die medizinische Versorgung vor Ort verbessern.

Meine Damen und Herren, das ist für uns in Bayern wichtig. Wir gehen nicht allein danach, was sich rechnet, sondern wir denken auch an die Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Diese ist uns ganz besonders wichtig.

(Beifall bei der CSU und FREIEN WÄHLERN)

Wir unterstützen deswegen nicht nur kleine Krankenhäuser, sondern wir erhalten auch die Geburtshilfe im ländlichen Raum und stärken unsere Hebammen. Hebammen sind übrigens nicht nur für die Krankenhäuser im ländlichen Raum wichtig. Wir spüren auch in der Nähe der großen Städte schon, wie schwierig es selbst in neuen Krankenhäusern werden kann, wenn Hebammen fehlen. Wir müssen unsere Hebammen besser unterstützen.

Neben dem Hebammenbonus von 1.000 Euro pro Jahr gibt es nun ein Starterpaket von 5.000 Euro. Wir beginnen außerdem die akademische Hebammenausbildung in Landshut, Regensburg und München.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, manch einer mag darüber lächeln. Wir glauben aber, dass es einfach wichtig ist, engagierte Hebammen zu haben. Wir können mit unserem Programm, das wir jetzt auflegen, sagen: Hebammen werden in Bayern so gefördert wie in keinem anderen Bundesland. Wir stehen dazu. Wir halten das für die Menschen in Bayern für richtig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu einem menschlichen Bayern mit Lebensqualität gehört natürlich auch bezahlbarer Wohnraum. Die Lage ist vor allem in den Städten, ganz besonders in München, angespannt und schwierig. Neu vermietete Wohnungen kosten inzwischen mehr als 20 Euro pro Quadratmeter. Welcher Normalverdiener kann sich das noch leisten? Das Problem weitet sich Woche für Woche und Monat für Monat ins Umland aus.

Der Freistaat Bayern setzt daher, wie auch die Kommunen und der Bund, auf eine nachhaltige wohnungspolitische Offensive, an der alle in gleicher Weise mitwirken sollen. Unser Ziel sind 500.000 neue Wohnungen in Bayern bis 2025. Wir selbst beteiligen uns durch unsere BayernHeim mit mehr als 10.000 staatlichen Wohnungen für Normalverdiener. In München starten wir beispielsweise mit dem Großprojekt auf dem McGraw-Gelände mit über 1.000 Wohnungen und Wohnheimplätzen. Wir fördern mit fast einer Milliarde Euro pro Jahr den sozialen Wohnungsbau auf Rekordniveau. Allein mit der auf vierzig Jahre verlängerten sozialen Bindungsfrist erhalten 60.000 Sozialmieter in Bayern eine langfristig stabile soziale Perspektive.

Wir brauchen auch einfachere Bauvorschriften. Unser Ziel muss sein, einfacher und schneller zu bauen. Wir werden daher mit den Kommunen zeitnah einen Wohnungspakt schließen, gerade um Planungsverfahren zu beschleunigen.

Wir ermöglichen mit dem Baukindergeld Plus und der Bayerischen Eigenheimzulage den Traum vom Eigenheim. Seit September wurden bereits mehr als 1.100 Anträge auf Eigenheimzulage gestellt.

Ich sage Ihnen eines: Die Unterstützung des Mietwohnungsbaus ist uns wichtig und zentral, aber in Bayern wird auch Wert darauf gelegt, das Eigentum zu fördern; denn Eigentum ist die Grundbasis für jede wirtschaftliche Entwicklung, und wir wollen, dass junge Familien wieder die Chance haben, in Bayern selbstständig Eigentum zu erwerben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich werden wir zusammen mit dem Bund eine Reform des Wohngelds umsetzen. Es kann nicht sein, dass aufgrund der insgesamt höheren Einkommen als in anderen Bundesländern im Rahmen der Berechnungsformel in München nicht einmal 3.000 Haushalte Wohngeld erhalten, obwohl die Wohnungssituation dort angespannter ist als in vielen anderen Orten. Deswegen wollen wir die Berechnungsformel ändern und national mehr Geld zur Verfügung stellen. Das wird über

die Parteigrenzen hinweg anerkannt. Unser Ziel ist es, das Wohngeld zu verbessern. Das ist Sozialpolitik pur. Wir sind der Meinung, es muss auch für jemanden, der nicht an der oberen Einkommensgrenze liegt, in den Ballungsräumen noch bezahlbaren Wohnraum geben. Dafür setzen wir uns ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur Lebensqualität gehört neben der Familienpolitik, der medizinischen Versorgung und dem bezahlbaren Wohnraum vor allem die Nachhaltigkeit. Damit sind wir beim Thema Klima. Der Klimawandel verändert vieles. Wir sehen das überall in der Welt und spüren es auch in Bayern. Der Sommer war ein Beleg dafür. Viele Bäche und Flüsse hatten extremes Niedrigwasser, die Landwirtschaft massive Ernteeinbußen. Ich sage das an die Adresse aller Verschwörungstheoretiker und Mindermeinungen: Die Frage ist nicht, ob der Klimawandel kommt, sondern wie wir ihn bewältigen. Wir müssen uns dem Klimawandel stellen. Anders geht es nicht. Das ist die Verantwortung für unsere Kinder.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden daher dem Klimaschutz Verfassungsrang geben und im Rahmen der Umsetzung in einem eigenen Bayerischen Klimaschutzgesetz ganz konkrete CO_2-Ziele festlegen. Wir wollen die Treibhausgasemissionen in Bayern bis 2050 auf unter zwei Tonnen je Einwohner im Jahr und mittelfristig bis 2030 auf unter fünf Tonnen je Einwohner im Jahr reduzieren.

Dazu werden wir unser Klimaschutzprogramm aufstocken und die energetische Sanierung staatlicher Liegenschaften verstärken. Unser Ziel ist die weitgehende Klimaneutralität der Staatsverwaltung.

Klimaschutz und Energiepolitik gehören untrennbar zusammen. Entgegen allen landläufigen Meinungen und Klischees ist Bayern bereits heute die Nummer eins bei Wasserkraft, Solarenergie und Geothermie, und Bayern steht auch bei der Bioenergie mit an der Spitze. Meine Damen und Herren, wir sind ein Erneuerbare-Energie-Land, wie kaum ein anderes Land in Deutschland. Auch das sei einmal deutlich gesagt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Insgesamt liegt der Anteil erneuerbarer Energien an der Stromerzeugung in Bayern bei rund 45 %. Aber damit geben wir uns nicht zufrieden. Unser Ziel ist es, bis 2025 mindestens 70 % zu erreichen. Ganz klar ist für uns auch: In Bayern hat die ökologische Stromerzeugung mit regionaler Wertschöpfung Vorfahrt.

(Lachen des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Genauso klar muss aber auch sein, und das sage ich an die Adresse aller: Versorgungssicherheit und Preisstabilität sind dabei oberstes Gebot; denn der Strom muss für Bürger und Unternehmen bezahlbar bleiben und darf nicht mehr kosten als anderswo in Deutschland. Wir wollen in Deutschland keine zwei Preiszonen für Strom. Das wäre für unsere Bürger und Unternehmen nicht vertretbar.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, alle stimmen darin überein: Für uns alle hat Kohle keine Zukunft. Daher unterstützen wir den nationalen Kohleausstieg. Die jedoch aktuell in der Kohlekommission diskutierten Ausgleichszahlungen von 60 Milliarden Euro sind der falsche Ansatz. Damit würde jeder Arbeitsplatz mit zwei Millionen Euro ausgeglichen. Dies wäre am Ende ein nationales Energie-Umverteilungsprogramm. Der Norden hat den Wind, Ost und West haben Ersatzgeld für die Kohle. Und wo bleibt der Süden?

– Ich sage ganz deutlich: Bayern und Baden-Württemberg brauchen als Südländer und Wirtschaftsregionen eine nachhaltige, selbstständige energiepolitische Perspektive. Daher sind zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit regionale Gaskraftwerke notwendig. Wir müssen jedoch die nationalen Rahmenbedingungen ändern, damit klimafreundliche Gaskraftwerke wieder rentabel werden. Wir brauchen ein neues Marktdesign mit regionalen Kapazitätsmärkten. Dafür werden wir uns als Bayern einsetzen. Die klare Botschaft ist: Wir setzen in Deutschland auf Ökologie, aber der Süden darf energiepolitisch nicht abgehängt werden.

(Zuruf von der CSU: Bravo! – Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur Nachhaltigkeit gehört auch die Mobilität. Sind wir ehrlich, wir spüren es täglich, nicht nur, wenn Streik ist: Der zunehmende Verkehr entwickelt sich mittlerweile zu einem echten Stressfaktor, nicht nur zu einem ökologischen, sondern auch zu einem tatsächlichen Stressfaktor für uns alle. Deswegen brauchen wir eine Verkehrswende, bei der Schiene, ÖPNV, Fahrrad und Auto besser aufeinander abgestimmt werden. Bayern ist Autoland. Bayern ist übrigens auch Elektroautoland. Die meisten verkennen das, aber in keinem anderen Land fahren mehr Elektroautos als in Bayern. Deswegen wollen wir Elektromobilität und autonomes Fahren nachhaltig voranbringen. Unser Ziel ist, dass 70 % der neu zugelassenen Autos bis 2030 in Bayern elektrisch fahren.

Mit unserem Autopakt unterstützen wir die Digitalisierung im Autobau, fördern innovative Antriebssysteme und entwickeln selbstständig endlich Batterietechnik in Bayern. Ich sage Ihnen aber eines: Bei diesem Transformationsprozess dürfen wir die wichtige Automobilindustrie in unserem Land nicht ständig mit ökologischen Debatten belasten. Das zeigt auch die aktuelle Diesel-Diskussion. Meine Damen und Herren, ich sage es deutlich: Natürlich hat für die Bayerische Staatsregierung der klimafreundliche Diesel auch weiterhin Zukunft in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir nehmen das Thema "saubere Luft" sehr ernst. Ich komme darauf noch zu sprechen. Aber sind wir ehrlich: Über die Sinnhaftigkeit von aktuellen Grenzwerten und Messmethoden streiten nicht nur Politiker. Es ist zum Beispiel absurd, dass die Stickoxid-Belastung während eines Marathons in Oldenburg höher war als bei normalem Straßenverkehr. Ich plädiere dafür, dieses Thema endlich vernünftig einzuordnen; denn wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir es fair, gerecht und transparent schaffen und dürfen nicht mit ideologischen Vorgaben arbeiten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die aktuellen Messungen zeigen, dass in Bayern die Belastungen in den letzten Jahren deutlich zurückgegangen sind. Trotzdem investieren wir weiter; denn es reicht noch nicht. Wir müssen mehr tun. Wir investieren über 400 Millionen Euro in die Luftreinhaltung und werden alle vom Bund angebotenen Mittel zur Luftreinhaltung abrufen. Eine zentrale Rolle spielt dabei natürlich der ÖPNV. An sich ist das eine kommunale Aufgabe. Wir sind aber fest davon überzeugt, dass diese Aufgabe, die wir zusammen gestalten, eines der gemeinsamen Leitthemen ist.

Wir brauchen für den ÖPNV ein einheitliches Bayern-Ticket, mehr Linien, mehr Fahrzeuge und günstigere Tarife. Wir entlasten den Großraum München zum einen durch die zweite Stammstrecke. Ich sage das noch einmal all denjenigen, die bis heute auch in der Landeshauptstadt selber Widerstand leisten: Ohne diese zweite Stammstrecke ist eine Verkehrswende in Bayern und München nicht zu erreichen; wir brauchen sie. Bitte geben Sie da den Widerstand auf!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Um den Verkehr zu entlasten, wollen wir außerdem einen neuen S-Bahn-Ring um München herum. Starten werden wir hier mit ringförmigen Expressbusverbindungen im Umland. Das 365-Euro-Ticket ist übrigens dann der Quantensprung für den Nahverkehr in Ballungsräumen. Natürlich braucht es bei der Umsetzung dieser Maßnahmen eine seriöse Planung, weil es sich um hohe Kosten und um viele Strukturfragen handelt. Daher werden wir den Zeitplan für ein solches Ticket mit den Kommunen auf dem ÖPNV-Gipfel Anfang 2019 besprechen und festlegen.

Außerdem planen wir in den großen Städten, auch in München, Radschnellwege. Entlang bestehender Schienen- und Straßenachsen sollen die Innenstädte aus dem Umland per Fahrrad schneller und bequemer erreicht werden. Unser Ziel sind also fahrradfreundliche Metropolen.

Ich sage Ihnen aber auch: Neben den Ballungszentren finden Verkehr und Mobilität natürlich auch im ländlichen Raum statt. Für mich ist es entscheidend, dass wir uns beim Thema Verkehr nicht nur um die Großstädte kümmern; denn wir brauchen auch im ländlichen Raum mit gleichem Anspruch, mit gleicher Qualität und mit gleicher Unterstützung eine Verkehrswende und mehr ÖPNV. Dafür wollen wir uns engagieren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Da investieren wir mehr Geld und wollen einen flächendeckenden Bayern-Takt im Ein-Stunden-Rhythmus, landesweite Express- und regionale Smartbusse, mehr Pünktlichkeit, attraktivere Bahnhöfe und mehr Komfort durch WLAN in allen Zügen. Wichtig ist uns dabei, dass in den großen Verkehrsverbünden alle auf gleicher Augenhöhe und mit Respekt behandelt werden. Der MVV ist da ein gutes Beispiel: Wir haben es unter der Moderation des Freistaats Bayern geschafft, am Ende eine sinnvolle, gemeinsame Lösung zustande zu bringen. Ich appelliere an die Kommunen: Großstädte und ländlicher Raum müssen noch enger, besser und auf gleicher Augenhöhe zusammenarbeiten und die Zusammenarbeit mit Respekt voreinander angehen. Nur so können wir die Probleme gemeinschaftlich lösen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zur Lebensqualität der Menschen gehört natürlich auch eine nachhaltige Umweltpolitik. CSU und FREIE WÄHLER wollen hierbei neue Akzente setzen. Wir sind viel ökologischer, als manche glauben.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Oje!)

– Ja, das ist so. – Aber eines unterscheidet uns vielleicht: Wir sind überzeugt, dass Nachhaltigkeit besser mit Kooperation statt mit Konfrontation gelingt. Wir sind Freistaat, meine Damen und Herren, und kein Verbotsstaat, und wir würden auch gern Freistaat bleiben. Das bleibt so.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das fängt zum Beispiel beim Flächenverbrauch an. Auch wir stellen uns der Herausforderung und streben bis 2030 einen maximalen Flächenverbrauch von fünf Hektar pro Tag an. Aber wir wollen dies mit den Kommunen tun, nicht gegen sie. Eines sage ich Ihnen: Landschaftsschutz und Flächenschonung sind wichtig. Aber Menschen brauchen auch Wohnraum, und die Wirtschaft muss die Chance haben, sich entwickeln zu können. Wenn wir alle gegeneinander stellen, wenn alle nur im

Konflikt liegen, wenn wir am Ende nur auf Konfrontation setzen, werden wir weder den Flächenverbrauch reduzieren noch Anwalt einer vernünftigen Landesentwicklung sein. Wir wollen beides; wir wollen Flächenverbrauch mit der Notwendigkeit versöhnen, dass die Menschen in Bayern gut leben können. Das ist unser Anspruch, unsere Aufgabe, und dies setzen wir auch um.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dazu wird es eine Reihe von Maßnahmen geben. Das ist übrigens ein weiterer Unterschied zu einzelnen Konzepten, für die im Vorfeld zwar das Ziel definiert wurde, aber nie die Maßnahme. Das Ziel ist schnell ohne Probleme definiert – aber die Maßnahme macht dann manchmal die Schwierigkeit. Was haben wir da zu bieten? – Wir haben eine bayerische Entsiegelungsprämie mit 15 Euro pro Quadratmeter auf den Weg gebracht. Wir fördern vor allem Dorf- und Stadtkernsanierungen der Kommunen mit 60 bis 90 %. Wir wollen innerhalb der Städte ein intelligentes Flächenmanagement, indem Wohnungen über Discountern oder Stelzenbauten über Parkplätzen entwickelt werden, und wir werden auch das Anbindegebot im Jahr 2020 noch einmal evaluieren, um zu sehen, welche Herausforderung es für den ganzen Bereich des Flächenverbrauchs war.

Nicht nur der Flächenverbrauch ist uns wichtig. Wir setzen weitere ökologische Schwerpunkte. Wir haben gelernt; wir machen die Änderungen im Alpenplan rückgängig. Der Alpenplan wird nicht mehr angerührt, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir streben einen deutlich besseren Schutz unserer Artenvielfalt an. Wir wollen dazu das Vertragsnaturschutzprogramm verdoppeln – verdoppeln! –, weil es die wirksamste Maßnahme dazu ist, und mit einem Aktionsprogramm dem Insektensterben entgegentreten. Wir werden bis 2030 200.000 Hektar klimatoleranter Wälder schaffen und nehmen dauerhaft 10 % aller staatlichen Waldflächen von der forstwirtschaftlichen Nutzung aus. Und: Wir schließen einen Pakt mit der Wirtschaft gegen Mikroplastik. Wir wollen unnötige Kunststoffabfälle reduzieren und ein Verbot für Mikroplastik zum Beispiel in der Kosmetik erreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dieses gesamte Paket ist eine nachhaltige, ökologische Offensive. Selbst der Bund Naturschutz und andere Umweltverbände erkennen diese Bemühungen an und respektieren sie. Ich glaube, dass am Ende ein neues Kapitel der Umweltpolitik wichtig ist. Noch einmal: Unser Ziel ist die Nachhaltigkeit. Nachhaltigkeit bedeutet übrigens nicht nur das Fordern, sondern auch die Chance der Realisierung und Umsetzung. Ich möchte, dass wir in Bayern nicht nur über Umweltpolitik reden, sondern sie auch realistisch umsetzen, und zwar mit den Bürgern und nicht gegen sie.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das gilt übrigens besonders auch für unsere Landwirtschaft. Auch sie ist im nationalen Vergleich besonders umweltfreundlich. Die bayerischen Agrarumweltmaßnahmen KULAP und Vertragsnaturschutz sind die größten in ganz Deutschland. Ein Land wie Schleswig-Holstein beispielsweise, wo Herr Habeck einmal Landwirtschafts- und Umweltminister war, stellt nur rund 12 % der bayerischen Summe pro Hektar zur Verfügung. Beim Anteil der Öko-Fläche ist es übrigens ähnlich: Er ist bei uns höher als anderswo. Er beträgt in Bayern über 10 %, in Schleswig-Holstein nur 5,6 %, in Niedersachsen gerade einmal 3,8 %. Und in Bayern verwenden wir rund die Hälfte weniger Glyphosat, als das im übrigen Bundesgebiet geschieht. Eines kann ich sagen: Bayern hat mit die ökologischste Landwirtschaft, die es in Deutschland gibt.

(Hans Herold (CSU): Hört, hört!)

Dafür sollte auch einmal unserer Landwirtschaft Dank gesagt werden, die sich schon länger auf diesen Weg gemacht hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, für uns ist der biologische Landbau natürlich wertvoll, aber genauso wichtig ist die konventionelle Landwirtschaft. Beide gehören zusammen. In beiden Bewirtschaftungsformen wollen wir der Landwirtschaft helfen, sie nachhaltiger und innovativer machen und die Existenz unserer bayerischen Höfe und unserer bayerischen Agrarstruktur erhalten. Unser Ziel ist, viele Familienbetriebe zu erhalten. Wir wollen eben keine Agrarfabriken und keine Agrarheuschrecken in Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln gemeinsam reduzieren, aber nicht mit Verboten, sondern mit modernster digitaler Technik. Wir verdoppeln den Anteil der ökologisch bewirtschafteten Flächen, damit Bayern auch hier, im ökologischen Landbau, einsamer Spitzenreiter ist. Den Pakt für Eigentum, den wir geschlossen haben und der auf große Akzeptanz stößt, werden wir mit Leben füllen. Ich nenne Ihnen eines als klares Ziel der Regierungskoalition: Alle Landwirte, Forstwirte, Waldbauern und Jäger sollen sich auch weiter auf die Bayerische Staatsregierung verlassen können, meine Damen und Herren. Dafür stehen wir ein. Also handeln wir menschlich und nachhaltig.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber wir wollen auch modern sein und moderner werden. Die Entwicklung unserer wirtschaftlichen Ressourcen hängt natürlich – wir haben darüber schon an einigen Stellen diskutiert, beispielsweise in den ersten Plenarsitzungen – von der Digitalisierung ab. In der digitalen Welt sind Daten die Währung des 21. Jahrhunderts. Wir stehen bei diesem Prozess – davon bin ich fest überzeugt – erst am Anfang. Wir in Bayern jedenfalls wollen diesen Epochenwechsel aktiv mitgestalten. Wir haben als erstes und bislang einziges Bundesland ein eigenes Ministerium für Digitalisierung gegründet, und ich kann Ihnen sagen: Beim Digitalisierungsgipfel der Bundesregierung letzte Woche in Nürnberg hat dies bereits für große Beachtung gesorgt. Das Digitalisierungsministerium ist zuständig für die strategische Ausrichtung, die Koordinierung der Ressorts und die ethischen und gesellschaftlichen Fragen der Digitalisierung. In Bayern wird es künftig einen jährlichen Digitalisierungsgipfel der Staatsregierung und mindestens zweimal im Jahr ein sogenanntes Digitalisierungskabinett aller betroffenen Ressorts geben, um die entsprechende Ausrichtung und Koordinierung auf den Weg zu bringen.

Gleichzeitig setzen wir neben der bayerischen Perspektive gerade bei diesem Thema auf länderübergreifende Zusammenarbeit. Digitalisierung endet nicht an unseren Landesgrenzen. Deshalb werden wir erstmals gemeinsam mit Nordrhein-Westfalen, dem bevölkerungsreichsten Bundesland, eine länderübergreifende Zukunftskommission zur Digitalisierung ins Leben rufen. Damit, meine Damen und Herren, setzen die beiden größten Bundesländer in Deutschland ein ganz klares Signal nicht nur für Digitalisierung, sondern wir geben damit auch nationale technologische Impulse. Das zeigt: Bayern hat Partner, Bayern sucht Partner, und wir werden auch national mit den Anforderungen der Digitalisierung aus Bayern heraus eine starke Rolle spielen können. Das ist der Anspruch unseres Landes, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Basis der Digitalisierung in Bayern ist natürlich der Breitbandausbau. Wir haben inzwischen mehr als 43.000 Kilometer Glasfaser verlegt. Das ist übrigens mehr, als das gesamte Gleis- und Straßennetz in Bayern überhaupt an Kilometern hat. Wir lassen aber nicht locker und sind nicht zufrieden: Wir wollen bis 2025 alle Haushalte in Bayern gigabitfähig machen. Auch die Mobilfunkversorgung wird deutlich besser: Bis 2020 werden mindestens 1.000 neue Sendemasten in Bayern die Funkverbindung deutlich verbessern. Auch bei 5G steigen wir ein. Im kommenden Jahr bewerben wir uns für eine 5G-Modellregion des Bundes und starten Pilotprojekte zu 5G in jedem Regierungsbezirk.

Neben Mobilfunkversorgung und Glasfaser ist digitale Bildung ein zentrales Thema für uns. Allein im kommenden Jahr wollen wir gemeinsam mit den Kommunen rund 10.000 digitale Klassenzimmer einrichten. Insgesamt werden es 50.000 werden. Wenn wir über digitale Klassenzimmer und das Engagement des Freistaats reden, dann lassen Sie mich ein paar klare Worte zum Digitalpakt sagen: Wir wollen den Digitalpakt mit dem Bund. Aber, meine Damen und Herren: Wir wollen auch einen starken Bildungsföderalismus. Vielfalt ist kein Nachteil, sondern eine Stärke des deutschen Bildungssystems.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen ganz klar zur Eigenständigkeit der Bundesländer in Bildungsfragen. Übrigens sind die bayerischen Lehrerverbände bei diesem Thema auf unserer Seite; denn Bildungspolitik ist eine Urkompetenz des Föderalismus, und das muss sie auch in Zukunft bleiben, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für umgerechnet zwei Tablets pro Klasse muss man nun wirklich nicht das Grundgesetz ändern und die Länder damit zu nachgeordneten Behörden des Bundes machen. Deshalb lehnt nicht nur Bayern, sondern lehnen alle Bundesländer mit 16 : 0 Stimmen bei der Ministerpräsidentenkonferenz die jetzt aktuell vorgeschlagenen Grundgesetzänderungen ab. Alle Länder sind sich einig, meine Damen und Herren: Schulpolitik ist und bleibt auch künftig die Kompetenz der Länder. Dafür treten wir ein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die aktuelle Debatte zeigt nur eines: Wir brauchen insgesamt, auch in der Wahrnehmung in der medialen Diskussion national, wieder ein stärkeres Bewusstsein für einen lebendigen Föderalismus in Deutschland. Wir müssen uns mehr unserer eigenen Rechte und unserer Stellung bewusst werden und uns darum kümmern. Daher werden wir, Bayern und Baden-Württemberg, die Südschiene erneut beleben und gemeinsam eine Föderalismusinitiative starten, die in einer neuen Föderalismuskommission münden könnte; denn wir sollten uns über die Rolle der Länder, der Landtage, der Landesparlamente und des Bundesrats intensiver Gedanken machen.

Meine Damen und Herren, Bayern war schon immer ein Vorreiter des Föderalismus. An dieser Stelle – das sage ich eindeutig – haben wir mit Baden-Württemberg einen absolut gleichgesinnten Partner. Ich denke, es ist an der Zeit, eine neue Föderalismusdebatte zu beginnen. Es kann nicht sein, dass durch das goldene Lasso des Bundes Länderkompetenzen und Länderrechte und am Ende die Landtage irgendwann nur noch Kontostellen des Bundes sind. Wir brauchen eine eigene, selbstständige Perspektive. Der Bund hat seine Kompetenzen, die wir sehr unterstützen; aber die Länder müssen ihre eigenen Rechte deutlich markieren, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zurück zur Schule: CSU und FREIE WÄHLER sind eine Bildungskoalition. Kein anderes Flächenland in Deutschland investiert so viel in jedes einzelne Schulkind und in jeden einzelnen Studierenden wie der Freistaat. Wir – CSU und FREIE WÄHLER – bekennen uns gemeinsam zu einem differenzierten Schulsystem mit größtmöglicher Durchlässigkeit. Wir sind uns einig: Wir lehnen die Einheitsschule ab, und wir wollen keine ideologischen Debatten und Experimente in den Schulen und an den Schülern, meine Damen und Herren. Wir bleiben bei dem bewährten System.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Lehrerinnen und Lehrer in Bayern leisten großartige Arbeit. Ich finde übrigens, dass das zu wenig anerkannt wird.

(Widerspruch bei den GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Es gibt immer wieder Politiker anderer Couleur, die sich entsprechend über die Leistung von Lehrern geäußert haben. Wir tun das nicht. Wir schätzen deren Arbeit, meine Damen und Herren. Das tun wir nämlich,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

weil sie bei Wissensvermittlung, bei Erziehung und – ich sage es ausdrücklich – auch bei der Integration Großartiges leisten. Deswegen stellen wir bis zum Jahr 2023 5.000 neue Lehrer zur Unterstützung ein. Wir verringern damit Unterrichtsausfall und erreichen vor allem kleinere Klassengrößen und damit eine bessere Betreuungsrelation. Um im Wettbewerb um Lehrerinnen und Lehrer erfolgreich zu sein, werden wir die Eingangsbesoldung für alle Lehrer erhöhen und die ärgerlichen Befristungen nahezu vollständig abschaffen. Auch das ist ein klares Signal für Lehrerinnen und Lehrer in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben der Schule sind Wissenschaft und Forschung lebenswichtig. Darin liegt der Schlüssel zu wirtschaftlichem Erfolg. Ich glaube, da könnten wir uns einig sein. Wir investieren hier in den kommenden Jahren über vier Milliarden Euro in unsere Universitäts- und Hochschullandschaft und vertiefen dabei unsere Regionalisierungsstrategie in allen Regierungsbezirken. Meine Damen und Herren, wir brauchen Exzellenzen und müssen bei Exzellenzen weiter besser werden. Aber ich sage auch: Wissenschaft findet in Bayern nicht nur in München statt. Auch anderswo müssen Hochschulen und Hochschulstandorte gefördert werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vor allem in drei strategischen Bereichen wollen wir neue Impulse setzen: künstliche Intelligenz, Luft- und Raumfahrt und Supercomputer. Wir wollen künstliche maschinelle Intelligenz zur bayerischen Schlüsseltechnologie machen. Seien wir ehrlich: Deutschland hinkt hier den USA und China hinterher. Wir müssen mächtig aufholen, meine Damen und Herren. Wir investieren in den nächsten Jahren über 280 Millionen Euro in ein Kompetenznetzwerk "Künstliche Intelligenz", bestehend aus acht Hochschulen und weiteren namhaften außeruniversitären Forschungseinrichtungen. Mit künstlicher Intelligenz haben wir ganz neue Chancen, nicht nur im nationalen und internationalen Wettbewerb, sondern tatsächlich, um das Leben für die Menschen besser zu machen, zum Beispiel im Kampf gegen Krankheiten wie den Krebs. Wir werden wirtschaftlich erfolgreicher sein, weil sich ganze Industrien

über die Prozesse der künstlichen Intelligenz neu definieren. Auch autonomes Fahren geht nur damit.

Ich sage Ihnen eines: Wir wollen keine Roboter, die einfach die Arbeit der Menschen übernehmen, sondern wir wollen die Chancen der künstlichen Intelligenz nutzen. Wer sich dieser Zukunftstechnologie verweigert, wird am Ende der Verlierer im wirtschaftlichen Wettbewerb sein. Wir wollen keine Verlierer sein, sondern wir wollen Gewinner sein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch Luft- und Raumfahrt sind wichtig. Wir blicken dabei nicht ins All, sondern vom Satelliten auf die Erde. Warum? – Es gilt hier nicht, in den Tiefen des Alls zu forschen, sondern die Erde und Prozesse bei uns auf der Oberfläche in Bayern besser zu verstehen und besser zu lenken. Hochwasserschutz, Düngemitteleinsatz und Verkehrsströme können dadurch ganz anders diskutiert und angelegt werden. An der TU München gründen wir die größte Raumfahrtfakultät Europas. Wir haben übrigens aus der ganzen Welt positive Reaktionen erhalten. Bayerische Raumfahrtrobotik wird bald in bayerischen Autos, im Operationssaal oder daheim in der Küche zu finden sein.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der wirtschaftliche Aufstieg Bayerns lag schon einmal daran, dass wir uns in einer solchen Technologie – der Luft- und Raumfahrt – als Pionier verstanden haben. Wir sind in den letzten zehn Jahren zurückgefallen. Das soll sich wieder ändern. Wir wollen in einer der Schlüsseltechnologien der Zukunft, die Arbeitsplätze und Technologiegewinne bringt, wieder national und international eine echte Marke werden, deswegen unser Engagement an dieser Stelle.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Übrigens: Wenn wir die gesamten Kenntnisse nutzen wollen, die uns beispielsweise durch eine Menge an Daten gegeben werden, brauchen wir die Technik, um die Daten so zu verarbeiten, dass sie nutzbar sind. Dafür braucht es einen Supercomputer. Am Leibniz-Rechenzentrum in Garching haben wir schon einen der schnellsten Supercomputer der Welt gebaut und vor Kurzem in Betrieb genommen. Doch dieser, jetzt einer der weltbesten Computer, ist nur ein Zwischenschritt. Unser langfristiges Ziel ist die Entwicklung des ersten bayerischen Quantencomputers. Dies ist eine völlig neue Rechnergeneration, zigfach schneller und besser als alles, was wir jetzt schon als die besten Rechner der Welt kennen. Meine Damen und Herren, damit können wir Türen in digitale Welten aufstoßen, die uns bislang verschlossen sind, und damit beginnen wir von Bayern aus ein neues Zeitalter in der Computertechnik. Das kann das Leben der Menschen verbessern.

Ich sage Ihnen eines: Ich bin nicht bereit zu akzeptieren, dass das digitale Computergenom der Welt ausschließlich in den USA oder in China zu finden ist. Wir müssen diesen Wettbewerb ernsthaft und nachhaltig annehmen. Bayern tut das.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu einem modernen Bayern gehört natürlich auch eine – traditionell – kraftvolle Wirtschaftspolitik. Es ist eine Binsenweisheit; aber wir werden das in den nächsten Jahren noch spüren: Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles andere nichts. Bayern zählt zu den attraktivsten Wirtschaftsregionen der Welt. Wir haben nahezu Vollbeschäftigung und die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa. Die "FAZ" sprach kürzlich vom "bayerischen Wohlstandswunder". Können wir uns darauf ausruhen? – Sicher nicht. Ob das so bleibt? – Keine Selbstverständlichkeit. Wir alle spüren doch und sehen das jeden Tag in unmittelbarer Umgebung – Frank-

reich, Großbritannien –, dass es gravierende Veränderungen in Europa gibt: Eine völlig ungeklärte Situation beim Brexit, Unklarheit darüber, wie Frankreich seine wirtschaftlichen Ziele nach den aktuellen Debatten erfüllen wird; aber auch Handelskonflikte, Protektionismus und Zölle erschweren gerade der exportorientierten bayerischen Wirtschaft die Zukunft.

Erstmals seit Langem ging in Deutschland im letzten Quartal das Wachstum etwas zurück. Wir müssen das frühzeitig ernst nehmen. Daher braucht es eine strategische und aktive Wirtschaftspolitik für Industrie, Mittelstand und Handwerk. Übrigens sind alle drei in Bayern wichtig: Wir brauchen eine starke Industrie; wir wollen einen Mittelstand, in dem viele Unternehmen familiengeführt sind; und auch das Handwerk gehört untrennbar zu unserem Land, meine Damen und Herren. Leistung muss sich lohnen, Leistung wird unterstützt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wo liegen die Herausforderungen für unsere Wirtschaft? – Zum einen fehlen Fachkräfte, klar. Daher wollen wir gemeinsam mit der bayerischen Wirtschaft in einem Fachkräftepakt bis 2023 insgesamt 250.000 zusätzliche Arbeitskräfte in Bayern mobilisieren. Dabei steht für uns das heimische Potenzial im Vordergrund, aber auch die gezielte Anwerbung von Fachkräften aus dem Ausland.

Wichtig ist in Bayern, dass die akademische und die berufliche Ausbildung in gleicher Weise von Bedeutung sind. Meine Damen und Herren, die ganze Welt beneidet uns wirklich um die Qualität unserer beruflichen Ausbildung. Wenn wir Debatten darüber in Deutschland führen, haben wir manchmal den Eindruck, dass nur der Akademiker etwas zählt. Wir wollen Akademiker fördern und Universitäten ausbauen. Aber die berufliche Bildung ist genauso wichtig, ist gleichwertig und verdient Anerkennung, Respekt und Unterstützung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen stärken wir die duale Ausbildung. Wir setzen uns dafür ein, dass der Meisterbrief wieder für mehr Handwerksberufe verpflichtend wird; denn der Meisterbrief ist das Diplom, der Doktortitel des Handwerks. Zudem erhöhen wir im kommenden Jahr den Meisterbonus auf 2.000 Euro und setzen damit ein klares Signal für das Handwerk. Meine Damen und Herren, einen Meisterbonus in dieser Höhe gibt es nur in Bayern, weil Bayern ganz besonders zu seinem Handwerk steht. Das soll auch in der Zukunft so bleiben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben dem Fachkräftemangel spielen Steuern eine zentrale Rolle für den Wirtschaftsstandort. Weil darüber immer wieder von einigen diskutiert wird und wir in der aktuellen Grundsteuerdebatte erneut spüren, welche Vorstellungen dahinterstehen, nenne ich Ihnen den klaren Grundsatz, der für den Freistaat Bayern gilt: Wir sind gegen jede Form von Steuererhöhungen. Steuererhöhungen sind Gift für die Konjunktur, sind leistungsfeindlich und zeugen nur von einem tiefen Misstrauen gegen die Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen. Ich sage Ihnen eines: Wenn es Rekordüberschüsse gibt, dann sollen sie bei dem ankommen, der es verdient hat, nämlich bei dem, der sie erwirtschaftet hat. Deswegen sind wir generell der Meinung: Steuererhöhungen nein, Steuersenkungen ja, meine Damen und Herren. Die Bürger haben es verdient.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Das gilt übrigens nicht nur für Themen wie den Soli, sondern wir werden bald über ein Thema reden müssen, das uns andere Länder als Hausaufgabe mitgeben; denn viele Länder wie die USA, Frankreich, Großbritannien und Österreich senken derzeit massiv ihre Unternehmensteuern. Es besteht die Gefahr, dass Deutschland innerhalb von ein, zwei Jahren plötzlich wieder zu einem der Länder mit der höchsten Steuerbelastung für Unternehmen wird. Dies ist bei der Frage, wo sich Unternehmen ansiedeln – übrigens neben der Energie- und der Fachkräftefrage –, zentraler Indikator dafür, ob Unternehmen im Land bleiben oder ob wir wieder eine Entwicklung erleben wie vor vielen Jahren, bei der unglaublich viele Prozesse verlagert werden und damit Arbeitsplätze verloren gehen. Deswegen brauchen wir auch in Deutschland eine Debatte über die Anpassung der Unternehmensteuern. Der Freistaat Bayern hat dazu ein Konzept auf den Weg gebracht.

Wir glauben auch, dass dies in Berlin auf die Tagesordnung muss; denn eines ist klar: Im Moment sind wir scheinbar so wettbewerbsfähig, dass sich kaum einer mehr um die Leistungsfähigkeit kümmert und sich Gedanken darüber macht. Wir neigen sogar dazu zu sagen: Es geht uns so gut, dass mehr nicht sein muss. – Meine Damen und Herren, sehr schnell können sich Bedürfnispyramiden ändern: Wenn erkennbar ist, dass die Wirtschaft Probleme hat, wenn Arbeitsplätze verloren gehen und wenn Investitionen woanders in der Welt stattfinden. Ich sage Ihnen eines: Vorausschauende Politik heißt nicht, darauf zu warten, bis die Probleme eintreten, und dann den Reparaturbetrieb aufzunehmen. Vorausschauende Politik heißt, dann anzufangen, wenn man noch etwas steuern und lenken kann. Wir wollen das Niveau erhalten. Deswegen brauchen wir eine Unternehmensteuerreform in Deutschland, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Schließlich: Wir wollen einen Pakt der Freiheit mit der Wirtschaft schließen; denn wir alle haben bei vielen Gesprächen den Eindruck, dass gerade viele Mittelständler die Sorge haben, dass die eigentliche Haupttätigkeit von ihnen in der Bürokratieerfüllung besteht, im Ausfüllen von Formularen, und weniger in der eigentlichen Leistungserbringung im Betrieb. Deswegen lautet unser Ziel, Betriebsprüfungen, Steuerrecht und Genehmigungsverfahren zu entbürokratisieren. Mehr Freiheit, weniger Gängelung; mehr Beratung, weniger Sanktionen: Das ist der Weg für einen wirtschaftsfreundlichen Freistaat Bayern. Das ist uns Bayern, das ist uns die Wirtschaft wert, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Menschlich, modern, aber auch sicher: Ein sicheres Bayern ist eine der Koordinaten, die ganz entscheidend sind für die Lebensqualität der Menschen, aber auch für die Investitionsbereitschaft sehr vieler weltweit agierender Unternehmen bei uns. Meine Damen und Herren, wir sind ein sicheres Land. Wir haben die wenigsten Straftaten und die höchste Aufklärungsquote.

(Lachen bei der AfD)

Die Zeitung "Die Welt" nannte uns einmal den "bayerischen Musterknaben". Ich sage Ihnen eines: Das soll auch so bleiben. Wir stehen zu unserer Polizei. Wir stärken ihr den Rücken, und wir setzen Vertrauen in die Beamtinnen und Beamten. Ganz wichtig ist, dass bei uns Beamte nicht unter Generalverdacht stehen, sondern unsere grundlegende Sympathie für die Arbeit haben, die sie für uns alle leisten, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit über 42.000 Polizisten im Freistaat haben wir schon jetzt den höchsten Stand aller Zeiten erreicht. Als Koalition stellen wir bis 2023 noch einmal 2.500 neue Polizisten ein, davon 500 für die Grenzpolizei, und haben dann mehr als 45.000 Polizeibeamtinnen und -beamte in Bayern. Wir wollen dabei auch die Situation der Beamten bei ihrer Arbeit verbessern, indem wir ihre Überstunden jedes Jahr um mindestens 10 % verringern und Nachtschichten deutlich besser honorieren. Meine Damen und Herren, unser klares Ziel ist – auch bei den neu geschaffenen Polizeistellen –, die Polizisten nicht nur in den Präsidien zu bündeln und sie nicht nur mit neuen Aufgaben zu belasten, sondern unser Ziel ist, sie verstärkt in die Fläche zu bringen; denn überall in Bayern brauchen wir ihre verstärkte Präsenz.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein ganz besonderes Anliegen ist uns, dass wir uns neben der Stärkung von Polizei und Justiz um die Opfer von bereits begangenen Straftaten kümmern. Darüber wollen wir nicht nur reden, sondern wir handeln. Wir werden als erstes Bundesland ein Opferschutzgesetz beschließen. Mir ist der Hinweis wichtig: Wenn Sie darauf zurückblicken, wie in den Medien in den letzten 20 Jahren über Straftaten berichtet wurde, hören Sie immer die Frage: Was macht der Täter heute? Wie geht es dem Täter heute? – Es werden psychologische Profile von Tätern erstellt. Meine Damen und Herren, dabei redet keiner über die Opfer. Ich sage Ihnen eines: Wir dürfen nicht immer nur über die Psyche der Täter philosophieren, sondern wir müssen uns verstärkt um den Schutz von Opfern und um deren Nachsorge kümmern. Das ist eine Aufgabe eines fürsorgenden Staats.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Neben Sicherheit sind Migration und Integration natürlich die großen Themen unserer Zeit. Ich sage Ihnen aber: Bei diesem Thema schauen wir nicht ständig zurück, sondern wir blicken ausdrücklich nach vorn. Ich sage Ihnen aus meiner tiefen Überzeugung: Viele Menschen mit Migrationshintergrund haben sich bei uns bestens integriert und leisten einen wichtigen Beitrag für unsere Gesellschaft. All diejenigen, die sich so hervorragend einfügen, sind ein fester Bestandteil unseres Freistaats Bayern, meine sehr verehrten Damen und Herren, und wir sind ihnen dankbar für ihre Integration.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die beste Integration gelingt übrigens über den Arbeitsmarkt. Wir sind in Bayern dabei hervorragend vorangekommen. Wir sind das Land der gelingenden Integration. Wir hatten einmal ursprünglich mit der Wirtschaft vereinbart, 60.000 Flüchtlinge bis Ende 2019 in Arbeit zu bringen. Diese Zahl haben wir schon im März dieses Jahres überschritten. Inzwischen arbeiten über 80.000 Flüchtlinge in bayerischen Betrieben. Meine Damen und Herren, das ist ein echter Erfolg, und ich finde, wir sollten diesen Erfolg auch einmal deutlich aussprechen: In Bayern ist es leichter als anderswo, sich zu integrieren, und die Wirtschaft ist ein starker Partner der Integration.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Auch die 3-plus-2-Regelung hat sich bewährt. Sie gibt Asylbewerbern die Möglichkeit – –

(Lachen bei den GRÜNEN)

– Hören Sie nur zu. Ich werde auch jedem Satz von Frau Schulze zuhören und freue mich schon auf die Erwiderung. – Auch die 3-plus-2-Regelung hat sich bewährt. Sie gibt Asylbewerbern die Möglichkeit einer Ausbildung samt zweijähriger

Anschlussbeschäftigung. Meine Damen und Herren, wir in Bayern haben ein praxistaugliches Konzept. Wir brauchen keinen generellen Spurwechsel. Wir halten am Bewährten und Erfolgreichen fest.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir stehen übrigens uneingeschränkt zum Grundrecht auf Asyl. Daran wird nicht gerüttelt. Klar ist aber auch: Es gibt keinen Anspruch darauf, dass jeder, der aus wirtschaftlichen oder anderen Gründen zu uns kommt, einfach bei uns bleiben kann. Wir sind mit unserer bayerischen Migrations- und Asylpolitik auf dem richtigen Weg. Wir sorgen für die richtige Balance zwischen Humanität und Ordnung. Unser Konzept in der Praxis wirkt.

Grenzpolizei, Anker-Zentren und das Landesamt für Asyl – all das haben wir dieses Jahr auf den Weg gebracht – haben den Praxistest bestanden. Die Grenzpolizei schreckt Schleuser und Schlepper ab, Anker-Zentren beschleunigen die Verfahren, und das Landesamt für Asyl sorgt für die richtige Balance bei der Rückführung. In Bayern – darauf legen wir Wert – wird nach Recht und Gesetz unterschieden, wer bleiben kann und wer wieder gehen muss. Ich sage Ihnen sehr deutlich: Wir wollen so viel Integration wie möglich, aber wir schieben Straftäter so rasch wie möglich ab; denn wer sich nicht an unsere Gesetze und Werte hält, der hat in unserem Land keine Zukunft. Dabei bleibt es auch.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte die Zahlen, die das belegen, im Vergleich nennen: Bis Ende des Jahres – der Innenminister hat es vor wenigen Tagen genannt – wird die Zahl der Asylanträge in Bayern voraussichtlich bei rund 22.000 liegen. Bis dahin werden 15.000 Asylbewerber zurückgeführt worden sein oder haben das Land freiwillig verlassen. Würden manche Parteien in Deutschland die Blockade gegen die Anerkennung von Drittstaaten wie Marokko, Tunesien oder Algerien als sichere Herkunftsstaaten endlich aufgeben, könnte diese Zahl noch deutlich höher liegen. Das wäre ein wichtiger Beitrag zur Verstärkung der Politik.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Für mich ist das der Beleg dafür, dass wir keine Theoriedebatten führen und nicht immer historische Rückblenden machen müssen. Wir zeigen, dass Menschlichkeit und Sicherheit in Bayern Hand in Hand gehen können.

Meine Damen und Herren, die Migrationspolitik ist natürlich auch international. Damit sich viele Menschen erst gar nicht auf den gefährlichen Weg der Flucht begeben, ist die Bekämpfung von Fluchtursachen vor Ort natürlich eine internationale Aufgabe. Der Aufgabe stellen wir uns, und ihr haben wir uns schon gestellt. Deshalb wird mich meine erste große Auslandsreise im kommenden Jahr nach Afrika führen. Ich bin der festen Überzeugung, dass dort eine gemeinschaftliche Aufgabe liegt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Lachen bei der AfD)

– Sie haben nichts gelernt! Sie haben nichts gelernt!

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Ich schreibe mir noch etwas ins Stammbuch: Wir als Bayern wollen ein guter, verlässlicher, konstruktiver und optimistischer Partner in Europa sein; denn Bayern liegt im Herzen Europas, und wir alle haben Europa im Herzen. Unser Bekenntnis zur europäischen Integration ist unverrückbar. Wir wollen ein Europa, das sich auf

seine Stärken besinnt: Gemeinsamkeit, Werte und Regeln. Deswegen werden wir in Bayern – ich hoffe auch in Deutschland – gegen nationalistische und populistische Strömungen vorgehen. Nationalismus und Populismus geben nämlich keine Antworten, lösen keine Probleme, sondern spalten und lähmen nur unseren Kontinent.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern hat die Möglichkeit, mit Manfred Weber den nächsten Kommissionspräsidenten zu stellen. Das ist – so empfinde ich es – jenseits aller Parteigrenzen eine große Chance für den Freistaat. Deswegen sollten wir alle unabhängig vom Parteienstand eines tun: Wir sollten diesen Europawahlkampf nicht unter den klassischen Gesichtspunkten führen, sondern wir sollten in diesem Europawahlkampf ein gemeinsames Bekenntnis für ein demokratisches, optimistisches und geeintes Europa abgeben. Die eigentliche Gefahr besteht darin – das kann man an Frankreich und Großbritannien sehen –, dass dieser Kontinent in einen Zustand der Starre und Lähmung verfällt. Während sich anderswo die Welt unglaublich dynamisch entwickelt, verkettet und verrennt sich Europa in kleine Streitigkeiten der Vergangenheit. Wenn wir nicht aufpassen, wird dieses Zurückfallen in kleine regionale und nationalistische Konflikte unsere großen, gemeinschaftlich erreichten Erfolge kaputt machen. Wir haben auch ein Erbe der Väter und Mütter, die dieses Europa geschaffen, Frieden entwickelt und die Demokratie in Europa vorangebracht haben, zu verteidigen. Diesem Erbe fühlen wir uns im Bayerischen Landtag verpflichtet.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

All das zusammengefasst, von der Familienpolitik über die Bildungspolitik bis hin zur Sicherheitspolitik und der Digitalisierung, ist das Regierungsprogramm der Bayerischen Staatsregierung für die nächsten fünf Jahre. Manch einer fragt nun zu Recht: Kann sich Bayern das alles überhaupt leisten? – Ja, Bayern ist es uns wert. Dabei ist unsere Linie aber klar: Alles steht auf der Grundlage einer soliden Finanz- und Haushaltspolitik. Das ist die Mutter aller Politikfelder. Deshalb bleibt es bei der klaren Festlegung: Wir werden keine Schulden machen, alte Schulden tilgen und Reserven zurückhalten. Bayern bleibt weiterhin das finanziell solideste Land. Darauf können sich die Bürgerinnen und Bürger in Bayern verlassen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nun starten wir also mit der Bayern-Koalition. Eine Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN gab es in der Geschichte des Freistaates und auch in Deutschland noch nie. Wir sind also einzigartig. Wir wollen keine Streitkoalition sein, sondern ein Team. Wir folgen dem gleichen Kompass. Wir sind modern und bodenständig. Wir haben Werte, aber keine Ideologie. Wir sind weltoffen, aber immer bayerisch. Wir bleiben ein Freistaat und werden kein Verbotsstaat.

Unser Anspruch, an dem wir uns messen lassen wollen, ist einfach, gut zu regieren. Dem ganzen Land, aber auch jedem Einzelnen soll es besser gehen. Wir spüren das auch in anderen Ländern. Mediale Höhenflüge enden meist an der Realität praktischer Politik. Praktische Politik muss gut sein. Es reicht nicht immer, Star der Medien zu sein; so wichtig auch das sein mag. Es ist auch wichtig, dass sich am Ende die Ergebnisse messen lassen. Der einzelne Bürger muss spüren, dass die Politik bei ihm ankommt, und den Eindruck haben, dass sich die Politik um ihn kümmert. Meine Damen und Herren, wir haben den Anspruch, für die Bürgerinnen und Bürger da zu sein, und wir wollen uns um jeden Einzelnen kümmern. Das ist die Philosophie der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bayern ist unsere Heimat. Bayern ist ein Lebensgefühl. Wer neu zu uns kommt, spürt sofort: Hier lässt es sich einfach gut leben. Hier ist man gern daheim. Dieses Lebensgefühl wollen wir bewahren. Wir wollen, dass sich alle Bürger im Freistaat Bayern gut aufgehoben fühlen, egal, wie lange oder kurz sie im Land sind. Wir wollen, dass die Bayern stolz auf ihr Land sind und sich auf die Politik des Landtags, aber vor allem der Staatsregierung verlassen können. Egal, ob sie uns gewählt haben oder nicht: Wir müssen für alle da sein. Wir wollen für alle da sein.

Auf uns wartet also viel Arbeit. Was ist die Vision? – Die Vision ist ganz einfach: Bayern soll ein ganz besonderes Land bleiben. Bayern soll ein stabiles, leistungsfähiges, liebenswertes Land bleiben, und ein Bundesland mit hoher Lebensqualität. Das ist vielleicht die anspruchsvollste Vision, die man überhaupt haben kann. Der Bürger erwartet sich für sein Leben einen Beitrag, und den wollen wir geben. Deswegen bitte ich Sie ganz herzlich: Lassen Sie uns alle dafür arbeiten, konstruktiv und gemeinsam. Auch wenn die Standpunkte unterschiedlich sind, ist es die Aufgabe eines jeden Einzelnen. Wir sind der Verfassung, dem Wohle des Freistaates, unseren Bürgerinnen und Bürgern und dem Erbe der Abgeordneten verpflichtet, die das Land in den letzten 60, 70 Jahren aufgebaut haben. Deswegen lassen Sie uns gemeinsam für Bayern arbeiten und konstruktiv und erfolgreich sein; denn Bayern ist es wert.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Ilse Aigner: Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. – Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit wurde vom Ältestenrat auf 180 Minuten festgelegt. Sie verteilt sich wie folgt: Auf die CSU entfallen 45 Minuten, auf das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 31 Minuten, auf die FREIEN WÄHLER 28 Minuten, auf die AfD und die SPD jeweils 26 Minuten und auf die FDP 23 Minuten. Als Erste erhält Kollegin Katharina Schulze das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Parteien und Regierungen sind keine Konzerne. Demokratie funktioniert nach anderen Spielregeln als der Markt. Aber es gibt auch Gemeinsamkeiten. Wer die Zeichen der Zeit nicht erkennt, hat ein Problem. Einige von Ihnen hatten früher sicher auch einmal ein Handy von Nokia. Bis 2011 war Nokia Weltmarktführer, und dann kam das Smartphone. Nokia hat das unterschätzt und war bald darauf nur noch ein Nischenanbieter. Wenn ich mir Ihren Koalitionsvertrag ansehe, denke ich mir, Sie könnten sich, ehrlich gesagt, auch Nokia-Koalition nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Interessante Vergangenheit, einigermaßen solide, aber für das heutige Leben nicht mehr ganz passend; Sie bleiben Antworten auf wichtige Fragen schuldig.

(Alexander König (CSU): Wer hat sich denn diesen Schmarrn ausgedacht?)

Sie trauen sich nicht, einmal etwas Neues zu wagen. Aus dem Koalitionsvertrag lässt sich die Angst vor Veränderungen herauslesen, und das versuchen Sie mit Ihrem Aufzählungsreigen in irgendeiner Form zu kaschieren. Man könnte es auch schön mit Karl Valentin sagen:

(Zurufe von der CSU: Valentin!)

Mögen täten Sie schon wollen, aber dürfen haben Sie sich nicht getraut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei müssen Sie sich jetzt im Jahr 2018 trauen. Dafür braucht es eine klare Haltung, Werte und einen klaren Kompass, wie man die Gesellschaft gestalten möchte.

Ich möchte gleich mit einem wichtigen Thema anfangen. Am Freitag geht die Klimakonferenz in Kattowitz zu Ende. Ich persönlich hoffe sehr auf wirksame und vor allem verbindliche Beschlüsse. Die Erdüberhitzung kommt nämlich nicht irgendwann, sondern ist schon längst da. Sie trifft auch nicht irgendwen, sondern uns alle. Sie kann nicht irgendwann, sondern nur jetzt gestoppt werden. Ganz ehrlich, Kolleginnen und Kollegen, sie wird auch nicht von irgendwem gestoppt, sondern wir, auch wir hier im Bayerischen Landtag, haben die Aufgabe, beim Klimaschutz voranzugehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Klimaschutz ist die Überlebensfrage der Menschheit. Die Erde kommt mit drei oder vier Grad mehr zurecht, wir Menschen dagegen nicht. Der Ministerpräsident stellt sich hier hin und sagt, er möchte echten Klimaschutz machen. Er sagt auch, er möchte bis 2030 die CO_2-Emissionen auf fünf Tonnen reduzieren. Im Moment stoßen wir pro Kopf energiebedingt sechs Tonnen aus. Da kann ich ihm nur zurufen: Das ist völlig unambitioniert und viel zu wenig. Wir müssen die Emissionen halbieren, nur so geht konkreter und richtiger Klimaschutz.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vor allem brauchen wir konkrete Maßnahmen, Herr Söder, damit wir den Klimaschutz umsetzen können. Alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sagen ganz deutlich, dass die nächsten zwölf Jahre dafür entscheidend sind, ob es uns gelingt, die Erdüberhitzung auf 1,5 bis 2 Grad zu beschränken, oder ob es mehr wird. Da reicht es nicht zu sagen, wir haben ein großes Ziel, aber wir ergreifen keine konkreten Maßnahmen. Es reicht noch viel weniger, wenn man Klimaleugnern und Klimaskeptikern hinterherrennt. Dass der Klimawandel da ist, ist Fakt. Jeder Politiker und jede Politikerin, die es leugnen, haben es nicht verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Weil dem so ist, verstehe ich nicht, warum Ihnen, Herr Söder, der Abstand von Windrädern wichtiger ist als der Anstieg des Meeresspiegels. Ich verstehe auch nicht, warum Sie den Verbrennungsmotor schützen, die Menschen vor der Überhitzung des Erdklimas aber nicht. Sie – so steht es auch im Koalitionsvertrag – ergreifen keine wirkungsvollen Maßnahmen. Viel schlimmer finde ich es noch, dass Sie sich sogar einer Debatte über den richtigen Weg verweigern. Mehr Windkraft gibt es nicht mit Schwarz-Orange. Den Ausstieg aus der Kohle gibt es weder mit CSU noch mit SPD, AfD und FDP. Eine Verkehrswende gibt es nicht mit Dobrindt und Scheuer und auch nicht mit Söder und Aiwanger. Eine Agrarwende gibt es mit dieser Staatsregierung ebenfalls nicht. Deshalb muss ich Sie schon fragen, wie Sie das Klima schützen wollen, wenn Sie vom Klimaschutz alles ausnehmen, was den Klimawandel verursacht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz ist Industriepolitik. Klimaschutz ist auch Sicherheitspolitik, und Klimaschutz ist auch Sozialpolitik. Weil der Klimaschutz so umfassend ist, muss der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen oberste Maxime des Regierungshandelns sein. Das sind wir nicht nur den nachfolgenden Generationen schuldig, sondern auch den Menschen, die jetzt hier auf dieser Erde leben. Daran – das kann ich Ihnen jetzt schon versprechen – werden wir Sie, die Regierung, messen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen müssen wir beim Klimaschutz unseren bayerischen Beitrag zur Erreichung des globalen Ziels leisten. Als Erstes muss die unsinnige 10-H-Regelung weg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Für den Schutz der vielfältigen Tier- und Pflanzenwelt sind wir in Bayern ebenfalls selbst verantwortlich. Dazu könnten wir eine Menge tun. Hören Sie damit auf, systematisch alte Bäume im Steigerwald abzuholzen. Stellen Sie den einzigartigen Baumbestand unter Schutz, anstatt ihn zu zerstören, und schaffen Sie endlich einen dritten und einen vierten Nationalpark!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vernetzen Sie die Natura-2000-Gebiete miteinander, und erhöhen Sie ihren Schutzstatus! Führen Sie endlich den Gewässerrandstreifen ein! Sorgen Sie für mehr Ökolandbau, auf den staatlichen Flächen muss er verpflichtend sein! Ökologisieren Sie die gesamte Landwirtschaft, bringen Sie in den nächsten zehn Jahren um die Hälfte weniger Ackergifte aus! Auch in der Agrarpolitik ist es notwendig, konkrete Maßnahmen zu ergreifen, statt sich hinzustellen und zu sagen, was man angeblich alles gerne hätte.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Zögern und Zaudern und die Politik der kleinen Schritte haben konkrete Auswirkungen auf die Natur und die Pflanzenwelt in unserem Land. Deswegen bin ich persönlich sehr froh, dass es wieder einmal die Bürgerinnen und Bürger in die Hand genommen und ein Volksbegehren zu mehr Artenschutz gestartet haben. Ich bin auch sehr zuversichtlich, dass dieses Volksbegehren Erfolg haben wird; denn die Mehrheit in diesem Land hat schon längst begriffen, dass es ohne verbindliche Regeln nicht geht. Die Mehrheit hat auch schon längst begriffen, was alles auf dem Spiel steht. Da kann ich Ihnen, der schwarz-orangen Regierung nur zurufen: Wir GRÜNE werden nicht lockerlassen, bis auch Sie verstanden haben, dass unsere schöne Natur mit Freiwilligkeit allein nicht erhalten werden kann.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das gilt auch für den Flächenverbrauch. Sie reden immer von einer Richtgröße von fünf Hektar pro Tag. Das ist so ähnlich wie die Richtgeschwindigkeit von 130 km/h auf der Autobahn. Sie ist sinnvoll, gut gemeint, aber wirkungslos, weil sich nur wenige daran halten. Wie wenig eine solche Richtgröße wert ist, sieht man, wenn man in Ihrem Koalitionsvertrag weiterliest. Sie haben nicht einmal die Aufweichung des Anbindegebots zurückgenommen. Im letzten Jahr wurde der Flächenverbrauch noch einmal beschleunigt. Statt der knapp zehn Hektar verschwinden jetzt jeden Tag fast zwölf Hektar wertvoller Natur in Bayern. Mit Ihrer Politik geben Sie unser Land ungeschützt der anschwellenden Betonflut preis, anstatt endlich zu handeln. Das konkret muss sich ändern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mit einem Punkt in Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie sogar recht. Sie haben nämlich geschrieben, Bayern ist Autoland. Das ist richtig, denn wer in Bayern zu Fuß unterwegs ist, mit dem Radl fährt oder Bus oder Bahn benutzen möchte, darf von dieser Regierung keine oder nur wenig Unterstützung erwarten.

(Zuruf von der CSU: Wie kommen Sie darauf?)

Ich frage Sie ganz deutlich: Wo ist Ihr Radverkehrsgesetz für Bayern? Wo bleiben zukunftsweisende Mobilitätskonzepte, um den Verkehrsinfarkt in großen Städten abzuwenden? Ich verstehe es nicht ganz. Sie reden davon, dass Sie vom Autoland zum E-Autoland werden möchten. Aber ganz ehrlich, Kolleginnen und Kollegen, wenn wir jedes Auto mit Verbrennungsmotor durch ein E-Auto ersetzen, dann stehen die Menschen in den großen Städten immer noch im Stau, und das ist doch das Problem.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Über eine Sache haben wir uns aber gefreut: Sie haben in Ihre Auflistung unsere Mobilitätsgarantie aufgenommen. Auch Sie möchten jetzt, dass auch im ländlichen Raum die Orte im Stundentakt an den ÖPNV angebunden sind. Es freut uns, dass Sie unsere Idee aufgenommen haben, aber auch hier stelle ich die Frage: Wie wollen Sie das konkret umsetzen? Wie viel Geld hinterlegen Sie? Warum haben Sie noch nicht die flächendeckenden Verkehrsverbünde gefordert? Ich erwarte etwas mehr, als das nur hinzuschreiben und eine schöne Schlagzeile zu produzieren, am Ende aber mit konkreten Maßnahmen zu geizen.

(Zuruf von der CSU)

Ich musste lachen, als Sie davon gesprochen haben, dass Sie sich jetzt auf den klimafreundlichen Diesel konzentrieren wollen. Ganz ehrlich, wenn Sie als schwarz-orange Regierung den Diesel weiterhin für eine Zukunftstechnologie halten, dann, glaube ich, haben Sie etwas noch immer nicht ganz verstanden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von der CSU: Oder Sie! – Unruhe bei der CSU)

Wenn Sie genauso wie wir möchten, dass die Autoindustrie ein wichtiger Industriezweig in Bayern bleibt, dann muss nämlich die Richtung des Denkens geändert werden. "Bayern ist Umweltland" – das wäre doch die bessere Botschaft. Das wäre besser für unser aller Zukunft, und es wäre auch besser für die Automobilindustrie. Schwarze Zahlen und ein schwarzer Auspuff, das geht nämlich nicht länger zusammen. Schwarze Zahlen gibt es auf Dauer nur mit grünen Ideen. Wer hier etwas anderes behauptet, der versteht nicht, worum es in der Zukunft geht.

In der Zukunft geht es auch nicht um mehr Flugverkehr. Darum sage ich hier und heute noch einmal ganz deutlich: Wir brauchen hier in Bayern keine dritte Startbahn am Münchner Flughafen.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf von den GRÜNEN: Bravo!)

Wir brauchen sie weder jetzt noch in fünf Jahren, wenn Ihr halbherziges Moratorium ausgelaufen ist und die FREIEN WÄHLER als Regierungspartei ein Fall für die bayerische Landesgeschichte geworden sind.

(Beifall und Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Die FREIEN WÄHLER und der Fall der dritten Startbahn, das ist wirklich ein sehr trauriges Kapitel. Die Menschen in der Ballungsregion rund um München und um den Flughafen wissen das. Sie werden nicht vergessen, wie schnell Sie sich dort haben verkaufen lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Kolleginnen und Kollegen, wir gewinnen Zukunft, indem wir die Digitalisierung gestalten. Das fängt beim Netzausbau an. Anstatt aber endlich einen Plan für den flächendeckenden Glasfaseranschluss bis zu jeder Haustür vorzulegen, begnügt sich

die Staatsregierung dann doch mit Kupferkabeln auf den letzten Metern. Das aber, Kolleginnen und Kollegen, ist so, als würde man Big Data mit Karteikarten verwalten wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Beim Mobilfunk können wir eigentlich nicht von einem funktionierenden Netz reden. Ich finde, es handelt sich eher um einzelne Inseln mit guter Abdeckung. Selbst im internationalen Vergleich ist die Bilanz verheerend. Selbst der Kongo hat ein besseres Mobilfunknetz als wir.

(Thomas Kreuzer (CSU): Wer ist denn gegen die Masten vor Ort? – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Hat er auch ein so gutes Sozialsystem wie wir?)

Leider wird das mit der Einführung des 5G-Standards nicht besser.

(Unruhe bei der CSU)

National Roaming, also die Verpflichtung der Netzbetreiber, auch andere Anbieter die eigenen Masten nutzen zu lassen, ist bei der Vergabe der Frequenzen nicht zwingend. Was aber folgt daraus? – Wenn man die Weichen nicht richtig stellt, werden wir auch auf absehbare Zeit in weiten Teilen Bayerns kein 5G-Netz haben. Da nutzen uns auch Ihre paar Modellregionen nichts. Damit sind wir in Bayern für die digitale Welt schlecht aufgestellt. In diesem Fall können wir uns bei der Bundesregierung bedanken und auch bei dieser Staatsregierung.

(Zuruf von der CSU: Und bei den GRÜNEN!)

Wenn wir im internationalen Wettbewerb mithalten wollen, brauchen wir den Glasfaseranschluss in jedes Haus, brauchen wir 5G an jeder "Milchkanne". Ich wundere mich schon, dass die Regierung nicht lautstark protestiert hat, als der Satz "Wir brauchen nicht 5G an jeder Milchkanne" gefallen ist. Wir GRÜNE sind nämlich schon der Meinung, dass wir 5G an jeder "Milchkanne" brauchen; wir brauchen 5G auch im ländlichen Raum. Sonst muss man Ihnen nämlich die Frage stellen, ob Sie den ländlichen Raum schon aufgegeben haben. Da kann ich Ihnen aber nur zurufen: Wir GRÜNE kümmern uns! Wir sind für ein gutes Leben und für gleichwertige Chancen, auch auf dem Land.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Was für die digitale Infrastruktur gilt, droht uns auch an den Schulen. Wenn der Digitalpakt an der föderalen Prinzipienreiterei scheitert, sind am Ende die Kinder die Dummen. Ich persönlich will das aber nicht. Ich möchte, dass unsere Kinder möglichst gut auf die digitale Welt vorbereitet sind, in die sie hineinwachsen.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU))

Ich möchte, dass sie sich frei und selbstbestimmt bewegen können. Dafür muss die smarte Schule aus irgendwelchen Vorlagen des Ministeriums in die Wirklichkeit finden. Wenn Sie die Mittel aus Berlin jetzt ablehnen, heißt das doch im Umkehrschluss, dass Sie selbst einspringen müssen; Sie müssen das aus Landesmitteln selbst finanzieren. Das müssen Sie auch nicht irgendwann, sondern jetzt. Es kann doch nicht sein, dass die Schülerinnen und Schüler zum Opfer Ihrer Halsstarrigkeit werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, Herr Söder, haben viel über Digitalisierung gesprochen. Dazu habe ich die Frage: Wie sieht Ihre Digitalisierungsstrategie denn genau aus? Was ist Ihr Ziel bei

dem ganzen Thema? In Ihrer Rede habe ich viel zum Standortfaktor Wirtschaft gehört, auch viel zum Thema Technologie. Das alles ist wichtig, darum müssen wir uns kümmern. In meinen Augen ist das aber viel zu kurz gesprungen. Wir müssen die Digitalisierung als gesamtgesellschaftliches Phänomen begreifen. Nur dann können wir nämlich die wirtschaftlichen Möglichkeiten nutzen. Das aber heißt: Wir brauchen eine breite Debatte über die Ethik der Algorithmen, über Datenschutz und Selbstbestimmung. Ohne Konsens, was erlaubt ist und was nicht, werden wir nie genug Akzeptanz für die breite Anwendung künstlicher Intelligenz bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Klar ist dabei aber auch, dass die Menschen bei einer derart tiefgreifenden Veränderung des Lebens mitreden möchten. Sie sind auch in einer digitalen Gesellschaft in erster Linie Bürgerinnen und Bürger, nicht nur Kunden. Sie wollen deshalb nicht nur wissen, was es ständig Neues zu kaufen gibt, sondern auch, wie digitale Technologie für mehr Ökologie sorgen kann, für mehr Transparenz, mehr Beteiligung oder auch für bessere soziale Teilhabe. Ich würde mir wünschen, dass in den nächsten fünf Jahren die Schieflage in Ihrem Regierungsprogramm, das in meinen Augen zu sehr auf Technologie und wirtschaftliche Belange abstellt, geradegerückt wird. Ich wünsche mir, dass wir in den nächsten fünf Jahren eine ehrliche und offene Debatte über die Chancen und die Herausforderungen, aber auch über die Risiken der Digitalisierung führen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schieflage geraderücken, das wünsche ich mir auch für einen anderen Bereich, nämlich für die Familienpolitik. Weiterhin wird das Familiengeld bezahlt und der Zuschuss zu den Kindergartengebühren. Die Ausgaben dafür summieren sich auf deutlich mehr als eine Milliarde Euro im Jahr. Das hört sich erst einmal gut an. Arme Familien aber, die wirklich finanzielle Unterstützung brauchen, haben von beidem nichts. Ihnen wird das Familiengeld von den SGB-Leistungen abgezogen, von den Kindergartengebühren sind sie schon längst befreit. Sie geben also einen Haufen Geld aus, um manche Familien zu beschenken. Viele Familien wünschen sich aber etwas anderes als Ihr Familiengeld und den Gebührenzuschuss. Sie wünschen sich etwas, was viel besser zu ihrem Leben passt, beispielsweise genug Krippen- und Hortplätze und genügend Kindergartenplätze. Sie wünschen sich längere Öffnungszeiten für Kindergärten, sodass man diese Einrichtungen auch am Abend oder am Wochenende nutzen kann. Sie wünschen sich ausreichend Personal, das ordentlich bezahlt wird.

Wie sehen denn Ihre Ideen aus, damit mehr Menschen den Beruf der Erzieherin und des Erziehers erlernen? Ich habe da, ehrlich gesagt, noch nichts gesehen. Sie sagen, Sie möchten mehr Erzieherinnen und Erzieher. Die wachsen aber nicht auf Bäumen. Dafür muss man Rahmenbedingungen setzen, damit mehr Menschen diesen verantwortungsvollen Beruf ergreifen. Ich kann Ihnen nur sagen, wenn eine Erzieherin schon in der Ausbildung nur ein Taschengeld bekommt, ist der Beruf nicht gerade attraktiv. Da kann man dann auch die Frage stellen, warum Erzieherinnen und Erzieher in der Ausbildung so viel schlechter gestellt werden als Auszubildende in anderen Berufen, warum überhaupt die Care-Berufe nach wie vor so schlecht bezahlt werden. Die Erzieherin, die Krankenschwester, die Hebamme, die Sozialpädagogin, sie alle eint, dass sie eine große Verantwortung tragen, aber nur ein kleines Gehalt bekommen. Ich frage mich schon, ob da nicht noch immer dieses Bild der Frau dahintersteckt, die sich selbstlos aufopfert, um Schwachen zu helfen, und darin ihre Erfüllung findet. Kolleginnen und Kollegen, dieses Bild muss raus aus den Köpfen. Wir haben das Jahr 2018.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist doch schon heute so: Junge Frauen sind im Schnitt besser ausgebildet als gleichaltrige Männer. Sie haben ihren eigenen Kopf, und eines wollen sie ganz bestimmt nicht, nämlich von Männern abhängig sein oder sich von ihnen erklären lassen, wo es langgeht. Wenn Sie also wollen, dass künftig mehr Menschen diese Berufe ergreifen, dann sorgen Sie bitte dafür, dass sie professionell arbeiten können und entsprechend bezahlt werden. Das wäre eine Strategie für die Zukunft, und zwar eine deutlich bessere, als Geschenke mit zweifelhaftem Nutzen zu verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Und da wir schon beim Thema sind: Wir sind hier in Bayern weit weg von einem Zustand, in dem Frauen und Männer gleiche Chancen und Rechte haben. Schauen Sie sich doch bitte mal Ihre Sitznachbarin oder Ihren Sitznachbarn an. Die Chance, dass Sie auf eine Frau schauen, liegt bei 27 %. Die Chance, dass Sie auf einen Mann schauen, bei 73 %.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Sitzen Sie bei der CSU, sinken die Chancen auf eine weibliche Sitznachbarin, bei der FDP und bei der AfD beträgt die Wahrscheinlichkeit noch nicht einmal 10 %.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dieses Parlament soll die Bevölkerung repräsentieren. Das tut es aber nicht!

(Unruhe)

Was den Frauenanteil angeht, ist vor allem die rechte Hälfte des Hohen Hauses kläglich gescheitert, übrigens auch bei der Auswahl für die Führungsgremien und bei der Regierungsbildung.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nicht, dass wir das Problem in fünf Jahren wieder gemeinsam wortreich beklagen und sagen, dass es doch eigentlich ein Unding ist, dass in der heutigen Zeit die Geschlechter im Parlament nicht gleichmäßig repräsentiert sind. Deshalb müssen wir uns jetzt, in dieser Legislaturperiode, um eine gesetzliche Regelung kümmern. Wir müssen an das Wahlrecht ran, um diesen unhaltbaren Zustand zu beenden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Tobias Reiß (CSU) schüttelt den Kopf)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir werden das in den kommenden Jahren hier im Bayerischen Landtag auf die Tagesordnung setzen. Darauf können Sie sich verlassen. Sie können sich auch darauf verlassen, dass wir genau hinschauen, wie Sie sich dann bei diesem Thema verhalten; denn auch hier gilt: Die Zeiten der Freiwilligkeit sind vorbei. Gleiche Rechte und Chancen für Frauen sind kein Nice-to-have, sondern ein Must-have. Wir GRÜNEN werden dafür sorgen, dass Bayern das erste Bundesland mit voller Gleichberechtigung wird.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wichtige Bedürfnis, Freiheit und Sicherheit in Einklang zu bringen, ist auch eine große Herausforderung, der wir uns gemeinsam stellen müssen. Die Menschen in Bayern haben da ein sehr gutes Gespür.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Entschuldigung, Frau Kollegin – eine Zwischenfrage.

Katharina Schulze (GRÜNE): Am Schluss.

Erster Vizepräsident Karl Freller: Am Schluss, okay.

Katharina Schulze (GRÜNE): Die Menschen in Bayern haben auch ein gutes Gespür beim Thema Freiheit und Sicherheit. Sie wissen, dass wir mehr Polizistinnen und Polizisten brauchen, die gut ausgestattet gehören. Sie wissen aber auch, dass wir mehr Prävention benötigen und deswegen in die Prävention investieren müssen. Aber sie wissen auch, dass es nicht geht, Bürgerrechte und Freiheitsrechte zu beschneiden. Deswegen sind vor der Wahl Zehnttausende Menschen gegen das Polizeiaufgabengesetz der CSU auf die Straße gegangen. Diese Menschen erwarten zu Recht, dass ihre Sorgen und ihre Kritik angenommen werden und dass eine Veränderung kommt.

Sie haben in Ihrem Koalitionsvertrag die Einrichtung einer Kommission vereinbart, die schon vor der Wahl angekündigt wurde, und ansonsten haben Sie nicht nachgebessert. Das ist, ehrlich gesagt, grob fahrlässig. Darum bin ich froh, dass unsere Klage vor Gericht noch läuft. Es wird so sein, wie ganz oft in der Innen- und Sicherheitspolitik: Die Gerichte müssen wieder das ausbaden, was Sie an verfassungswidrigen Gesetzen beschlossen haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Sorge, dass Freiheit und Sicherheit nicht mehr in einer guten Balance sind, ist nicht die einzige Sorge, die Sie missachten. Wenn wir auf Bayern schauen, sehen wir, dass wir Armut in unserem Land haben, gerade auch Kinderarmut, und dass das ein wachsendes Problem ist. Kinderreiche Familien, Alleinerziehende, Beschäftigte, die zu niedrigen Löhnen arbeiten müssen, und ältere Menschen, bei denen die Rente kaum zum Leben reicht: Menschen aus diesen Gruppen leben oft in prekären Verhältnissen. Teilhabe am gesellschaftlichen oder kulturellen Leben, mal ins Theater zu gehen, ins Kino oder Restaurant – Dinge, die für viele alltäglich sind –, können sich viele Menschen in Bayern nicht leisten.

Ich habe mir gedacht, ich schaue mal in Ihrem Koalitionsvertrag nach, was Sie darin an richtungweisenden, guten Ideen haben. Wenn ich nach Armut suche: null Treffer. Wenn ich nach Kinderarmut suche: null Treffer. Suche ich nach Altersarmut: ebenfalls null Treffer. Zu Alleinerziehenden: zwei unverbindliche Absichtserklärungen, aber keine konkreten Vorschläge. Das finde ich schon bitter, dass Sie als schwarz-orange Regierungskoalition zum Thema Armut anscheinend nicht richtig etwas zu sagen haben. Sie haben keine richtigen Ideen, kein Angebot, keinen Vorschlag, wie man Armut in unserem reichen Land verringern kann.

Dafür sind Sie beim Thema Erbschaftsteuer sehr umtriebig. Die wollen Sie regionalisieren, das heißt, weitgehend abschaffen. Den Soli wollen Sie auch streichen. Ich schlage vor, Sie sollten das vielleicht umdrehen. Sie können doch erst einmal unserem Vorschlag einer Kindergrundsicherung zustimmen und mit uns die Garantierente einführen. Das würde Armut in diesem Land wirksam bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Danach könnten wir dann sehen, was mit dem Soli passiert. Oder Sie nehmen sich Berlin als Vorbild: Dort gibt es ab dem nächsten Schuljahr ein kostenloses Schulessen für alle Schülerinnen und Schüler der Grundschule. Das haben wir GRÜNEN auch schon vorgeschlagen. Leider wollten Sie bisher nichts davon wissen. Aber Sie können sich darauf gefasst machen, dass wir diese Ideen und Vorschläge auch in den nächsten fünf Jahren wieder hier einbringen werden, weil es uns wichtig ist, gemeinsam darüber zu diskutieren, wie wir Armut in diesem reichen Land verringern können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Gesellschaft zusammenzuhalten, anstatt sie zu spalten, darum geht es auch beim Thema Integration. Herr Söder, bei diesem Thema haben Sie vielleicht Ihre Rhetorik gemäßigt, aber nicht Ihre Politik geändert. Ich musste schon sehr lachen, als Sie sich hier hingestellt und gesagt haben, 80.000 Flüchtlinge seien jetzt in Bayern in Arbeit. Man muss hinzufügen: Trotz der CSU-Regierung sind sie in Arbeit. Trotz der CSU-Regierung!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sind der Bremser beim Thema Integration. Die 3-plus-2-Regelung wird in Bayern eben nicht konsequent angewendet, obwohl die Ehrenamtlichen, die Wirtschaftsbetriebe und Geflüchteten nichts lieber als das möchten.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zurufe von der CSU und der AfD)

Vor einigen Tagen hat die "Mittelbayerische Zeitung" über Zabihullah Adib berichtet, einen jungen Mann aus Afghanistan, der eine Lehre als Kfz-Mechaniker macht. Sein Chef lobt ihn und sagt: Das ist der beste Azubi, den ich jemals hatte. Und jetzt droht diesem Jungen die Abschiebung. Jetzt werden Sie sich wieder hinstellen und sagen: Das ist ein Einzelfall.

Aber das Interessante ist doch, dass es in Bayern beim Thema Integration ständig diese Einzelfälle gibt. Deswegen kann ich nur erneut feststellen, dass Sie bei dem Thema ideologisch verblendet sind. Wir brauchen die 3-plus-2-Regelung, wir brauchen ein Einwanderungsgesetz, und wir brauchen "Spurwechsel" – nur so geht gelungene Integration. Zugang zu Arbeit, Zugang zu Sprachkursen – das hilft den Geflüchteten, das hilft der Wirtschaft, und das hilft dem Zusammenleben. Ich erwarte von Ihnen mutige Schritte nach vorne und nicht das Verharren in Einzelfällen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich zum Schluss zu einem wichtigen Thema kommen, das Sie auch angesprochen hatten. Wir haben 2019 die Europawahl. Wenn wir an Europa denken, merken wir doch alle, dass viele Errungenschaften, die uns lieb und teuer vorkommen, auf einmal nicht mehr so selbstverständlich sind. Wir sind gerade mitten in einem Kampf, ob Nationalismus gewinnt oder das Miteinander, ob das gemeinsame Europa weiter nach vorne geht.

Markus Söder, von daher finde ich es interessant, dass Sie sich heute hier hingestellt haben und gesagt haben: Wir müssen das Erbe Europas verteidigen. Das sagt der Mann, der noch im Wahlkampf davon gesprochen hat, dass jetzt das Ende des geordneten Multilateralismus vor der Tür stehe. Da muss ich Ihnen jetzt mal sagen: Dieses Wechselspiel, mal so, mal so, ist weder nachhaltig, noch schafft es Vertrauen. Deswegen ist es auch nicht sehr nachhaltig, wenn die Regierungspartei, die CSU, ständig eine enge Freundschaft mit Viktor Orbán führt. Das ist kein Bild von überzeugten Europäerinnen und Europäern.

Dabei brauchen wir in meinen Augen gerade jetzt überzeugte Europäerinnen und Europäer, die Europa weiter voranbringen, die die europäische Einigung weiter vorantreiben, denen vor allem klar ist, dass wir die großen Herausforderungen unserer Gesellschaft immer nur gemeinsam lösen können und nicht alleine.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich habe bei Ihnen, bei der CSU, immer das Gefühl, dass Sie ein taktisches Verhältnis zu Europa haben. Im Wirtshaus oder wenn es gut passt, wird Europa ein

bisschen abgewatscht, und dann wird wieder die staatstragende Verantwortung betont. Dieses taktische Verhältnis zu Europa ist grob fahrlässig. Da muss man nur nach Großbritannien schauen. Dort hat die Regierung auch jahrelang diesen Schlingerkurs gefahren. Und was haben wir am Ende gehabt? – Einen Brexit, Chaos im Land. Wir erkennen, dass dieser Brexit England auf Jahre zurückwirft.

Deswegen ist mein Appell an Sie alle – bevor Sie sich jetzt aufregen –: Klären Sie bitte Ihr Verhältnis von sich als Partei zu Europa, steigen Sie in den Chor der überzeugten Europäerinnen und Europäer ein, und zeigen wir als gemeinsames Zeichen, dass es Bayern nur gut gehen kann, wenn Bayern weiterhin in einem starken Europa arbeiten, leben und wirtschaften kann.

(Widerspruch bei der AfD)

Dafür müssen endlich die unsinnigen Grenzkontrollen weg. Die Bayerische Grenzpolizei gehört ebenfalls weg; denn das ist auch ein Symbol Ihrer Zwiespältigkeit, wie Sie mit Europa umgehen. Ich erwarte von Ihnen eine klare Haltung zur Freizügigkeit. Deswegen: Weg mit den Grenzkontrollen; weg mit der Bayerischen Grenzpolizei!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, es gibt eine schöne Einordnung von Politikerinnen und Politikern in Amtsinhaber, in Demagogen, in Staatsmann bzw. Staatsfrau. Der Amtsinhaber ist jemand, der die Politik verwaltet. Das macht er vielleicht durchaus ordentlich; er scheut sich aber, Widersprüche und Konflikte anzupacken. Der Demagoge wiederum versucht, die vorhandenen Konflikte zu seinem eigenen Vorteil zu nutzen. Der Staatsmann und die Staatsfrau sind in der Lage, einen Ausweg aus den Konflikten zu weisen und das Land nach vorne zu bringen.

Wenn ich auf die Regierungsbank sehe, finde ich viele Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber, vielleicht manche mit einer kleinen Tendenz zur Demagogie, aber leider keine Staatsfrauen und keine Staatsmänner, niemanden, der mutig nach vorne geht und für neue Ideen und neue Lösungen kämpft. Liebe Kolleginnen und Kollegen, davon brauchen wir aber mehr. Mir scheint, dass die Regierung nicht so recht weiß, wohin sie eigentlich möchte. Sie treten auf der Stelle und geben viel Geld aus, um sich Zeit zu kaufen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Prokrastination ist aber keine gute Strategie. Sie erinnern sich vielleicht an Ihre Schul- und Studienzeit. Dort wurden die Aufgaben auch nicht kleiner, je länger man sie hinausgeschoben hat; in der Politik werden sie sogar noch größer und folgenreicher.

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, wer etwas Neues macht, der kann auch einmal scheitern. Dies gehört zum Berufsrisiko dazu. Kolleginnen und Kollegen, Angst ist aber immer ein schlechter Ratgeber. Wenn wir politisch Verantwortliche nicht endlich mehr Offenheit für Erneuerung zeigen, wenn wir nicht die wirklich großen Probleme und Herausforderungen anpacken, scheitern wir nicht nur mit einzelnen Ideen, sondern auf der ganzen Linie.

Deswegen mein Appell an Sie alle: Nehmen Sie Ihren Mut zusammen. Verkriechen Sie sich nicht hinter alten Gewissheiten. Brechen Sie auf zu neuen Ufern. Über den Weg dorthin, wo wir als Gesellschaft sein wollen, und darüber, wie Bayern in zehn, zwanzig, dreißig Jahren aussieht, können und müssen wir dann gemeinsam in diesem Parlament streiten.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben eine Intervention des Kollegen Klaus Stöttner. Ich gebe das Wort an Kollegen Klaus Stöttner. Bitte.

Klaus Stöttner (CSU): Liebe Frau Kollegin, vielen Dank für Ihre emotionale Rede, die aber auch sehr polemisch geprägt war. Ich darf zur Sachpolitik zurückkehren. Sie reden von klarer Haltung. Sie reden von der Stärkung der ländlichen Räume. Sie reden auch von mehr Frauen in der Politik. Sie erwähnen auch lobend, dass unser Bayerischer Ministerpräsident Markus Söder die Digitalisierung in den Mittelpunkt gestellt hat, und sprechen auch davon, dass wir in Bayern das erste Ministerium für Digitales haben und es mit einer kompetenten jungen Frau, unserer Ministerin Gerlach, besetzt haben.

Sie sagen, ländliche Räume müssen mit 5G gestärkt werden. Heißt das – ich bitte um eine klare Antwort –, dass Ihre Partei zukünftig das Aufstellen von Funkmasten für das 5G-Netz im ländlichen Raum proaktiv unterstützen wird? Darauf hätte ich heute gerne ein klares Ja gehört.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Katharina Schulze (GRÜNE): Es ist doch total klar: Wenn wir von einem flächendeckenden Mobilfunknetz sprechen, darf es sich nicht nur um kleine Inseln handeln. "Flächendeckend" bedeutet nun einmal flächendeckend. Sprich: Natürlich müssen wir mehr Masten aufstellen. Vor allem brauchen wir National Roaming, dass also Mobilfunkbetreiber, die nicht selbst einen Funkmast besitzen, den Funkmast eines anderen Betreibers mitnutzen dürfen. Dafür muss aber die Politik Rahmenbedingungen setzen und dies als verpflichtend in die Ausschreibung hineinschreiben.

(Klaus Stöttner (CSU): Das war nicht die Frage!)

Wenn Sie das nicht tun, werden wir insgesamt mehr Funkmasten brauchen. Deswegen ist für mich klar: Wir brauchen National Roaming, und wenn wir ein flächendeckendes Mobilfunknetz wollen, brauchen wir in ganz Bayern auch mehr Mobilfunkmasten. Alles andere wäre doch einfach Unsinn und Quatsch.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich sehe keine weitere Intervention. – Ich danke der Rednerin und bitte Kollegen Thomas Kreuzer, Fraktionsvorsitzender der CSU-Fraktion, ans Rednerpult.

Thomas Kreuzer (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gerade haben wir die Rede einer – nach eigenen Angaben – Staatsfrau gehört, die darüber belehrt hat, wer in diesem Land Staatsmann ist und wer nicht, Frau Schulze. Zusammengefasst lautete der wichtigste Satz: Wer etwas Neues macht, der kann auch scheitern. Privat kann das jeder handhaben, wie er will. Meine Damen und Herren, in der Politik müssen wir aber von den Verantwortlichen verlangen, dass sie mit den Dingen verantwortlich umgehen,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

dass sie genau überlegen, dass sie nicht etwa drauflosmachen und schauen, was passiert. Dies kann nämlich ganz schnell zulasten der kleinen Leute, zulasten der Alleinerziehenden, zulasten vieler Bürgerinnen und Bürger in diesem Staat gehen, deren Wohlergehen Ihnen angeblich so am Herzen liegt. Eine solche Politik ma-

chen wir nicht. Wir machen eine verantwortliche Politik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Herr Ministerpräsident hat in seiner Regierungserklärung soeben die politischen Leitplanken für diese Legislaturperiode gesetzt. Er hat damit auch gezeigt, liebe Freunde, dass er genau der Richtige in diesem Amt in der richtigen Zeit ist.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Seit der Landtagswahl hat Markus Söder zusammen mit unserem Koalitionspartner mit aller Kraft und in einer fulminanten Geschwindigkeit die Weichen gestellt. Der Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN wurde in Rekordzeit verhandelt; vor allem aber zeigt er inhaltlich den richtigen Weg in die Zukunft auf, und er spiegelt das vertrauensvolle Miteinander der Koalitionspartner wider. Bei der Kabinettsbildung wurden die Weichen ebenfalls auf Zukunft gestellt, aufseiten der CSU übrigens mit einem historischen Frauenanteil von über 40 %. – Nachrechnen, Frau Kollegin Schulze! Dies sind Ergebnisse, die Sie auch nicht in jedem Kabinett in Deutschland erreichen, an dem GRÜNE beteiligt sind.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit seiner Regierungserklärung hat der Ministerpräsident heute eindrucksvoll unterstrichen, dass er den echten Anspruch und den festen Willen hat, Bayerns Zukunft verantwortungsvoll zu gestalten. Dieses Hohe Haus und die Bürgerinnen und Bürger erwarten von einer Regierungserklärung zu Beginn einer Legislaturperiode, dass darin Antworten auf die Herausforderungen der nächsten fünf Jahre und darüber hinaus gegeben werden. Herr Ministerpräsident, Sie haben diese Erwartungen heute erfüllt. Mit diesem Fahrplan für die Zukunft können wir zuversichtlich nach vorne schauen. Darin werden nicht Probleme, sondern Lösungen aufgezeigt, liebe Freunde. Dazu meine herzlichste Gratulation und Anerkennung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wie Sie richtig gesagt haben: Bayern ist es wert. Die Menschen in Bayern sind es wert, dass wir mit ganzer Kraft für ihre Anliegen arbeiten und die Weichen in die Zukunft stellen.

Ihre Redebeiträge, Frau Schulze, haben immer das gleiche Muster: Sie zeigen Probleme und Herausforderungen auf, die uns alle bewegen, wie beispielsweise den Klimawandel. Sie werfen der Regierung vor, keine Konzepte zu haben. Wenn man genau hinhört, stellt man fest, dass Sie keine Lösungsvorschläge haben. Die einzige konkrete Maßnahme, die Sie vorschlagen, lautet: 10 H abschaffen. Ich sage Ihnen dazu: Wir in Bayern wollen die Windkraft nicht aufhalten. Wir haben eine Regelung, die es möglich macht, überall in Bayern Windkraftanlagen zu installieren, wenn dies die Menschen vor Ort und die Gemeinden wollen, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dann kann die 10-H-Regelung überall unterschritten werden, sodass die Windkrafträder gebaut werden können. Ihr Vorschlag ist darüber hinaus auch noch extrem unehrlich; denn Sie wissen ganz genau, dass im Moment in Bayern nicht die 10-H-Regelung die Bremse ist, sondern dass wir uns in Bayern im aktuellen Ausschreibungsverfahren bei jeder Windkraftanlage enorm schwertun und den Zuschlag nicht bekommen. Meine Damen und Herren, das ist die Ursache; also haben Sie keine Lösung des Problems.

(Beifall bei der CSU)

Meine Damen und Herren von den GRÜNEN, Sie fordern die Verkehrswende. Sie prangern an, dass in München Stau ist. Wer war denn über Jahrzehnte für die Verkehrspolitik in München verantwortlich, der Chaos-Staustadt in Deutschland? – Liebe Freunde, das waren die GRÜNEN und die SPD!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sie wollen weitere Wenden in der Verkehrspolitik. Dann sagen Sie hier am Rednerpult, ob Sie den Diesel verbieten wollen und wann Sie den Diesel verbieten wollen. Wollen Sie den Verbrennungsmotor verbieten? Wann wollen Sie den Verbrennungsmotor verbieten? Trauen Sie sich, konkrete Maßnahmen zu nennen, und fordern Sie nicht nur CO_2-Einsparungen! – Liebe Frau Schulze, das ist zu wenig. Das sind keine Konzepte.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Frau Schulze, Sie haben großes Glück, dass die GRÜNEN im Bund von der Regierungsverantwortung abgewählt worden sind und dass die GRÜNEN in München von der Regierungsverantwortung abgewählt worden sind. In diesem Hause waren Sie noch nie in der Verantwortung. Deshalb können Sie Forderungen jeder Art stellen und müssen niemals den Beweis antreten, dass Sie irgendetwas davon umsetzen können. In den Ländern, in denen Sie mitregieren, sieht es auf praktisch allen Feldern, auch beim Umweltschutz, schlechter als in Bayern aus. Sie haben großes Glück, Frau Schulze.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Bei dieser Gelegenheit möchte ich dem Herrn Ministerpräsidenten meinen großen Dank für seinen Einsatz in Berlin sagen. In der vergangenen Woche hat Markus Söder mit Nachdruck dafür gesorgt, dass der Föderalismus nicht ausgehöhlt wird. Ja, wir brauchen die digitale Wende an den Schulen. Deshalb haben wir in Bayern schon in der vergangenen Legislaturperiode, lange vor dem Bund, die Weichen gestellt und ein wuchtiges Programm auf den Weg gebracht. Wir brauchen die Digitalisierung; sie darf aber nicht auf Kosten der Bildungskompetenzen der Länder gehen, nur weil in anderen Bundesländern zum Teil ein erheblicher Finanz- und Nachholbedarf besteht. Einige Bundesländer haben ganz gewiss finanzielle und konzeptionelle Defizite hinsichtlich der Digitalisierung an den Schulen. Hier müssen sich aber insbesondere die Genossinnen und Genossen von der SPD fragen lassen, ob sie dort immer die besten Entscheidungen getroffen haben. Das kann nicht der Grund dafür sein, dass sich Bayern in der Schulpolitik künftig vom Bund gängeln lassen soll.

(Beifall bei der CSU)

Der Bildungsföderalismus war und ist ein wichtiger Schlüssel für den Erfolg Bayerns in der Nachkriegsgeschichte. Der durch den Föderalismus ausgelöste Wettbewerb hat uns in Deutschland dazu gebracht, permanent an einer Verbesserung unserer Bildungssysteme zu arbeiten und uns nicht auszuruhen; denn eines ist doch klar: Die Entscheidungen in der Bildungspolitik werden bestimmt nicht besser, wenn sie statt von den Ländern von einer weit entfernten Bundesregierung getroffen werden, die nur eine Lösung für 16 Länder mit ganz unterschiedlichen Gegebenheiten parat hat. Das sehen übrigens nicht nur wir so. Auch Ihr Parteifreund Winfried Kretschmann in Baden-Württemberg ist ganz unserer Meinung. Aber die bayerischen GRÜNEN reichen sofort bereitwillig die Hand, wenn es darum geht, zentrale Länderkompetenzen an den Bund abzugeben.

Wie ist die momentane Situation entstanden? – Die Union und die SPD waren sich einig, dass eine Grundgesetzänderung nur mit dem Ziel möglich ist, dass eine För-

derung zukünftig nicht nur finanzschwachen Kommunen zugutekommen soll, sondern allen Kommunen. So steht es im Koalitionsvertrag. So sollte es in der Koalition auch gemeinsam umgesetzt werden. Warum gibt es jetzt diese Schwierigkeiten? – Weil zwei Parteien den Föderalismus angreifen; das sind die GRÜNEN, und das ist die FDP. Herr Kollege Hagen, Herr Lindner hat bei den Koalitionsverhandlungen für Jamaika ausdrücklich erklärt, dass er vom Bildungsföderalismus nichts hält.

(Martin Hagen (FDP): Hat Ihre Fraktion zugestimmt?)

Er sprach sich für eine Zentralisierung aus. Deshalb sage ich: Die GRÜNEN und die FDP sind Zentralisierer und gegen das föderale System.

(Beifall bei der CSU – Martin Hagen (FDP): Im Bundestag haben Sie zugestimmt!)

Markus Söder hat sich in dieser Sache als Bewahrer der Eigenstaatlichkeit der Länder im Föderalismus erwiesen. Dafür gebührt ihm unser Dank.

(Beifall bei der CSU)

Wir werden uns auch in Zukunft vom Bund nicht den goldenen Zügel zulasten unserer Kompetenzen und zulasten der Chancen unserer Bürgerinnen und Bürger und der Kinder in Bayern umlegen lassen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zukunft liegt für uns gerade nicht in einer Vereinheitlichung durch den Bund. Die Bayern-Koalition hat stattdessen den Anspruch, Bayern aus eigener Kraft und in eigener Verantwortung auf den genannten Feldern für die Zukunft fit zu machen. Damit waren wir bereits in der Vergangenheit erfolgreich. Darum wird es auch in dieser Legislaturperiode gehen. Genau dafür schafft der Koalitionsvertrag die Grundlage.

Bayern steht heute in allen Bereichen so gut wie nie zuvor da. Das ist auch ein Ergebnis dessen, was wir von der CSU für Bayern und die Menschen in Bayern in den letzten 70 Jahren erreicht haben. Aber damit können und dürfen wir uns nicht zufriedengeben. Natürlich wollen wir Bewährtes bewahren. Der gemeinsame Auftrag dieser Koalition in dieser Legislaturperiode ist es, überall dort tätig zu werden, wo es noch Potenziale gibt oder wo noch Bedarf an besseren Regelungen besteht, damit Bayern weiterhin gegenüber anderen Spitzenregionen in der Welt wettbewerbsfähig bleibt und damit die Menschen im Freistaat weiterhin gut und sicher leben können.

Menschlich, nachhaltig und modern: Um diese Ansprüche umzusetzen, haben sich die FREIEN WÄHLER als der mit Abstand am besten geeigneter Partner erwiesen. Wir haben diese Ansprüche im Koalitionsvertrag gemeinsam umgesetzt. Wir als CSU müssen dafür die Politik nicht neu erfinden. Auf der Grundlage unserer konservativen Werte haben wir Nachhaltigkeit schon zu einer Zeit praktiziert und in Bayern das Amt des Umweltministers eingeführt, als es die Partei der GRÜNEN noch gar nicht gegeben hat. Man muss heute kein Prophet sein, um sagen zu können, dass es in einigen Jahren auch in anderen Ländern ganz selbstverständlich eigenständige Digitalisierungsministerien geben wird. Auch dieses neue Ministerium zeigt, wie fortschrittlich wir in Bayern denken, wie fortschrittlich Bayern ist und wie sehr wir am Puls der Zeit sind. Wir gehen also unseren Weg stabil und konsequent weiter. Wir geben neue Antworten auf neue Herausforderungen und bleiben dabei unserem Koordinatensystem treu: menschlich, nachhaltig und modern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich komme zum Thema Familienpolitik. Der Herr Ministerpräsident hat angesprochen, wie wichtig uns die Unterstützung für die Familien ist. Wir haben schon in der

vergangenen Legislaturperiode wichtige Erleichterungen für Familien auf den Weg gebracht. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir mussten manche familienpolitische Leistung gegen den hartnäckigsten Widerstand der Opposition im Bayerischen Landtag durchsetzen und erhalten. Die Opposition hat sich immer gegen das Betreuungsgeld gewehrt, weil sie dies den Menschen nicht zukommen lassen wollte. Die Opposition hat immer von uns gefordert, das Bayerische Landeserziehungsgeld abzuschaffen. Die einzige Antwort von Rot-Grün in der Familienpolitik war die ganze Zeit die Schaffung neuer Betreuungsplätze. Auch das haben wir getan. Aber das ist zu wenig. Frau Schulze, Sie waren gegen das Familiengeld und gegen das Betreuungsgeld, Sie waren gegen alles!

(Beifall bei der CSU)

Bayern ist heute Familienland Nummer eins. Kein anderes Land tut so viel für Familien wie wir in Bayern. In den Jahren 2017 und 2018 haben wir fast 5 Milliarden Euro für Familien ausgegeben. Nicht zuletzt deshalb geht es nirgendwo in Deutschland den Kindern so gut wie in Bayern. Mit dem Familiengeld haben wir in diesem Jahr einen weiteren wichtigen Akzent gesetzt, um unseren Kindern beste Startchancen zu geben. Seit dem 1. September erhalten Eltern von ein- und zweijährigen Kindern 250 Euro, ab dem dritten Kind 300 Euro monatlich. Für eine Familie sind das pro Kind 6.000 bzw. 7.200 Euro in zwei Jahren. 250.000 Kinder in Bayern profitieren bereits davon. Das ist bundesweit einmalig und noch einmal mehr Geld als das bisherige Landeserziehungsgeld und Betreuungsgeld zusammen. Diese Politik für Familien setzen wir konsequent fort. Deshalb war die Unterstützung für Familien auch eine der ersten Maßnahmen, die das neue Kabinett auf den Weg gebracht hat.

Heute fördern wir in Bayern das letzte Kindergartenjahr mit einem Beitragszuschuss in Höhe von 100 Euro. Künftig werden Eltern und Familien auch im ersten und zweiten Kindergartenjahr mit 100 Euro pro Monat und Kind entlastet. Diese Entscheidung schon wenige Wochen nach der Regierungsbildung zeigt nicht nur, dass die CSU gewillt ist, ihren Kurs für die Familien beizubehalten, sondern sie zeigt auch, dass diese Koalition gewillt ist, Bayern gemeinsam zu gestalten und für eine gute Zukunft des Landes und unserer Familien zu sorgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Mit all diesen Maßnahmen schreiben wir den Familien aber nichts vor. Wir wollen die Wahlfreiheit der Eltern. Wir erreichen mit unseren Angeboten die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das ist letztlich auch ein wichtiger Baustein für die Unterstützung von Familien und Frauen. Genau dies wollen wir erreichen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich will auch das Thema innere Sicherheit aufgreifen. Was für ein hohes Gut die innere Sicherheit ist, fällt uns meist dann besonders auf, wenn wir Vorgänge im Ausland betrachten oder ins Ausland reisen. Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit sind in weiten Teilen der Welt leider keine Selbstverständlichkeit. Umso mehr können wir uns glücklich schätzen, dass wir in Bayern eine ganz hervorragend aufgestellte Polizei haben, die ein Höchstmaß an Sicherheit gewährleistet. Pro 100.000 Einwohner zählen wir in Bayern 4.533 Straftaten. Das ist mit Abstand der niedrigste Wert in Deutschland. Es ist vor allem die niedrigste Kriminalitätsbelastung seit 30 Jahren. Gerade Diebstahl und Wohnungseinbrüche konnten durch eine gezielte Arbeit der Polizei in den letzten Jahren, zu der ich ihr herzlich gratulieren will, deutlich um 10 bzw. 20 % reduziert werden, nachdem sie über Jahre beunruhigend gestiegen ist. Gleichzeitig werden bei uns in Bayern fast zwei Drittel aller Straftaten aufgeklärt. In keinem anderen Bundesland gibt es eine höhere Quote. Wir werden alles daransetzen, um nicht nur so gut zu bleiben, sondern um noch besser zu werden.

Wir stehen in der Verantwortung, den Menschen im Rahmen des Möglichen ein Höchstmaß an Sicherheit zu gewährleisten. Mit rund 42.000 Stellen hat die Polizei in Bayern den höchsten Personalstand aller Zeiten. Wie in der letzten Legislaturperiode angekündigt, werden wir bis zum Jahr 2023 weitere 500 Stellen pro Jahr schaffen, sodass am Ende einen Personalstand von 45.000 Polizistinnen und Polizisten ergibt. Damit sorgen wir für noch mehr Polizeipräsenz vor Ort, und wir steigern das Sicherheitsgefühl der Menschen damit ebenso wie den effektiven Schutz vor Kriminalität. Sicherheit und Stärke – das gilt heute wie in Zukunft dank der CSU und den FREIEN WÄHLERN.

Frau Schulze, im Zusammenhang mit der inneren Sicherheit ist Ihr Lieblingsthema die Bayerische Grenzpolizei. Diese stellen Sie in einen ganz großen Zusammenhang zu Europa. Wenn man Sie hört, muss man die Conclusio ziehen: Wer eine Grenzpolizei betreibt, ist eigentlich Gegner Europas und gefährdet den europäischen Zusammenhalt.

(Alexander König (CSU): Unsinn!)

Frau Schulze, die CSU und die CDU waren die Parteien, die in ihrer staatspolitischen Verantwortung dieses Europa zunächst zusammen mit den Franzosen aus der Taufe gehoben haben. Wir haben das über Jahrzehnte, als Ihre Partei noch keinen politischen Einfluss hatte, begleitet. Die CSU und die CDU haben Europa zu dem gemacht, was es ist. Die CSU und die CDU sind Europaparteien über die ganze Geschichte hinweg.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das sind wir auch heute. Wir stehen zu diesem Europa. Wir haben die Chance, dass jemand aus Bayern und aus unserer Partei Kommissionspräsident wird oder ein wichtiges Amt bekleiden wird. Deswegen kann kein Zweifel daran bestehen, dass wir dieses Europa weiter fördern. Frau Kollegin Schulze, aber eines gehört auch zur Wahrheit: Der Schengenraum in Europa fußt darauf, dass die europäischen Außengrenzen optimal geschützt und gesichert werden. Das steht auch in den Schengen-Vereinbarungen. Inzwischen wissen wir, dass das nicht passiert. Dies sagen auch die europäischen Staats- und Regierungschefs, die ein einheitliches Frontex aufbauen wollen. Meine Damen und Herren, das kommt aber erst in ein paar Jahren. Die Menschen wollen Grenzschutz, am liebsten an der Außengrenze. Wenn dies jedoch nicht möglich ist, dann auch innerhalb Europas.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Wer den Menschen sagt, es brauche diesen Grenzschutz nicht, der stärkt Europa nicht, sondern schwächt es. Die Menschen akzeptieren keine Unsicherheit.

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Das gilt für viele andere Fragen. Wo die Dinge nicht in Ordnung sind, müssen wir versuchen, sie gemeinsam zu verbessern und wieder in Ordnung zu bringen. Wer glaubt, Europa durch das Verschweigen objektiver Probleme zu helfen, der täuscht sich. Wer die Probleme nicht aufzeigt und löst, schwächt und gefährdet am Ende Europa. Das wollen wir nicht. Wir wollen Europa stärken, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Lassen Sie mich auch noch auf das Thema Umwelt zu sprechen kommen. Liebe Frau Schulze, in Ihrem Redebeitrag ist mir klar geworden, dass wir uns alle mehr Zeit für einen sachlichen Dialog auf der Basis einer objektiven Betrachtung der Wirklichkeit nehmen sollten. Ich konnte mich des Eindrucks nicht erwehren, dass

es Ihnen nicht um eine nachhaltige Zukunftsgestaltung geht auf der Basis dessen, was bereits geschieht und tatsächlich möglich und umsetzbar ist, sondern nur darum, politisch Punkte zu sammeln für Ihr Image als Öko-Wohlfühlpartei, die in Wahrheit viel fordert, aber wenig umsetzbare Konzepte parat hat. Liebe Freunde, dort wo die GRÜNEN regieren, machen sie nichts.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich wiederhole mich gerne: Wo immer die GRÜNEN bisher und heute in Regierungsverantwortung standen und stehen, folgen großen Worten nur wenige überzeugende Taten. Tatsache ist: Nirgendwo bundesweit wird mehr Wert auf Umwelt und Naturschutz gelegt als in Bayern. Das Ökoland Nummer eins in Deutschland ist Bayern. In unserem Koalitionsvertrag haben wir einen deutlichen Schwerpunkt auf Nachhaltigkeit gelegt. Das ist ein klares Bekenntnis zur Fortsetzung und Verstärkung dieser Politik. In Bayern arbeiten über 10 % der Höfe ökologisch. In Niedersachsen, wo Sie lange den Umweltminister gestellt haben, sind es 3,6 %. Dazu erklären Sie nichts. Das haben wir Ihnen auch im Wahlkampf immer vorgehalten. Aber Ihre Wahlkampfstrategie war es, Probleme zu meiden und schön darüber hinwegzureden. Ich sage Ihnen: Das war im Wahlkampf über drei Monate erfolgreich. Die Position, keine Konzepte anzubieten und nicht klar zu sagen, was Agrarwende bedeutet, was Sie von den Bayern erwarten und was sie verbieten wollen, können Sie fünf Jahre nicht durchhalten. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ein Drittel der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Bayern wird extensiv bewirtschaftet; das ist mehr als überall sonst. In Bayern hat sich seit 2010 die ökologisch bewirtschaftete Fläche um fast 60 % erhöht; in Nordrhein-Westfalen, in dem Sie mit Ihrer großartigen Umweltministerin lange am Werk waren, gerade einmal um 22 %. Die großen Massentierhaltungsbestände gibt es nicht in Bayern. Da müssen Sie nach Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und in andere Bundesländer schauen.

Tatsache ist auch, dass Bayern für Agrarumweltmaßnahmen deutlich mehr Geld ausgibt als andere Bundesländer. Diese Mittel erhalten die Landwirte für den Verzicht auf Mineral- und Kunstdünger, auf Pflanzenschutzmittel oder für die Anlage von Blüh- und Streuobstwiesen. Sie kommen direkt unserer Natur zugute.

Meine Damen und Herren, Landwirte stellen 3 % der Bevölkerung, in manchem Bundesland mehr und in manchem weniger. Sie bewirtschaften einen Großteil der Flächen. Wir brauchen sie, damit wir im ökologischen Bereich in einem vernünftigen Maß vorwärtskommen. Liebe Freunde, eines ist aber auch klar: Wir werden dies niemals dadurch erreichen, dass wir diese 3 % der Bevölkerung knebeln, mit Verboten agieren und den Menschen die Existenzgrundlage nehmen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Das genau ist der Unterschied!)

Meine Damen und Herren, wir werden denjenigen, der freiwillig auf Ertrag verzichtet, denjenigen, der etwas in Kauf nimmt, um der Natur zu helfen – wir begrüßen das –, auch entsprechend unterstützen; denn die Aufgabe, Wasser, Luft und vieles mehr zu erhalten, kann nicht nur auf Kosten der Landwirte gehen, sondern dies ist eine Aufgabe für die Allgemeinheit. Die Landwirte können sich auf uns verlassen. Wir wollen hier gemeinsame Erfolge, aber nicht auf Kosten der Bäuerinnen und Bauern, sondern mit ihnen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der Weg der Freiwilligkeit hat sich, wie die bayerischen Erfolge beweisen, bewährt. Wir werden deshalb daran auch nichts ändern. Die Erfolge, die wir über die Freiwilligkeit erzielen, zeigen, dass dieser Weg der richtige ist. Nirgendwo gibt es weniger Trinkwasserbrunnen, die den Nitratgrenzwert überschreiten, als in Bayern. Herr Habeck war in Schleswig-Holstein verantwortlich. Dort wurden die bayerischen Werte um ein Vielfaches überschritten. Meine Damen und Herren, wenn man durch Schleswig-Holstein fährt, hat man auch nicht den Eindruck, dass die Verhältnisse so sehr viel anders sind. Das ist ein riesiger Flächenstaat.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Aber die Energiewende funktioniert nur mit Windkraftanlagen usw.!)

Meine Damen und Herren, auch in Niedersachsen werden die bayerischen Werte um ein Vielfaches überschritten. Hohe Nitratwerte und grüne Umweltpolitik passen in diesen Ländern zusammen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Anspruch und Wirklichkeit!)

In Bayern wird schon heute nur halb so viel Glyphosat verwendet wie in allen anderen Bundesländern.

(Horst Arnold (SPD): Das wollten Sie verbieten, schneller als im Bund! Das haben Sie vor elf Monaten erklärt! – Zuruf des Abgeordneten Ludwig Hartmann (GRÜNE))

– Herr Arnold, wir streben an, dass wir in dieser Sache auf null gehen, aber wo Ihre Ministerpräsidenten regieren, wird mehr Glyphosat verwendet. Sie haben keine Erfolge. Sie haben nur da Forderungen, wo Sie keine Verantwortung haben.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, wir sollten uns jetzt an den Fakten orientieren und fragen, wie die Entwicklung weitergehen soll. Der Wahlkampf, in dem zu diesen Punkten viel Unsinn erzählt wurde, ist vorbei. Jetzt geht es um Sachpolitik. Ich hoffe, dass auch Teile der Opposition hier einmal den Schalter umlegen.

Es ist nämlich nicht nur Aufgabe von CSU und FREIEN WÄHLERN, unser Land in eine gute Zukunft zu führen. Jeder einzelne Abgeordnete hat die Aufgabe und die Pflicht, dazu einen konstruktiven Beitrag zu leisten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, ich lade Sie nicht nur dazu ein, nein, ich fordere Sie auf, dieser Verpflichtung gegenüber den Wählern nachzukommen. Ich fordere Sie auf, mit konstruktiven Vorschlägen und tragfähigen Ideen Bayern für uns und die uns nachfolgenden Generationen zu gestalten.

Frau Schulze, wir erwarten die konkreten Vorschläge zur Verkehrspolitik und zur Klimawende.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Haben wir alles! – Katharina Schulze (GRÜNE): Haben wir alles!)

Ich will auch nicht die Forderung hören, Kraftwerke abzuschalten, ohne dass gleichzeitig dargelegt wird, wie die Stromerzeugung in der Dunkelflaute gesichert wird.

(Ludwig Hartmann (GRÜNE): Windkraftausbau! Stromleitungen! – Zurufe der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

– Frau Schulze, das ist alles ein oberflächliches Darüberreden ohne Verantwortung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Alexander König (CSU): Ein verantwortungsloses Reden!)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Stärken Bayerns weiter ausbauen und den Menschen auch in Zukunft Sicherheit, Lebenschancen und Heimat geben, und zwar nicht nur in den Ballungsräumen, sondern im ganzen Land. Wir werden auch nicht zulassen, dass manch einer im großstädtischen Raum vom ländlichen Raum als einem Freilichtmuseum denkt. Der ländliche Raum muss die gleichen Entwicklungschancen wie die Ballungszentren haben. Die CSU steht für Chancengleichheit im ganzen Land. Die Menschen in Oberstdorf und in Wunsiedel wollen ebenfalls vom Fortschritt profitieren. Das ist ihr gutes Recht. Die Menschen dort leisten einen ganz erheblichen Beitrag zum Erhalt unseres Landes.

Wir wollen dies zusammen mit den Kommunen tun. Wir wollen den Gemeinden und Landkreisen ein starker Partner sein. Das ist auch der Grund dafür, warum wir den kommunalen Finanzausgleich mit 9,51 Milliarden Euro auf Rekordniveau angehoben haben.

Herr Ministerpräsident, wie das wirkt – und da braucht man gar nichts groß zu berechnen –, zeigt das aktuelle Beispiel der Finanzierung der Bildung. Wenn wir das Wort "finanzschwach" aus dem Grundgesetz streichen, der Bund also alle Bildungsinvestitionen fördern kann, dann bekommt Bayern mehr als den doppelten Betrag, wie wenn wir "finanzschwach" im Grundgesetz stehen lassen. Wissen Sie, was das zeigt? – Dies zeigt, dass wir nur sehr wenige finanzschwache Kommunen haben. Liebe Freunde, dies ist auch der Politik des Freistaats zu verdanken.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Kommunen werden auch durch den Beitragszuschuss für die Kindergärten entlastet. Die Jugendhilfeträger müssen diesen Beitrag nicht mehr bezahlen. Wir werden den Kommunen auch bei den kleinen Krankenhäusern helfen und einen Schutzschirm durch ein entsprechendes Krankenhausprogramm aufspannen. Wir werden das normale Krankenhausprogramm auf dem derzeitigen Niveau fortführen. Wir wollen, dass die Menschen im ganzen Land von unserer Politik profitieren. Keine Region darf abgehängt werden. Das Ziel muss sein, dass die Menschen überall gleich gute Zukunftschancen haben. Das ist die Grundlage und das Ziel unserer verantwortungsvollen Heimatpolitik. Da geht es nicht um Nivellierung, sondern darum, die Lebensqualität auch auf dem Land noch stärker anzuheben.

So gibt es auch keinen wirklichen Grund dafür, warum beispielsweise Behörden nur in Ballungsräumen angesiedelt sein sollten. Es ist deshalb absolut richtig, das Konzept der Behördenverlagerung, das wir in der vergangenen Legislaturperiode angestoßen haben, so entschlossen, aber auch so sozialverträglich wie möglich fortzusetzen, zumal es sogar die Ballungsräume in der Verkehrs- und Wohnungssituation entlastet.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir wollen, dass Bayern Bayern bleibt. Wir tun deshalb alles dafür, dass sich Bayern gut fortentwickelt und auf die Zukunft hin ausrichtet.

Herr Markwort, wir haben in Bayern gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, mit tatkräftigen Unternehmern, mit engagierten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, mit leistungsbereiten Beamten und innovativen Forschern viel erreicht und das Land in der Vergangenheit vorangebracht. Wir wollen mit ihnen gemeinsam

auch die Zukunft gestalten. Dafür steht Ministerpräsident Markus Söder, dafür steht diese Koalition und dafür steht auch die CSU- Landtagsfraktion.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es werden nach meinem Gefühl anspruchsvolle Jahre werden. Ich glaube nicht, dass sie auch von den äußeren Voraussetzungen her auch im wirtschafts- und finanzpolitischen Bereich so problemlos wie die letzten fünf oder zehn Jahre werden. Wir werden vor große Herausforderungen gestellt. Ich bin aber ganz sicher, dass diese Bayern-Koalition, wenn wir uns alle anstrengen und zusammenhalten, das Optimale für dieses Land erreichen wird; denn unser Ziel ist es, zusammen für die Menschen in diesem Land ein optimales Ergebnis zu erzielen. Lassen Sie uns die nächsten fünf Jahre Bayern gestalten, damit Bayern Bayern bleibt, also ein erfolgreiches und ein wunderschönes Land.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Kreuzer. – Das Wort hat nun Herr Kollege Streibl, Fraktionsvorsitzender der FREIEN WÄHLER. Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zu Anfang ein Wort an Sie, Frau Schulze. Bei dieser Koalition ist der Vergleich mit Nokia

(Alexander König (CSU): Lächerlich!)

– ich würde sagen: – liebenswert. – Wenn es jetzt eine Regierung der GRÜNEN gäbe, müsste man einen Vergleich mit Buschtrommeln heranziehen; denn Rauchzeichen können Sie nicht geben, weil man dann zu viel NO_x hätte. Insofern sind wir mit Nokia noch gut dabei. Aber wir gehen auch hier noch einen Schritt weiter.

Frau Schulze, Sie zeichnen hier von Bayern ein Bild, das im Grunde schrecklich ist. Dagegen ist das Inferno von Dante fast harmlos. Aber Bayern ist besser. Bayern ist schön. Bayern ist gut, und Bayern ist stark. Dafür, dass dies auch weiterhin so bleibt, wird diese Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN stehen. Das wollen wir auch durchsetzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Bürger und Bürgerinnen Bayerns haben am 14. Oktober diesen Landtag gewählt und diese Koalition gewollt. Das müssen Sie von den GRÜNEN irgendwann einmal akzeptieren. Je schneller Sie dies akzeptieren, desto eher können wir zu arbeiten beginnen, ohne uns Lamenti anhören zu müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vielleicht noch etwas, Frau Schulze: Niemand mag bewaffnete Missionare. Deswegen ist es gut, dass nicht Sie, sondern dass wir regieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, werte Kolleginnen und Kollegen, wir, die Koalition Schwarz-Orange, haben uns viel vorgenommen. Wir haben anstrengende und intensive Koalitionsverhandlungen hinter uns und einen Koalitionsvertrag beschlossen, der, wenn ich mir Ihre Regierungserklärung, Herr Ministerpräsident, anschaue, sehr viel Handschrift der FREIEN WÄHLER zeigt. Insofern haben wir einiges gut hineinverhandelt.

Herr Ministerpräsident, ich möchte auch Ihnen für die guten Koalitionsverhandlungen danken, die uns sehr schnell vorangebracht haben. Gleichermaßen möchte

ich dir, lieber Hubert, dafür danken, dass du unsere Themen massiv in diese Verhandlungen eingebracht hast, sodass sie sich jetzt im Koalitionsvertrag und in der Regierungserklärung wiederfinden. Dafür ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Die Wählerinnen und Wähler Bayerns haben einen ganz klaren Auftrag für eine bürgerliche Koalition im Freistaat Bayern erteilt, also für eine Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN. "Bürgerlich sein" heißt, dass wir gemeinsam Verantwortung für das Gemeinwohl übernehmen, wohl wissend, dass alle für alle Verantwortung tragen und dass eine Zivilgesellschaft nur dann gelingen kann, wenn das Wohl aller in den Blick genommen wird. Das Wohl aller bedeutet: auch das Wohl von Minderheiten.

Herr Ministerpräsident, Sie haben am Anfang die Koalition mit einer Ehe verglichen – nicht mit einer Liebesheirat, aber mit einer Zweckehe. Der französische Philosoph Montaigne sagte, eine gute Ehe bedürfe der Liebe nicht, sie strebe nach Freundschaft.

(Zurufe von der SPD: Ah! – Horst Arnold (SPD): Was sagt dazu die katholische Kirche?)

Daher meine ich, dass wir hier noch lange gemeinsam regieren, wenn wir Freundschaft anstreben. Sie können sich also noch auf einiges gefasst machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

In diesen Tagen erleben wir um uns herum eine Welt, die instabil ist und uns zutiefst verunsichert. Tagtäglich ereilen uns Krisen- und Schreckensmeldungen, zum Beispiel über den Ukraine-Russland-Konflikt, den steckengebliebenen Brexit, eine weltweite Terrorgefahr, unzählige Krisenherde und nicht zuletzt den Klimawandel mit unvorhersehbaren Folgen. Auch die Vereinigten Staaten von Amerika wirken momentan nicht beruhigend. Internationale und globale Rahmenbedingungen und Gegebenheiten könnten momentan wahrlich besser sein.

Das im Herzen Europas gelegene Bayern wird und kann davon nicht unberührt bleiben. Allerdings war Bayern schon immer ein weltoffenes Land, das Herausforderungen, neue Entwicklungen und Einflüsse neugierig aufnahm, um das Beste daraus zu machen. Auch diese Koalition wird aus den neuen Herausforderungen für Bayern das Beste machen. Bayern war durch die Geschichte hindurch immer ein bodenständiges Land, in das Menschen zuwanderten, die von Bayern geprägt wurden und dort ihre Heimat fanden. Bayern ist ein Land, das seine Nachbarn, Europa und die Welt positiv beeinflusst. In dieser Tradition der Weltoffenheit und Toleranz, in der Tradition des Empfangens und vor allem des Gebens, sehen wir uns in dieser Koalition aus CSU und FREIEN WÄHLERN.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Gerade jetzt, angesichts globaler Instabilität, ist es umso wichtiger, dass wir uns auf unsere gewachsenen Stärken in Bayern besinnen. Die größte Stärke und das Erfolgsrezept Bayerns ist nach meiner Überzeugung das Motto "Leben und leben lassen". Daher sind unsere Aufgabe und unsere vornehmste Pflicht ein menschliches, nachhaltiges und modernes Bayern; denn Bayern ist es wert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Jedem Einwohner Bayerns muss es möglich sein, hier seine Heimat, sein Lebensglück, sein Auskommen und seinen Frieden zu finden. Den Rahmen hierfür haben

wir – die Politik, das Parlament und die Staatsregierung – zu setzen. Im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN haben wir dies getan.

Es geht vor allem auf dem Gebiet der Familienpolitik um ein menschliches Bayern. Junge Familien werden beispielsweise im Bereich der Kindertagesstätten mit 500 Millionen Euro entlastet, das heißt, mit 12.000 Euro pro Kind bis zur Einschulung; wir haben es vorhin gehört. Diese Zahlen können sich sehen lassen. Hier wird also für junge Familien wirklich etwas geleistet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu einem menschlichen Bayern gehört für uns, wie im Koalitionsvertrag festgehalten, auch eine familienfreundliche Arbeitswelt. Wir wollen mehr familiengerechte Berufe und keine berufsgerechten Familien. Zudem haben wir den Bildungsscheck in Höhe von 500 Euro für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittelständischer Betriebe ins Leben gerufen. Wir wollen gleichen Lohn für Männer und Frauen.

(Beifall bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb sollen öffentliche Aufträge nur an Unternehmen vergeben werden, die sich hierzu verpflichten.

Der soziale Wohnungsbau wird mit 886 Millionen Euro gefördert, das kommunale Wohnungsbauprogramm bis 2025 verstetigt. Bis 2025 sollen 500.000 neue Wohnungen errichtet werden. Auch diese Zahlen können sich gut sehen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Für Hebammen wird das Gründerpaket von 5.000 Euro angeboten. Im Bereich der Medizin sollen 2.000 Studienplätze neu geschaffen werden. Vor allem in den ländlichen Räumen soll ein gezieltes Strukturförderprogramm die Krankenhausversorgung sicherstellen. Dies sind nur ein paar Punkte, mit deren Hilfe die schwarz-orange Koalition ein menschliches und soziales Bayern sicherstellen will. Ich möchte hier nicht den ganzen Koalitionsvertrag wiedergeben. Aber diese Eckpunkte können sich gut sehen lassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ausschlaggebend für ein nachhaltiges Bayern ist, wie wir uns ökologisch und auch ökonomisch aufstellen. An diese Stelle muss ein klares Bekenntnis zum Eigentum gesetzt werden; denn das Eigentum ist eine Grundlage für alles, was hier bei uns geschieht. Hier ist auch zu fragen, wie wir miteinander umgehen; denn zum einen verpflichtet das Eigentum, zum anderen hat der Staat Eigentum zu respektieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nachhaltigkeit besteht vor allem aber auch darin, wie wir mit dem Klimawandel umgehen: zum einen darin, wie wir unseren Beitrag zum Stoppen der Erderwärmung leisten können, und zum andern, wie wir mit den bereits jetzt bestehenden Folgen des Klimawandels umgehen. Der Bereich in unserer Atmosphäre, der für Menschen bewohnbar ist, ist denkbar klein. Vom tiefstgelegenen Ort am Toten Meer, an dem Menschen noch leben können, bis zum höchstgelegenen in La Rinconada in den Anden sind es gerade einmal 5.500 Höhenmeter. Deswegen müssen wir für unsere Biosphäre sorgen. Wir müssen, wenn wir auf diesem Planeten überleben wollen, sehr sorgsam mit ihm umgehen. Deswegen müssen und werden wir in dieser Koalition auch hier Maßstäbe setzen. Unerlässlich ist als Erstes, dass der Klimaschutz in die Bayerische Verfassung aufgenommen wird und dass dann auch handfeste Taten folgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu diesen Taten gehört auch der Respekt vor der Natur. Daher ist es nur richtig, dass das Riedberger Horn und der Alpenplan wieder richtiggestellt werden und hier eine Korrektur kommt.

Ein weiterer Baustein der Nachhaltigkeit ist die Energiewende, der wir wieder neuen Schwung verleihen wollen. Ökologie und Ökonomie können wir nur dann ins richtige Verhältnis setzen, wenn wir auf regenerative, CO_2-neutrale Energiesysteme setzen.

Meine Damen und Herren, Bayern modern: Bayern war nach meiner Meinung schon immer modern; denn Teil der bayerischen Wesensart ist die Neugier auf das Neue. Daher sei es mir erlaubt zu sagen, dass Bayern dann modern ist, wenn es zukunftsstark ist. Die Grundlage für die Zukunft unseres Landes aber wird in den Schulen und in der Bildung gelegt. Die Vielfalt und die Pluralität in unserem Bildungssystem sind unsere Stärke. Diese gilt es nicht nur zu bewahren, sondern auch zu beleben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Nur ein breites Spektrum an Wissen und das Zulassen von neuen Ideen können in einer globalen Welt unsere Position sichern. Wir werden auf Bildung, Forschung und die Digitalisierung setzen, damit es auch weiterhin innovative Menschen und Unternehmen in Bayern gibt. – Eine weitere Herausforderung in unseren Tagen ist, dass wir Bayern auch "Brexit-fest" und "Trump-fest" machen müssen. Diesen Herausforderungen müssen wir uns stellen, damit Bayern auch in Zukunft stark ist.

Sehr geehrte Damen und Herren, zukunftsstark ist nur jemand, der um seine eigene Geschichte weiß und seine Wurzeln kennt. Nur wer den Blick auch in die Vergangenheit richtet, kann den Weg in die Zukunft erkennen. Dazu ist es unerlässlich, dass die Werte und Traditionen, die uns ausmachen, gelebt und geschätzt werden. Brauchtum und Tradition sind keine Folklore, sondern machen uns in Bayern stark für die Zukunft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu einem menschlichen, nachhaltigen und modernen Bayern gehören aber nicht nur die formalen politischen Rahmenbedingungen, sondern vor allem auch eine vorurteilsfreie, menschenfreundliche und weltoffene Gesellschaft. Diese kann nur dann gelingen, wenn die Grundlagen stimmen: Sie muss verlässlich sein, damit sie Sicherheit bietet, dass wir in Frieden und Freiheit leben können, und die innere Sicherheit, die der Staat durch das Gewaltmonopol, die Polizei und die Strafjustiz garantiert. Bayern ist es wert, dass wir hier das Beste investieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir brauchen aber auch die Sicherheit eines starken Wirtschaftsstandortes, in dem das traditionelle Handwerk den gleichen Stellenwert hat wie das innovative, internationale Technologieunternehmen. Es ist gut, wenn wir hier den Weg der Entbürokratisierung gehen; denn die Unternehmer und die Arbeitnehmer wollen nicht gegängelt werden. Sie wollen Leistung bringen und nicht nur Formulare ausfüllen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, die Sicherheit der Reisefreiheit und des freien Verkehrs von Waren und Personen ist Grundlage des Wohlstands in Europa, des Wohlstands in Bayern und muss sichergestellt sein. Die Sicherheit der freien Meinungsäußerung, der Redefreiheit gerade hier im Parlament und die Sicherheit der Pres-

sefreiheit und der kritischen Begleitung der Politik durch die Presse gehören dazu. Der kritische Qualitätsjournalismus begleitet gesellschaftliche Veränderungen, legt den Finger in die Wunde und hält uns allen den Spiegel vor, der notwendig ist, um die Freiheit zu garantieren. Ohne Pressefreiheit ist eine freiheitlich-demokratische, weltoffene Gesellschaft nicht denkbar.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Die Sicherheit der freien Forschung und Lehre ist Grundlage für die Entwicklung neuer Technologien, neuer Gedanken und neuer Möglichkeiten. Sie macht es möglich, immer wieder einen neuen Anfang zu setzen und so unserem Land Bayern auf Dauer die Zukunft in einer globalen Welt zu garantieren. Gleiches gilt für die Sicherheit der Freiheit der Kunst, die den Gedankenhorizont weitet und auf die Grundlagen verweist, die für alles Neue notwendig sind, und die Sicherheit der freien Religionsausübung, die garantiert, dass jeder in seinem Glauben sein Lebensglück finden kann.

Besonders wichtig ist die Sicherheit des Rechtsstaats als des Garanten der Weltoffenheit und dafür, dass die gleichen Regeln für alle gelten; denn das Recht schützt uns alle in gleicher Art und Weise ebenso, wie es uns alle in die Pflicht nimmt. Der funktionierende Rechtsstaat ist letztlich der Schlüssel zum Gelingen des Mottos "Leben und leben lassen". Daher ist für das Gelingen Bayerns neben einem starken Parlament und einer starken Staatsregierung auch eine starke Justiz wichtig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zum Gelingen Bayerns ist auch die Sicherheit notwendig, die uns vor denen schützt, die ein weltoffenes, tolerantes Bayern ablehnen, die Sicherheit vor denen, die die Geschichte vergessen haben und uns zwingen wollen, die Schrecken der Vergangenheit zu wiederholen, die Sicherheit, die uns vor denen schützt, die im "Leben und leben lassen" keinen erstrebenswerten Wert sehen. Hierzu brauchen wir eine Regierung, die all jenen entschlossen die Stirn bietet, welche Demokratie und Toleranz ausnutzen, pervertieren, in ihr Gegenteil verkehren wollen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Daher, meine Damen und Herren, wird sich diese Koalition aus CSU und den FREIEN WÄHLERN mit aller Tatkraft und Entschlossenheit und mit allen rechtsstaatlich zur Verfügung stehenden Mitteln gegen Antisemitismus, Rassismus, Fanatismus, Extremismus jeglicher Art zur Wehr setzen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, der zunehmende und wiedererwachende Antisemitismus auch hier in Bayern muss für uns alle ein Alarmsignal sein; denn jüdischer Glaube, jüdische Kultur und jüdisches Leben sind und bleiben Bestandteil Bayerns. Hierfür werden wir uns auch in Zukunft vehement einsetzen. Daher halten wir auch einen Antisemitismus-Beauftragten für notwendig, werden an ihm festhalten und ihn bestmöglich unterstützen.

Meine Damen und Herren, nachhaltiges Bayern kann nur dann gelingen, wenn wir aus den Fehlern der Geschichte lernen und es besser machen. Ich denke, diese Koalition wird es besser machen; denn wir alle sind lernfähig, haben gelernt. Wie wir in der Regierungserklärung gehört haben, machen wir uns auf den Weg zu Neuem. Das ist kein Weiter-so, sondern ein Weg, der uns in die Zukunft führt. Ihn werden wir gemeinsam vertrauensvoll beschreiten. Herr Ministerpräsident, Sie haben auch von der Fraktion der FREIEN WÄHLER die volle Unterstützung, diesen Weg gemeinsam zu gehen, um das Beste für Bayern zu erreichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Meine Damen und Herren, wir können und werden Bayern menschlich, nachhaltig und modern gestalten. Ich bin überzeugt, dass diese Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN mit Ministerpräsident Markus Söder und Hubert Aiwanger das schafft und dass es mit der Unterstützung der Fraktionen der CSU und der FREIEN WÄHLER gelingt. Hier werden wir unsere ganze Kraft einsetzen, neue Ideen liefern und neue Wege begehen und Bayern weiterhin zu dem machen, was es ist, nämlich ein starkes Land im Herzen Europas; denn Bayern ist es wert.

(Anhaltender Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Danke, Herr Streibl. – Das Wort hat die Abgeordnete Ebner-Steiner von der Fraktion AfD.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, wir sind beeindruckt. Man könnte Ihnen hellseherische Fähigkeiten unterstellen. Bereits vier Wochen vor der Wahl der Merkel-Jüngerin AKK haben Sie es fertiggebracht, ein Koalitionspapier vorzulegen, das so stromlinienförmig und so oberflächlich an Ideen und Visionen ist, dass man meinen könnte, es sei aus dem Tagebuch der Angela Merkel selbst abgeschrieben worden. Gute Parteisoldaten lesen eben den Willen ihrer Herrinnen von den Lippen ab. Das ist Ihnen gut gelungen. Und wie Angela Merkel zu keinerlei höherer geistig-moralischer Reflexion willens oder imstande ist,

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Na, na! – Alexander König (CSU): Scheint Ihr Trauma zu sein, die Angela Merkel!)

so wenig bieten Sie ein Ethos an, das den Namen verdient. Doch ein Staat und ein Gemeinwesen können nicht ohne eine Idee ihrer selbst überleben. Nietzsche hatte dafür eine einfache Formel: "Wer ein Warum zum Leben hat, erträgt fast jedes Wie." – Doch die Spaltung der Gesellschaft hat sich tief und nun auch in ihrer Union in die Gesichter ihrer Parteisoldaten eingegraben. Haben Sie am Freitagabend nicht in die erschütterten Gesichter ihrer Unionsgefährten geschaut, die den Verlierer Friedrich Merz gewählt haben? Das Entsetzen auf den Gesichtern

(Alexander König (CSU): Das sind Krokodilstränen!)

von Koch, Oettinger, Schäuble und der vielen anderen war nicht Ausdruck einer verlorenen Personenwahl auf dem Parteitag.

(Alexander König (CSU): Hier geht es um Bayern!)

Es war das Gesicht einer tiefgreifenden Niederlage, und zwar für ganz Deutschland und natürlich auch für Bayern.

(Beifall bei der AfD)

Doch Ihre Koalitionsvereinbarung und heutigen Worte strotzen nur so vor Stolz, Heiterkeit und Selbstgefälligkeit. Man hat den Eindruck, Sie leben in einer vollkommen anderen Welt. Da müssen Sie zuletzt etwas falsch verstanden haben. Zwar haben wir Ihnen empfohlen, den Migrationspakt auf den Mond zu schießen, aber nicht, selbst hinter dem Mond zu landen, Herr Ministerpräsident!

(Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Sie versuchen nicht einmal, so etwas wie ein Ethos, eine umfassende Idee des Staates und des Gemeinwesens zu entwerfen.

(Zuruf des Abgeordneten Florian von Brunn (SPD))

Sie begnügen sich mit der Befriedigung unzähliger Partikularinteressen. Dabei wissen wir doch schon seit Rousseau, dass der Gemeinwille mehr ist als die Summe der individuellen Wünsche.

(Wolfgang Fackler (CSU): Zur Sache, bitte!)

Die Politik des Weiter-so betrifft aber nicht nur die Herrinnen in Berlin. Wenn man die Koalitionsvereinbarung liest, dann bildet sich vor dem imaginären Auge eine große, schöne grüne Gießkanne. Sie wollen unser Geld wie Ihr Vorgänger mit der Gießkanne über Bayern ausschütten, damit alle zufrieden sind. In Wahrheit ist es längst geraubtes Geld. Sie wollen den Bürgern nichts zurückgeben, weder deren Geld noch den Solidaritätszuschlag oder die kalte Progression noch deren Verantwortung und deren Freiheit.

(Alexander König (CSU): Genau das Gegenteil hat er gesagt! Sie haben nicht zugehört!)

Vielleicht haben Sie das eine oder andere zusätzliche Loch in die Gießkanne gebohrt. So werden die Tierfreunde bestimmt an Ihren Reiterstaffeln Interesse finden. Wir hingegen als Anhänger des republikanischen und freistaatlichen Erbes geben zu bedenken, dass die Straßen in München im 19. Jahrhundert extra nach französischem Vorbild so breit gebaut worden sind, damit die Reiterstaffel jederzeit gegen das aufmüpfige Volk gehetzt werden kann. Ich sage es Ihnen ganz ehrlich: Ich mache mir Sorgen um Münchens grüne Bevölkerung, zählt diese doch die breiten Münchner Straßen zu ihren Aufmarschgebieten, um gegen die CSU zu demonstrieren. Ein Schelm, der Böses dabei denkt.

(Beifall bei der AfD)

Mit keinem Wort haben Sie die wahren Herausforderungen der Demokratie im 21. Jahrhundert angesprochen. Ich möchte diese Revolution des mündigen Bürgertums mit Gedanken des Philosophen Norbert Bolz erklären: Im Zeitalter des Internets und der sozialen Medien haben wir es mit einer revolutionären Machtverschiebung auf allen Ebenen der Gesellschaft zu tun. Die Macht verschiebt sich von den Politikern hin zu den Bürgern. Partizipation, Teilhabe, direkte Demokratie und Volksentscheid sind die neuen Mittel der Politik.

(Zuruf der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Die Krise der Expertenkultur, die durch Selbstorganisation der Bürger im Internet ausgelöst wurde, macht vor allem den öffentlich-rechtlichen Medien und damit deren größten Finanziers und Nutznießern zu schaffen, das heißt Ihnen, den staatlichen Eliten. Der politisch-mediale Komplex ist es ja gewohnt, als Oberlehrer der Nation aufzutreten. Nun muss er immer häufiger erleben, dass man die Welt nicht mehr in seinem linken Spiegel sieht, sondern lieber auf andere Informationsquellen zurückgreift. Und schon ertönt der neue Warnruf, unsere Gesellschaft steuere auf ein postfaktisches Zeitalter des Populismus zu. Wir stehen vor einer Revolution der Bürgerteilhabe,

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Warum sind Sie dann jetzt da?)

vor einer Partizipationsrevolution. Die Demokratie der Petitionen behandelt die Bürger noch als Bittsteller. Da muss man flehen und hoffen, dass der Server nicht

zusammenbricht, wenn ein Antrag wie etwa gegen den Migrationspakt großen Zuspruch erfährt.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Ja, ja, oh Mann!)

In der Partizipationsdemokratie werden sich die Bürgerinnen und Bürger diese Gängelung nicht mehr bieten lassen.

(Beifall bei der AfD)

Die Bürger wollen mitreden, und wir, die AfD, sind für viele Bürger zum ersten Sprachrohr geworden. Diesen Prozess der Pluralisierung und patriotischen Erneuerung wollen Sie mit den Mitteln des politischen Moralismus bekämpfen. Doch dafür ist es zu spät. Wir wollen unsere Meinung nicht irgendwelchen Parteienbonzen anvertrauen, die schön hierarchisch von ihren Tribünen herab entscheiden. Wir wollen selbst mitentscheiden. Für dieses neue Selbstbewusstsein gegenüber falschen Trohnen und fremden Mächten steht die AfD als stolze und patriotische Bürgerbewegung der Zeit.

(Beifall bei der AfD – Lachen der Abgeordneten Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER))

Der Freiheitsindex 2017, unter anderem des Instituts für Demoskopie in Allensbach, bestätigt diesen Trend demoskopisch und belegt die Breite des Misstrauens. Ich zitiere: "Skepsis und mangelndes Vertrauen in die Elite, in Leistungs- und Funktionsträger aus Politik, Wirtschaft und Medien sind also nicht nur an den rechten und linken Rändern der Gesellschaft zu beobachten, sondern reichen weit hinein in die bürgerliche Mitte." Weiter heißt es, danach herrsche eine ausgeprägte Skepsis gegenüber dem Prinzip der Repräsentation; denn 68 % der Bevölkerung wünschen, dass Politiker den Volkswillen unmittelbar umsetzen.

Weite Teile des Koalitionsvertrages von CSU und FREIEN WÄHLERN lesen sich beinahe so, als hätten GRÜNE und Rote daran mitgeschrieben. Sie wollen Klimaschutz in der Bayerischen Verfassung festschreiben. Das wird die GRÜNEN aber sicherlich freuen.

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Nein. – Und Ihnen, Herr Ministerpräsident, wird das den ersten Fingerabdruck Ihres grünen Daumens in der Verfassung einbringen. So macht man wirklich Geschichte. Erlauben Sie mir nur eine ketzerische Frage: Wenn der Klimawandel doch so allgegenwärtig und für jedermann spürbar und sichtbar ist, warum muss man ihn dann zum rechtlichen Dogma erheben? – Ihre Entscheidung hat wohl weniger mit dem himmlischen Klima als der irdischen Lust auf Einnahmesteigerung zu tun.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU und den FREIEN WÄHLERN: Oh!)

Staatliches Raubrittertum, neu gerechtfertigt unter dem Deckmantel der Moral. Es geht nicht um Ökologie, es geht nicht um das Klima. Es geht um Sozialismus, und nichts anderes.

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD)

Ebenso fordern Sie, dem Landschaftsschutz Verfassungsrang zu verleihen und den Flächenverbrauch zu senken, obwohl Sie andererseits 500.000 neue Wohnungen bauen lassen wollen. Das grüne Paradox liegt auf der Hand. Hans-Werner Sinn lässt grüßen.

Sie fordern an anderer Stelle Demokratie- und Werteerziehung an den Schulen. Fangen Sie doch erstmal an, die Bayerische Verfassung anzuwenden!

(Horst Arnold (SPD): Hat er doch!)

Die gilt nämlich schon seit 1946. Die Erziehungsziele des Artikels 131 sind weiterhin verbindlich, und zwar für alle. Darin heißt es: "Oberste Bildungsziele sind Ehrfurcht vor Gott, Achtung vor religiöser Überzeugung und vor der Würde des Menschen" usw. Und jetzt kommt für uns das Beste und für Sie das Koma: "Die Schüler sind im Geiste der Demokratie, in der Liebe zur bayerischen Heimat und zum deutschen Volk und im Sinne der Völkerversöhnung zu erziehen." Nun ja, um Völker miteinander versöhnen zu können, muss es Völker geben und müssen Völker weiter bestehen bleiben.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von den GRÜNEN: Oh!)

Wenn Sie die Nachfolge Jesu Christi ernst nehmen, dann wissen Sie, dass Nächstenliebe immer den konkreten Menschen meint, wie wir es beim Sankt-Martins-Fest feiern. Der heilige Martin hat seinen Mantel nicht für eine UN-Charity-Gala ausgezogen, sondern er stieg von seinem Pferd herab für einen leidenden Menschen, der zufällig seinen Weg kreuzte. Doch woher sollen das die Kinder wissen, wenn sie heutzutage nur noch am "Lichterfest" teilnehmen? – Wer dagegen seinen Nächsten mit sturem Blick auf die eigene Gesinnung rechts und links liegen lässt und Teile der Bevölkerung nur mit Verachtung überzieht, praktiziert gerade keine Nächstenliebe, sondern linken Religionsersatz.

(Beifall bei der AfD)

Da kann man sich noch oft auf die Menschheit und Menschlichkeit berufen: Diesen Typus des universellen Heuchlers nannte Jesus Christus bekanntlich einen Pharisäer. Sie stehen stellvertretend und universell für die Unaufrichtigkeit von Amts- und Würdenträgern, übrigens in Staat und Kirchen. Sie instrumentalisieren auch in Bayern den Verfassungsschutz gegen Vertreter der AfD,

(Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der SPD)

um verfassungs- und gesetzwidrig Kritiker Ihrer antideutschen und antibayerischen Politik einzuschüchtern und mundtot zu machen. Die von Ihnen tagtäglich gemeinschaftlich betriebene Agitation hat zwar schon vielen unbescholtenen Bürgern den Arbeitsplatz und gesellschaftliches Ansehen gekostet; aber bedenken Sie als "Humanisten" und "Demokraten", die Sie doch sein wollen: Wer Parteien und Fraktionen ausgrenzt, grenzt auch unzählige Menschen aus und spaltet das Volk, weil er einen Teil des Volkes von jeder politischen Teilhabe ausschließt.

(Beifall bei der AfD)

Sie verteidigen doch immer die repräsentative Demokratie. Dann bedeutet die Verweigerung der gewählten Repräsentanten die Ausschaltung von Hunderttausenden, ja von Millionen Bürgern. Können Sie mir einen Grund nennen, weshalb der Verfassungsschutz nur gegen Bürger ermittelt, aber niemals gegen staatliche Akteure, obgleich deren Möglichkeiten, durch Ausnutzung der Staatsgewalt der Verfassung zu schaden, doch exorbitant größer sind? – Die "Herrschaft des Unrechts" hat eine Bundeskanzlerin im Amte errichtet, wenn ich Herrn Seehofers damaligen Worten folgen darf.

(Beifall bei der AfD)

Nein, Sie haben dafür keinen rationalen Grund. Sie gestehen eben schweigend, dass der Verfassungsschutzbericht ein Kampfmittel gegen unerwünschte Konkurrenz ist.

(Beifall bei der AfD)

Dank freier Medien und eines freien Internets haben die Bürger auch von dem Migrationspakt der Vereinten Nationen erfahren,

(Zuruf des Abgeordneten Markus Ganserer (GRÜNE))

den auch Sie, Herr Söder, unterstützen, und Ihr neuer Messias Manfred Weber ebenso. Dieses unsägliche Machwerk ist ein gigantisches Resettlement mit Entrechtung der Stammbevölkerung, in dem man das Migrations- zum Menschenrecht erhebt,

(Zuruf: Aufhören!)

eine Enteignung der Sozialversicherten durch globale Inklusion in unseren Sozialkassen,

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Themaverfehlung!)

eine Sicherheitsgefährdung der Bevölkerung durch Import kulturellen Konfliktpotenzials. Diese Regierung ist Teil einer suggestiven Irreführung, die rechtswidrig Migration legalisieren und Kritik an der Zerstörung der europäischen Völker durch Masseneinwanderung kriminalisieren soll.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der CSU)

Sie hatten die Chance, diesen Irrsinn zurückzuweisen und sich damit als Vertreter deutscher und bayerischer Interessen zu erweisen; aber tatsächlich haben Sie wieder Ja gesagt und unser bayerisches Volk im Stich gelassen. Wieder haben Sie mit der Kanzlerin dazu beigetragen, dass Deutschland in Europa und der westlichen Welt isoliert bleibt und nicht an der Seite der USA, Australiens und unserer europäischen Partner und Nachbarn wie Polen, Tschechien, Ungarn, Italien oder der Slowakei steht.

(Beifall bei der AfD)

Wie war das noch mal: "2015 … darf sich nicht wiederholen." Am 10. und 11. Dezember wird in Marrakesch durch Ihre Union ein neues, womöglich noch viel desaströseres 2015 eingeläutet. Wo in Ihrem Koalitionsvertrag haben Sie eigentlich eine Kostenprognose für die Verbindlichkeiten, die auf uns zurollen werden? – Leistung muss sich wieder lohnen, das sagten Sie vorhin, Herr Söder. Haben Sie die Leistungsträger je gefragt, ob sie diesen Wahnsinn hier bezahlen wollen?

(Lebhafter Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Die schwarze Null war schon immer mehr eine Null als schwarz und wird dank des UN-Migrationspakts endgültig zum schwarzen Loch. Eine "Globalisten-Koalition" sollten Sie sich nennen, meine Damen und Herren, aber keine "Bayern-Koalition". Warum lernen Sie nicht aus dem Scheitern realitätsferner totalitärer Ideologien? – Einen Globalismus mit menschlichem Antlitz wird es genauso wenig geben, wie es einen Sozialismus mit menschlichem Antlitz je gegeben hat. Nur eine heimatverbundene Politik trägt wahrhaft menschliche Züge, weil sie das urmenschliche anthropologische Bedürfnis nach Identifikation und Gruppenzugehörigkeit nicht moralisch entwertet, sondern als elementare Lebensgrundlage, nämlich als natürliche Überlebensstrategie anerkennt und fördert. Deshalb kann es auch kein allgemei-

nes Menschenrecht auf Migration geben ohne die Zustimmung der Empfangsstaaten und ihrer Völker.

(Beifall bei der AfD – Zuruf von der AfD: Bravo!)

Das Gegenteil ist richtig: Es gibt ein Naturrecht auf die eigene Heimat.

(Lachen bei Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Denn die Heimat ist ein unabdingbarer Bestandteil der individuellen Selbstentfaltung. Heimat ist dort, wo man sich nicht erklären muss.

Mit Widersprüchen geht es weiter. Obwohl Sie laut Koalitionsvertrag einen "Spurwechsel" ablehnen, betreiben Sie durch die Hintertür genau diese Vermischung von Asyl- und Einwanderungsrecht. So soll geltendes Recht offener ausgelegt werden, das heißt, es soll nach dem Vorbild Frau Merkels möglichst umgangen werden, und abgelehnten Asylbewerbern soll bei erbrachter Integrationsleistung die Neuaufnahme einer Arbeit oder Ausbildung ermöglicht werden. Die Zuwanderung wird so weiterhin auf hohem Niveau gehalten werden, und der Preis dafür ist unser schönes Bayernland, das Tag für Tag mehr sein Gesicht verliert und in eine multiethnische Besiedlungszone umgewandelt werden soll.

(Beifall bei der AfD – Zurufe von der CSU und der SPD: Oh!)

Den Preis zahlen vor allem die Opfer krimineller Zuwanderer, die Schwerverletzten, die Vergewaltigten und Ermordeten. Jeder Fall, der sich hinter den trockenen Zahlen der bayerischen Kriminalstatistik verbirgt, ist ein zerstörtes Leben; denn hinter jedem Opfer stehen traurige und fassungslose Familienmitglieder. Doch davon ist bei Ihnen kein Wort zu lesen, weder ein Wort über Islamisierung noch eines über Islamismus.

(Beifall bei der AfD)

Ein altes Sprichwort sagt: "Die halbe Wahrheit ist die ganze Lüge."

(Beifall bei der AfD)

Sie rühmen sich allen Ernstes der niedrigsten Kriminalitätsbelastung seit 30 Jahren, werfen dabei aber alles in einen Topf, etwa Laden- und Fahrraddiebstahl und schwerste Verbrechen. Sogar laut der offiziellen Zahlen haben die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung in Bayern um mehr als 26 % zugenommen. Offenbar handelt es sich also nicht nur um Einbildung oder um, wie es im Medienjargon heißt, eine bloß "gefühlte Unsicherheit", wenn sich viele Frauen am Abend nicht mehr auf die Straße trauen.

(Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Keine Ahnung!)

Dafür tragen Sie die Verantwortung.

(Beifall bei der AfD)

Diese Frauen wissen durchaus, dass die sexuelle Gewalt gewöhnlicher deutscher Männer nicht einfach so zugenommen hat. Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der Tatverdächtigen ohne ausländerrechtliche Delikte ist weiter gestiegen und liegt mittlerweile bei 34,9 %, und dies, obwohl Nichtdeutsche nur einen Anteil von 12,1 % an der bayerischen Bevölkerung ausmachen. Nichtdeutsche sind also fast dreimal so oft kriminell wie Deutsche. Dabei sind Migranten mit deutschem Pass, die sich hier weiterhin in erster Linie ihrem Herkunftsland verbunden fühlen, gar nicht mitgezählt.

(Zuruf: Es reicht!)

Aber Sie können uns die Zeugnisse der Unsicherheit nicht mehr als Sicherheitsmaßnahmen, die Verödung nicht mehr als Bereicherung und den Verlust von Identität nicht mehr als Vielfalt verkaufen. Denn jetzt gibt es eine wirkliche Opposition im Bayerischen Landtag,

(Beifall bei der AfD – Lachen bei den GRÜNEN, der SPD und Abgeordneten der CSU)

die Ihre Ausreden, Ihre Täuschungen und Versäumnisse jeden Tag benennen wird. Wir halten das, was die CSU heutzutage nicht mal mehr verspricht.

(Unruhe bei den GRÜNEN und der SPD)

Lassen Sie mich zu einem Fazit kommen. Sie haben die Zeichen der Zeit nicht erkannt, oder Sie wollen sie nicht erkennen. Sie haben sich mit der multiethnischen und illegalen Einwanderung längst abgefunden. Trotz Ihrer Einsicht in die neue "Herrschaft des Unrechts" hatten und haben Sie dem geballten ideologischen Bollwerk der Globalisten, dieser historisch einmaligen Koalition aus Roten, Grünen und Goldenen, sprich Kapitalisten, nichts als Augenwischerei und Ablenkungsmanöver entgegenzusetzen.

Herr Ministerpräsident Söder, nun komme ich zu Ihnen. Ich stelle mir Sie wie eines der vielen jungen, kräftigen Mannsbilder auf unseren schönen bayerischen Seen vor. Die betreiben dort nämlich eine neue Sportart. Bei dieser Sportart steht man alleine auf einem Surfbrett und hält nur ein Paddel in der Hand, um sich fortzubewegen. Herr Söder, während Sie den FREIEN WÄHLERN die Illusion lassen, sie dürften das Paddel sein, das die Richtung vorgibt, wissen wir das natürlich besser: Die FREIEN WÄHLER sind in Wahrheit das dünne Brett, das Sie, Herr Söder, vom Sturz ins tiefe Wasser trennt.

(Widerspruch bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erkennen Sie die Zeichen an der Wand und nehmen Sie zur Kenntnis, dass ein Tsunami noch niemals mit einem Paddel aufgehalten werden konnte.

(Beifall bei der AfD)

Im Übrigen gibt es die gelben Westen auch an bayerischen und deutschen Tankstellen. Gott schütze unsere bayerische Heimat.

(Beifall bei der AfD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Abgeordnete, wenn Sie bitte am Rednerpult bleiben. Die Abgeordnete Gabi Schmidt hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

(Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Die Abgeordnete ist schon weg!)

– Ich habe Sie darum gebeten, dass sie zurück ans Rednerpult kommt. – Frau Abgeordnete Ebner-Steiner, wenn Sie noch einmal an das Rednerpult kommen würden. Wir haben eine Zwischenbemerkung. – Ich erteile der Abgeordneten Gabi Schmidt das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Frau Kollegin, nachdem Sie im letzten Satz tatsächlich auf die Koalition zu sprechen gekommen sind, möchte ich einen Punkt ihrer gestelzten Rede ansprechen. Auch wenn Sie sich auf die Verfassung und Gott beziehen, verbitte ich mir als Christin ihre Definition von Nächstenliebe – auch

wenn ich laut ihrer Rede zur Kaste der Erhabenen gehöre. Christen definieren Nächstenliebe selber. Auch unsere Verfassung definiert Nächstenliebe. Ich verbitte mir, von Ihnen vorgeschrieben zu bekommen, welche Menschen ich mögen soll. Ich bemühe mich sogar, Sie zu mögen; obwohl das nach dieser Rede fast unmöglich ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Dann bedanke ich mich ganz herzlich für ihre Bemühungen. Keine Sorge, ich spreche hier nicht für Sie, sondern für die 1,3 Millionen bayerischen Wähler, die die AfD gewählt haben.

(Beifall bei der AfD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Sie haben in der Rede angesprochen, was Nächstenliebe ist!)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Als nächstem Redner erteile ich Horst Arnold, dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, das Wort.

Horst Arnold (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer selbst Gutachten in Auftrag gibt, damit öffentliche Äußerungen nicht verfassungsfeindlich zu werten sind, hat zu dieser Verfassung offensichtlich ein zwiespältiges Verhältnis und lässt sich das einiges kosten. Unter diesen Voraussetzungen Sprachrohr sein zu wollen, zeigt, was dahintersteckt, nämlich null Komma null Substanz.

(Beifall bei der SPD – Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Ja!)

Das ist demokratisch nur schwer zu ertragen. Aber auch für Sie gilt: Die Würde des Menschen ist unantastbar. Das bindet die demokratischen Kräfte in diesem Haus bis zum Ende.

(Beifall bei der SPD)

In genau 13 Tagen ist es so weit. Wir alle freuen uns auf Weihnachten. Das ist die Zeit, in der wir unsere Liebsten beglücken. Das ist die Zeit für ein wenig Ruhe und Besinnlichkeit. Das ist die Zeit für die Bescherung. Meistens werden viele bunte und hübsch verpackte Geschenke unter dem Weihnachtsbaum liegen. Die Augen werden leuchten. Die Vorfreude und die Spannung werden steigen, gerade auch bei den Kleinsten. Was aber, wenn der Inhalt der Geschenke eine einzige Enttäuschung ist? Was, wenn genau das Geschenk fehlt, das man sich am meisten gewünscht hat? Was, wenn sich gar nichts in der Verpackung befindet? – Da hilft auch nicht die säuselnde Melodie der in Dur vorgetragenen Erklärungen des Ministerpräsidenten als Untermalungsmusik. Was ist in den Päckchen enthalten? – Die Enttäuschung wird groß sein. Die Enttäuschung wird umso größer sein, wenn die Verpackung besonders schön war und Großes versprochen hat.

Herr Ministerpräsident, Sie haben die Bescherung auf heute vorverlegt. Sie haben heute viele Geschenke unter den Baum gelegt. Sie sind sehr hübsch verpackt, das muss man Ihnen lassen. Als Verpackungskünstler können Sie sich fast mit Christo und Jeanne-Claude messen. Aber beim Auspacken wird keines dieser Geschenke die Augen zum Leuchten bringen. Im Gegenteil, eigentlich ist die Enttäuschung schon vorprogrammiert. Einige Geschenke eignen sich nur zum Schrottwichteln, andere Geschenke entpuppen sich als völlige Luftnummer. Damit aber nicht genug: Herzenswünsche bleiben unerfüllt. Schauen wir uns einige ihrer Geschenke genauer an.

Geschenk Nummer eins: Es ist als kostenfreie Kita wunderschön verpackt. Was steckt drin? – 100 Euro Beitragszuschuss für Eltern von Kindern im Alter von drei bis sechs Jahren, 250 Euro für ein- und zweijährige Kinder. Bedeutet das Kosten-

freiheit? – Ich darf an dieser Stelle ihren Stellvertreter zitieren – der ist heute nicht da: Was nützen mir in der Stadt 250 Euro Familiengeld, wenn ich 750 Euro für die Krippe zahle? – Lieber Herr Aiwanger, ganz genau. Wenn die Eltern dieses Geschenk auspacken, werden sie bitter enttäuscht sein.

(Beifall bei der SPD)

Auch bei der Versorgung mit Kita-Plätzen ist mit Enttäuschung zu rechnen. Ist die Zeit der Wartelisten vorbei? – Wohl kaum. Gleiches gilt für die Erwartung, dass sich Erzieherinnen und Erzieher künftig intensiv um die einzelnen Kinder kümmern können. Die geplanten Investitionen in die Kitas reichen einfach nicht aus, um die geweckten Erwartungen zu erfüllen. Das Hauptproblem bleibt: Es gibt zu wenige Menschen, die sich für den Beruf der Erzieherin oder des Erziehers entscheiden. Eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen wären die richtigen Geschenke. Das Päckchen für Erzieherinnen und Erzieher unter dem Weihnachtsbaum ist leer.

(Beifall bei der SPD)

Das Geschenk Nummer zwei: 5.000 neue Lehrkräfte. Das Geschenk ist als Personalplanung für die bayerischen Schulen hübsch verpackt. Der Inhalt des Geschenkes ist aber lediglich die Hälfte der versprochenen 5.000 Stellen. 2.500 Stellen werden nämlich wegfallen, das sind die berühmten kw-Stellen. Von den neuen 2.500 Stellen sind gerade einmal 2.000 für das G 9 vorgesehen. Es bleiben 500 neue Stellen für alle anderen Schularten. Das ist doch eine satte Täuschung. Das ist so, als würden Sie einen Gutschein in Höhe von 5.000 Euro verschenken, bei dessen Einlösung 2.500 Euro zu zahlen sind. Die Enttäuschung wird riesig sein, wenn das Geschenk ausgepackt wird.

Das Geschenk Nummer drei ist Ihr Versprechen: Schülerinnen und Schüler für den digitalen Wandel fit machen. Das Geschenk ist wieder nett verpackt. Aber was steckt drin? – Der Inhalt ist eine maximale Enttäuschung. Hat nicht ihr Landesgruppenvorsitzender Herr Dobrindt vor zwei Wochen geschwärmt, wie mit Hilfe dieses Bundesgeldes endlich die Neuzeit in die Schulen einziehen soll? Herr Söder, eine Woche später haben Sie sich an die Spitze der schwarz-grünen Gegenbewegung gestellt. Sie wollen den bayerischen Schülerinnen und Schülern das Geld aus Berlin vorenthalten, aus Angst, Macht und Einfluss zu verlieren. Plötzlich haben Sie Ihr Herz für die arme Verwandtschaft entdeckt. Sie sorgen sich darum, dass Bundesländer die erforderlichen Landesmittel nicht aufbringen könnten, um die Bundesmittel zu erhalten. Beim Digitalisierungspakt müssten Sie gerade einmal 10 % aufbringen, wenn der Bund 90 % übernimmt.

(Thomas Kreuzer (CSU): 50 %)

– 10 %. Der Digitalisierungspakt ist doch schon abgeschlossen worden.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist im Haushaltsausschuss verändert worden!)

Sie müssen mal mit Herrn Dobrindt sprechen, was der vereinbart hat. Es scheinen Kommunikationsschwierigkeiten vorhanden zu sein.

(Beifall bei der SPD)

Bayern verzichtet also auf 777 Millionen Euro aus Berlin, um rund 86 Millionen Euro nicht aufbringen zu müssen. Die Länder können die geplanten Ausgaben für die Digitalisierung der Schulen in ihrem Pflichtanteil, der schon vereinbart worden ist, anrechnen. Daran kann es also nicht scheitern, vor allem nicht im reichen und schönen Bayern. Das tut es auch nicht. Dahinter steckt etwas ganz anderes: Es

geht um Kirchturmpolitik und um Kompetenzgerangel. Es geht um knallharte Machtfragen: Wir verzichten auf Geld, damit Bildung unser alleiniger Tanzbereich bleibt. Wir brauchen diese Grundgesetzänderung, auch um sicherzustellen, dass die Länder die Bundesmittel nicht einfach für andere Zwecke verwenden.

So ist es in Bayern beispielsweise beim Investitionsprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" geschehen. Der Bund wollte damit die Ganztagsbetreuung fördern, die Staatsregierung hat das Geld in das Gymnasium investiert. Dabei hätten wir das Geld gut für den Ganztagsausbau brauchen können, denn Bayern ist bei den Ganztagsschulen immer noch Schlusslicht.

(Beifall bei der SPD)

Wir brauchen auch eine Kofinanzierung, um sicherzustellen, dass die Bundesländer ihre Aktivitäten nicht zurückfahren. So ist es bei den Mitteln für den Wohnungsbau geschehen. Der Bund gab Geld, Bayern reduzierte daraufhin die Landesmittel in gleicher Höhe. So kann es doch nicht gehen.

Die Blockadehaltung gegenüber der Grundgesetzänderung ist hochgradig unvernünftig und den Schülerinnen und Schülern gegenüber höchst unfair. Ihnen wird nämlich auch Zukunft verbaut, und dies übrigens von allen Bundesländern; da nehme ich meine Genossinnen und Genossen aus den A-Ländern nicht aus. Um für eine gute Bildung zu sorgen, sollten alle miteinander anpacken: die Kommunen, der Freistaat und der Bund. Das Kooperationsverbot in der Bildung ist in seiner starren Form antiquiert und hat mit Vernunft wenig zu tun. Wir haben in Deutschland das Modell eines kooperativen Föderalismus und nicht des Wettbewerbsföderalismus.

Wir ziehen auch an einem Strang, um dem Verfassungsauftrag zur Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse nachzukommen. Dieser Auftrag steht übrigens in beiden Verfassungen, das nur zur Erinnerung. Apropos gleichwertige Lebensverhältnisse: Da haben Sie Ihren Koalitionspartner ganz schön eingebremst. Herr Aiwanger, Sie haben doch eine komplette Neufassung des Landesentwicklungsprogramms vollmundig versprochen, um dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Bayern, egal ob in der Stadt oder auf dem Land, ob in Nord- oder in Südbayern über eine Mindestausstattung die gleichen Chancen und die gleiche Versorgung haben. Das ist ein hehres Ziel. Das teilen wir im Übrigen. Unter dem Weihnachtsbaum fehlt aber das Geschenk "neues LEP" gänzlich. Wenn es in Ihrer Erklärung so gemeint ist, dass Sie Ihrem Regierungspartner vertrauen, kann man es vielleicht so verstehen: Überzeugungen verkünden, Konzepte ankündigen und dann umfallen. Auf diesen freiwilligen Umfallservice ist in dieser Regierung tatsächlich Verlass.

(Beifall bei der SPD)

Dann kommt das Geschenk Nummer vier: keine "Strabs" mehr. Das war der absolute Wahlkampfschlager. Auch das ist ein Päckchen mit anderem Inhalt. Der Bayerische Städtetag zeigt sich enttäuscht. Viele Fragen zur komplizierten Umsetzung blieben und bleiben offen. Es scheint fast so, als wäre dieses Geschenk auf Pump finanziert. Das Lob und den Dank dafür nimmt die Bayerische Staatsregierung entgegen, blechen müssen dagegen die Kommunen. Sind Sie damit Anwalt der Kommunen? – Fehlanzeige. Auch hier ist es wieder so: Der Koalitionspartner FREIE WÄHLER leistet optimalen Umfallservice.

Geschenk Nummer fünf: beste Medizin in Stadt und Land. Ein hübsch verpacktes Geschenk, für das Sie, Herr Dr. Söder, ganze Arbeit geleistet haben. Sie haben dieses Ziel wie so viele Ziele der Staatsregierung formuliert, ohne zu wissen, wie es erreicht werden soll. Das ist nicht meine Einschätzung, sondern das ist die Ein-

schätzung von Ihrem Parteifreund, Oberbürgermeister Kurt Gribl. Auch die bayerische Krankenhausgesellschaft grübelt darüber nach, wie dieses Geschenk aussehen könnte, mit dem Stillstand von Schwarz-Orange bei der Investitionsförderung für Krankenhäuser sei das gesteckte Ziel jedenfalls nicht zu erreichen.

Geschenk Nummer sechs: Mehr Unterstützung für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen. 1.000 Euro pro Jahr legen Sie den Angehörigen unter den Weihnachtsbaum. Hält das, was die Verpackung verspricht? – Leider nein. Die Sorgen bleiben. Es ändert sich nichts an den strukturellen Problemen in der Pflege. Es bringt keine zusätzliche Fachkraft, und es versetzt niemanden in die Lage, beruflich kürzer zu treten, um Angehörige zu pflegen. Hierfür bräuchten wir eine Lohnersatzleistung ähnlich dem Elterngeld. Das wäre ein Geschenk, das Freude auslösen würde. Bei dem, was Sie unter den Baum legen, ist die Enttäuschung bei den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen vorprogrammiert. Im Übrigen werden auch die Pflegekräfte enttäuscht sein, weil es auch für sie keinerlei Verbesserungen gibt. Nach wie vor fehlt ein Konzept gegen den Fachkräftemangel und für bessere Pflege. Der Inhalt Ihres Geschenks wird viele bitter enttäuschen, Herr Ministerpräsident.

Geschenk Nummer sieben: bezahlbarer Wohnraum für alle. Das ist ein großer Wunsch der Bevölkerung, den Sie zu Weihnachten zu erfüllen vorgeben. Nun der Inhalt des Geschenks: Der Mieterbund stellt fest, dass Sie die bisherige Wohnungspolitik fortsetzen. Ihr Vorhaben, so der Mieterbund, sei kein großer Wurf für die Mieterinnen und Mieter in Bayern. Sie haben jetzt eine staatliche Wohnbaugesellschaft mit dem wohlklingenden Namen "BayernHeim" gegründet. Die Verpackung ist in Ordnung, aber was wird diese Wohnungsbaugesellschaft tun? Sie soll sage und schreibe 10.000 neue Wohnungen bauen, aber nicht in einem Jahr, sondern bis 2025. Das sind im Schnitt 1.429 Wohnungen im Jahr, und das auch nicht nur in München, sondern im gesamten Freistaat. Den Rest soll der freie Markt richten. In den vergangenen Jahrzehnten haben wir mit Privatisierungen doch so gute Erfahrungen gemacht. Herr Söder, fragen Sie doch einmal die über 80.000 Mieterinnen und Mieter der GBW, was sie von privaten Großvermietern halten.

(Beifall bei der SPD)

Herr Dr. Söder, wenn Sie die Erwartungen der Menschen nicht wieder enttäuschen wollen, müssen Sie endgültig eine rechtsgültige Verordnung schaffen, damit die Mietpreisbremse in Bayern umgesetzt werden kann. Sie erzählen, dieses Instrument würde nicht funktionieren. In Bayern kann es gar nicht angewandt werden, weil die Staatsregierung es nicht schafft, schlüssig zu begründen, in welchen Teilen Bayerns die Mietpreisbremse Anwendung finden soll. So begründet es das Landgericht München. Oder mangelt es etwa an Ihrem Willen? Millionen Menschen warten darauf, dass die Mietpreisexplosion verlangsamt wird. Das haben Sie auch selber gesagt. Sie sind in der Pflicht, diese Erwartungen nicht zu enttäuschen.

Wir, die SPD, wollen allerdings darüber hinausgehen. Wir wollen einen echten Mieterhöhungsstopp. Für die nächsten fünf Jahre soll es keine Erhöhung von Mieten geben, und das nicht nur in staatlichen Wohnungen, wie Sie es einmal angekündigt haben. Handeln Sie doch endlich konsequent, um den Menschen zu helfen, die mittlerweile zum Teil mehr als die Hälfte ihres Einkommens für ihre Wohnung und für die Miete ausgeben müssen.

Geschenk Nummer acht: keine Flutpolder, oder holterdiepolter über die Schulter. Das Geschenk bekommen nicht alle Bayerinnen und Bayern, sondern nur diejenigen, die das Glück haben, in einem Bezirk zu leben, in dem eine orange gefärbte VIP sozusagen regiert. Die Menschen in Feldolling, wo Orange keine Rolle spielt, finden mit ihrem Protest gegen ein Hochwasserrückhaltebecken kein Gehör. Die freien Umfaller haben schnell von Ihnen gelernt, Herr Dr. Söder. Sie verstoßen

damit gegen ihr Gründungsprinzip. Sie wollten doch einen Gegenentwurf zur CSU-Spezlwirtschaft darstellen. Was ist daraus geworden? – Nicht in einer Spezi-Koalition, sondern in einer Spezl-Koalition befinden sie sich jetzt. Man denke nur an die Beauftragten der Staatsregierung, gegen die die FREIEN WÄHLER sogar geklagt haben. Mit diesem Verhalten enttäuschen die FREIEN WÄHLER ihre Wählerinnen und Wähler auf der ganzen Linie.

(Beifall bei der SPD sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Geschenk Nummer neun: bessere Lebensmittelkontrollen. Die Staatsregierung gelobte nach den Lebensmittelskandalen bei Bayern-Ei und Sieber Besserung und wollte ein Geschenk mit der Aufschrift "Kontrollbehörde für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen" auf den Gabentisch legen. Peinlicherweise war die Verarbeitung des Geschenks so dilettantisch, dass es die Staatsregierung wieder zurücknehmen musste. Nach den Klagen diverser Großunternehmen ist die Staatsregierung mit ihrer neuen Lebensmittelkontrollinstanz vor dem Verwaltungsgericht Regensburg, einem bayerischen Gericht, gescheitert. Die Bürgerinnen und Bürger müssen auf dieses Geschenk noch bis zum nächsten Jahr oder sogar auf unbestimmte Zeit warten.

Geschenk Nummer zehn: Klimaschutz als Verfassungsziel. Auch das ist wieder ein sehr hübsches Geschenk, in blassgrün. Den Klimaschutz oder den ökologischen Staat als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen, mag wie ein großer Wurf wirken. Papier ist aber geduldig. Wenn man das Geschenk öffnet, steckt eigentlich nichts drin. Sie haben kein Konzept für die Reduzierung der CO_2-Belastung, kein Konzept für die Verkehrswende. Sie wissen nur, dass Sie Fahrverbote unter allen Umständen verhindern wollen. Wie Sie aber den Luftreinhalteplan erfüllen wollen, bleibt Ihr Geheimnis. Sie setzen den Rechtsbruch der CSU-Staatsregierung fort. Herr Glauber ist heute auch nicht da; wenn wir unser Klima schützen wollen, brauchen wir eine Energiewende. Auch dafür haben Sie kein Konzept. Die Windkraft wird weiter ausgebremst, indem Sie an der 10-H-Regelung festhalten. Wie haben sich die FREIEN WÄHLER gegen diese Regelung gewehrt, lieber Herr Aiwanger, lieber Herr Glauber! – Nun aber sind Sie wieder umgefallen. Wiederum ist das Geschenk eine Mogelpackung.

Zur Landwirtschaft: Bayern steigt aus Glyphosat schneller aus. Diese Ankündigung des damaligen Ministerpräsidenten in spe in Banz ist keine elf Monate her. Doch was ist passiert? – Jetzt lässt man sich dafür feiern, dass es reduziert wird. Auch in diesem Zusammenhang noch ein Hinweis: Das Land mit den meisten Öko-Anbauflächen ist nicht Bayern, sondern ist Mecklenburg-Vorpommern, und dort ist der Agrarminister ein Sozialdemokrat, und zwar Till Backhaus.

(Beifall bei der SPD)

Zehn Geschenke liegen also auf dem Gabentisch. Das ist alles wunderbar, aber beim Auspacken bringt keines der Geschenke die Augen zum Leuchten. Im Gegenteil, es gibt enttäuschte Gesichter. Herzenswünsche bleiben unerfüllt.

Jetzt werde ich Ihnen etwas zu den Herzenswünschen sagen, die wir haben:

Erstens. Wir wünschen uns eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Laut dem letzten Sozialbericht der Staatsregierung findet nur ein Viertel der Familien, dass sie eine gute Work-Life-Balance haben. Das ist für eine Staatsregierung, die immer und überall spitze sein will, beschämend. Was wollen Sie tun, um die Situation für die Familien im Freistaat zu verbessern? – In Ihrem Koalitionsvertrag finden sich keinerlei Maßnahmen. Auch Sie, Herr Dr. Söder, haben heute zu diesem Punkt nichts gesagt. Wir haben ein paar Vorschläge: mehr Flexibilisierung in der Arbeitswelt, und zwar im Sinne der Beschäftigten, nicht im Sinne der Wirtschaft,

Home-Office, Teilzeit, auch schon in der Ausbildung, Arbeitszeitreduzierung, Sabbatical. All diese Formen moderner Arbeitszeitgestaltung sollten wir politisch fördern.

Es muss, wie gesagt, möglich werden, beruflich kürzer zu treten, um Angehörige zu pflegen. Wichtig ist auch, mehr, bessere und kostenfreie Betreuungsmöglichkeiten für Kinder zu schaffen, und zwar von der Geburt bis hin zur Ganztagsbetreuung in der Schule. Die Staatsregierung muss liefern, sie darf nicht bis zum Sankt-Nimmerleins-Tag warten.

(Beifall bei der SPD)

Was ist mit der Familienmilliarde, die Sie angekündigt haben? – Das ist ein zusammengewürfelter Kessel Buntes. Darin stecken das Familiengeld mit 750 Millionen Euro und der Kita-Zuschuss mit 300 Millionen Euro. Was aber ist mit dem Qualitätsausbau, mit der Finanzierung von Rand- und Ferienzeiten? – Das würde maximal 500 Millionen Euro mehr kosten. Im zweiten Nachtragshaushalt steht dazu aber nichts. Also, wer trägt das wieder? – Möglicherweise wird das wieder den Kommunen aufgelastet.

Unser Herzenswunsch Nummer zwei: gerechte Löhne. Im Freistaat Bayern werden nur noch 53 % der Beschäftigten nach Tarif bezahlt. Das ist unter den westdeutschen Bundesländern der Negativrekord. In diesem Zusammenhang darf ich den Vorsitzenden des DGB Bayern, Matthias Jena, zitieren. Er sagte: Das kann nicht der Anspruch einer Regierung sein, die Bayern in allen Kategorien Spitzenplätze attestiert. – Was wollen Sie also für bessere Löhne tun, Herr Dr. Söder? – Ihr Koalitionsprogramm hatte vor der Wahl noch angekündigt, dafür zu sorgen, dass der Freistaat öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergibt, die nach Tarif bezahlen. Diesen Ansatz teilen wir voll und ganz. Dieses Vorhaben ist nun aber verpufft. Auch das ist wieder ein Beispiel dafür, dass Ihr Koalitionspartner verlässlich ist, nämlich im freien Umfallservice.

(Beifall bei der SPD)

Die SPD bleibt aber dran. Wir werden weiter dafür kämpfen, dass die Beschäftigten in unserem Land in angemessener Weise am Wohlstand, den sie erwirtschaften, beteiligt werden, und zwar über faire Löhne. Wenn Sie, Herr Dr. Söder, den Mindestlohn aufweichen wollen, werden wir das nicht mitmachen. Ich darf Ihnen den erbitterten Widerstand der SPD gegen dieses Vorhaben ankündigen. Niedriglöhne sind auch im reichen Bayern Realität. Dagegen werden wir entschieden vorgehen.

(Beifall bei der SPD)

Unser Herzenswunsch Nummer drei ist die soziale Sicherheit. Viele Menschen befürchten, ihren Lebensstandard nicht halten zu können. Die Politik ist in der Verantwortung, für Menschen zu sorgen, wenn diese zeitweise nicht mehr in der Lage sind, dies für sich selbst zu tun. Wir brauchen einen funktionierenden Sozialstaat, der Menschen nicht abstempelt und aufgibt, sondern der alles daransetzt, ihnen wieder auf die Beine zu helfen, sie zurückzuführen in diese Gesellschaft. Diese Problematik haben Sie, Herr Dr. Söder, offensichtlich aber gar nicht auf dem Schirm. Sie schwelgen lieber in Superlativen, wie gut es den Menschen in Bayern geht. Es ist aber nicht immer alles super, super. Wir müssen genau hinhören, was die Menschen umtreibt. Es ist bezeichnend, dass das Wort Armut bei Ihnen überhaupt nicht vorkommt. Was nicht sein darf, das gibt es auch nicht – das ist offenbar Ihre Devise –, obwohl in Bayern die höchste Armutsrate aller Bundesländer herrscht, obwohl es Alleinerziehende und kinderreiche Familien in Bayern schwerer haben als anderswo, über die Runden zu kommen.

(Widerspruch bei der CSU)

– Das ist kein Quatsch, das ist Realität. Das basiert auf Ihren eigenen Zahlen. Wenn Sie Ihre eigene Regierungsarbeit so kritisch einschätzen, können wir möglicherweise tatsächlich etwas gemeinsam im Parlament erreichen.

(Beifall bei der SPD)

Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften sind entsetzt darüber, was für eine geringe Rolle soziale Themen bei Ihnen spielen. Der Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt Bayern, Dr. Thomas Beyer, attestiert Ihnen einen echten Fehlstart, was das soziale Bayern angeht.

(Alexander König (CSU): Das ist doch ein Genosse von euch, oder?)

Außerdem muss ich leider feststellen, dass das soziale Bayern unter Schwarz-Orange auf der Strecke bleibt.

Unser Herzenswunsch Nummer vier: Perspektiven für die Jugend. Die jungen Leute sind ein wichtiger Bestandteil unserer Gesellschaft. Das ist Ihnen, Herr Dr. Söder, wohl gar nicht bewusst. In der Regierungserklärung hörte man dazu kein einziges Wort. Matthias Fack, der Präsident des Bayerischen Jugendrings, ist fassungslos darüber. Anscheinend gibt es für die neue Regierung nur eine bayerische Gesellschaft, die aus kleinen Kindern, Eltern und Senioren besteht. Für die Jugend ist außer Defizitbeschreibungen leider wenig Platz in einer solchen Gesellschaft. Was wollen Sie also tun, um die Interessen der Jugendlichen zu berücksichtigen? Sieht so eine generationengerechte Politik aus? – Wohl kaum. Für unsere Jugendlichen gibt es in diesem Jahr keine Bescherung unter dem Weihnachtsbaum. Bleibt zu hoffen, dass das in Zukunft anders ist.

(Beifall bei der SPD)

Unser Herzenswunsch Nummer fünf: Frauen an die Macht. Am 12. Januar 1919 durften die Frauen das erste Mal bei einer bayerischen Landtagswahl wählen. Aber wo stehen wir heute, nach 100 Jahren? – Der Landtag fällt in die 1990er-Jahre zurück. Nur noch 26,8 % der Abgeordneten sind weiblich. Wir, die SPD-Fraktion, sind die einzige Fraktion, die je zur Hälfte aus Männern und Frauen besteht. Das reicht aber nicht, wir brauchen nicht nur mehr Frauen in den Parlamenten, sondern auch in der Regierung und in den Aufsichtsräten. Wir brauchen sie auch in den anderen gesellschaftlichen Schlüsselpositionen. Was tun Sie, Herr Dr. Söder, dafür? – Sie behaupten, Ihr Kabinett sei jünger und weiblicher. Wir haben es nachgerechnet; eigentlich hat sich gar nichts verändert. Fortschritt ist anders, da können Sie sich noch so viel Mühe mit der Verpackung geben, es funktioniert nicht. Bei dieser Bescherung gehen also auch die Frauen leer aus, und das im Jubiläumsjahr des Frauenwahlrechts.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Jugend bekommt von Ihnen keine Geschenke. Was ist mit der großen Gruppe der Beschäftigten? Hier darf ich noch einmal den DGB zitieren:

> Was heißt die neue Konstellation […] für bayerische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Liest man den Koalitionsvertrag, lässt sich sagen: Welche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer? Sie kommen nämlich kaum bis gar nicht vor.

Sie vergessen in Ihrer Regierungserklärung also drei große Bevölkerungsgruppen: Frauen, Jugendliche und Arbeitnehmer. Das ist ein Armutszeugnis, Herr Dr. Söder.

Als Fazit bleibt: Es glitzert und glänzt auf dem Gabentisch der Staatsregierung, aber was nützt die schönste Verpackung, wenn der Inhalt eine einzige Enttäuschung ist? Was nützt die schönste Verpackung, wenn Herzenswünsche unerfüllt bleiben? Das Schlimmste aber ist: Damit untergraben Sie das Vertrauen der Bürgerinnen und der Bürger in die Politik. Nur wenn wir die Sorgen und die Probleme der Menschen ernst nehmen, nur wenn wir uns ihnen ernsthaft und intensiv widmen, können wir etwas ändern. Das heißt, wir dürfen keine falschen Erwartungen schüren. Ihr Hang zum Politmarketing in allen Ehren, Herr Dr. Söder – er ist stark ausgeprägt –, aber denken Sie bitte an die Folgen.

Sie sprechen die Verkehrswende an. "Bayern barrierefrei" – das ist hier schon einmal verkündet worden, und zwar vor zehn Jahren. Bisher haben wir aber nicht die Spur einer befriedigenden Lösung in diesem Land.

(Lebhafter Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Rechtsstaatorientiert? Zwangsgelder gegen eine Staatsregierung aus Steuermitteln finanziert – in diesem Zusammenhang ist doch nicht die Spur von Rechtstreue in diesem Land!

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich darf Sie bitten, zum Ende zu kommen.

Horst Arnold (SPD): Ich wünsche Ihnen in diesem Zusammenhang, dass Sie Ihre eigenen Geschenke tatsächlich unter dem Weihnachtsbaum auspacken und dabei Freude und Glückseligkeit empfinden. Aber bei dem, was Sie hier geliefert haben, werden wir wohl viel Nachholbedarf haben, um unserem politischen Auftrag Folge zu leisten. Das machen wir aber gewissenhaft, ernsthaft und intensiv. Das soziale Gewissen in Bayern wird von der SPD nicht nur in der Weihnachtszeit, sondern zu allen Zeiten nachhaltig, intensiv und mit aller Entschlossenheit verfolgt.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Bleiben Sie bitte noch am Pult, Herr Abgeordneter Arnold, es liegt eine Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung vor. – Ich erteile dem Abgeordneten Uli Henkel von der AfD das Wort für eine Zwischenbemerkung.

Uli Henkel (AfD): Sehr verehrter Kollege Arnold! Seien Sie bitte so lieb und erklären Sie uns, wie durch das Einfrieren der Mieten dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden kann.

Horst Arnold (SPD): Ich habe nicht davon gesprochen, dass durch das Einfrieren der Mieten dringend benötigter Wohnraum geschaffen werden kann, sondern ich habe die soziale Lage, die Lebenswirklichkeit der Mieterinnen und Mieter in Bayern angesprochen, die natürlich darunter leiden, dass die Mieten erhöht werden und dass die Möglichkeiten, sich rechtlich dagegen zu wehren, relativ gering sind. Es geht hier um das eine wie um das andere. Aber die Lebenswirklichkeit der Mieterinnen und Mieter in den Ballungszentren sind die vom Ministerpräsidenten genannten Preise bei Neuvermietung von 20 Euro pro Quadratmeter. Diese Zahlen dürften doch für sich sprechen. Wenn Sie den Profit maximieren wollen und das eine mit dem anderen verwechseln, entlarvt Sie doch Ihre Frage selbst.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter. – Als Nächster hat der Vorsitzende der FDP-Fraktion das Wort, Herr Martin Hagen. Bitte.

Martin Hagen (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir ein paar Worte zur Rede von Frau Ebner-Steiner vor diesem Haus, bevor ich auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten eingehe. Ich glaube, einen solchen Schmarrn, eine solche krude Melange rechter Verschwörungstheorien hat dieses Parlament noch nicht gehört. Frau Kollegin, es war wirklich eine Schande!

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Wir dürfen heute, in dieser Sitzung, über die Besetzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums entscheiden. Es steht zur Debatte, ob ein Vertreter der AfD in dieses Gremium einziehen darf, das die Geheimdienste kontrolliert. Insofern danke ich Ihnen: Sie haben uns die Entscheidung mit dieser Rede deutlich einfacher gemacht.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD – Zuruf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner (AfD))

Sehr geehrter Herr Fraktionschef Kreuzer, vielleicht überdenken Sie angesichts dieser Rede noch mal Ihre Entscheidung morgen im Ältestenrat, ob Sie hier wirklich die räumliche Grenze zwischen Demokraten und Extremisten im Parlament aufheben wollen.

(Beifall bei der FDP und bei der SPD)

Sehr geehrte Damen und Herren, nun zur Regierungserklärung. Der Titel lautet: "Bayern ist es wert." Ich sage Ihnen: Bayern ist es leid. Bayern ist es leid, zum Start jeder neuen Staatsregierung die gleiche alte Selbstbeweihräucherung zu hören. Das Feuerwerk der ersten Regierungserklärung von Markus Söder vom April klingt uns allen noch in den Ohren. Dabei ist es längst verglüht. Geblieben sind der Rauch und der Ruß, und wenig spricht dafür, dass es am Ende dieser Regierungszeit anders aussehen wird, wobei wir sagen müssen: Diesmal war es ja kein Feuerwerk; ein Glanzlicht war es aber auch nicht.

Weiter so – diese Maxime reicht einfach nicht für eine Regierung, die die Zukunft gestalten will. Die Politik muss Weichen langfristig stellen und Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft finden. Wir müssen unseren Wohlstand in Zeiten von globalem Wettbewerb und disruptiven technologischen Entwicklungen behaupten. Unsere Sozialsysteme ächzen unter dem demografischen Wandel, unsere Unternehmen suchen händeringend nach Fachkräften. Kinder aus sozial schwachen Familien fallen in unserem bayerischen Bildungssystem durchs Raster. In den Städten fehlt bezahlbarer Wohnraum, im ländlichen Raum ärztliche und medizinische Versorgung.

(Beifall bei der FDP)

Familien sorgen sich um angemessene Kinderbetreuung und Altenpflege. Der Klimawandel ist eine Menschheitsaufgabe, die wir nicht bewältigen, indem wir, wie von Ihnen vorgesehen, das Wörtchen "Klimaschutz" in die Bayerische Verfassung schreiben.

Meine Damen und Herren, die Bürgerinnen und Bürger erwarten von uns Abgeordneten, dass wir diese und andere Herausforderungen mutig und entschlossen angehen. Eine entscheidende Frage am Ende dieser Legislaturperiode wird sein: Hat die Politik die wirtschaftliche Stärke dieses Landes nur verbraucht? – Da sind Sie auf dem besten Weg. Oder gab es auch Maßnahmen, die die Wettbewerbsfähigkeit der bayerischen Wirtschaft gestärkt haben?

Unsere Wirtschaftspolitik braucht dringend neue Impulse. Seit Jahren gibt es in Bayern mehr Geschäftsaufgaben als Neugründungen. Meine Damen und Herren, im Ranking des Start-up-Monitors ist unser Bundesland auf Platz 4 zurückgefallen. Auf Platz 1 steht neuerdings NRW. Dort gibt es seit einem Jahr – Sie ahnen es – einen liberalen Wirtschaftsminister.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Söder, es muss Ihnen doch in der Seele weh tun, auf diesem Feld von NRW abgehängt zu werden. Bayern ist es leid. Unser Land muss endlich mehr Innovation wagen. Wir brauchen digitale Infrastruktur, digitale Bildung und digitale Behörden. Wir brauchen weniger Bürokratie für Gründer und Unternehmer. Wir müssen Handwerk und Mittelstand dabei unterstützen, Schritt zu halten mit der Digitalisierung und mit neuen Fertigungstechnologien. Wir brauchen Experimentierzonen für neue disruptive Technologien, beispielsweise Testfelder für autonomes Fahren – nicht nur auf der A 9, sondern auch im urbanen Umfeld. Wir brauchen innovative Ökosysteme aus Hochschulen, Start-ups, etablierten Unternehmen und Investoren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Bayerns Wohlstand ist nicht in Stein gemeißelt; den muss jede Generation aufs Neue erwirtschaften. Die Wirtschafts- und Innovationspolitik in diesem Land hätte dringend ein Update gebraucht. Bekommen hat sie Hubert Aiwanger.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrter Herr Aiwanger – wo auch immer er gerade ist –, ich habe schon ein paar Ihrer Auftritte als Regierungsmitglied erleben dürfen, und ich muss Ihnen sagen: Den Wirtshausminister nimmt man Ihnen ab, aber mit der Rolle als Wirtschaftsminister fremdeln Sie; das ist ganz offenkundig.

(Beifall bei der FDP)

Ihr eigener Fraktionschef Streibl hat letzte Woche gesagt, Sie bräuchten wohl noch ein bisschen Zeit, bis Sie sich in Ihre neue Lebenswirklichkeit gefunden hätten. Herr Aiwanger, ich bitte Sie, nutzen Sie die besinnlichen Weihnachtstage zur inneren Einkehr, zur Besinnung. Spätestens im neuen Jahr braucht dieses Land eine Wirtschaftspolitik mit Weitblick. Bayern kann nicht länger warten.

(Beifall bei der FDP)

Ich komme zum nächsten Thema. Das ist ein Thema, bei dem die FREIEN WÄHLER im Wahlkampf viel versprochen haben und im Koalitionsvertrag nichts, aber auch wirklich gar nichts gehalten haben. Es geht um die Stärkung der Kommunen, es geht um die Stärkung des ländlichen Raums. Langjährige Forderungen der FREIEN WÄHLER haben sich während der Koalitionsverhandlungen mit der CSU mir nichts, dir nichts in Luft aufgelöst: Die Anhebung des kommunalen Anteils am Steuerverbund: weg. Der periodische Gleichwertigkeitsbericht zur Entwicklung der Verhältnisse in verschiedenen Landesteilen: weg. Die Regionalbudgets zur eigenverantwortlichen Regionalentwicklung: weg.

Nichts wurde umgesetzt. Es geht weiter wie bisher; zentralistisch von den Ministerien in München gesteuert. Keine Subsidiarität, keine regionale Verantwortung, keine Stärkung der Kommunen. Meine Damen und Herren, Bayern ist es leid.

(Beifall bei der FDP)

Die FREIEN WÄHLER haben ihr Leib- und Magenthema für Posten und Dienstwagen verkauft. Die Staatsbeauftragten lassen grüßen. Der ländliche Raum braucht einen neuen Anwalt.

(Alexander König (CSU): Ihr wisst doch gar nicht, wo der ländliche Raum ist!)

Wir Freie Demokraten stehen für starke Kommunen, für einen starken ländlichen Raum, für gleichwertige Lebensbedingungen in Stadt und Land.

Die Flüchtlingspolitik ist ein weiteres Thema, das mich aktuell wieder geärgert hat und bei dem es bei dieser Staatsregierung anscheinend überhaupt keine Besserung gibt. Heute vor genau einer Woche klingelte bei Herrn Staudacher, das ist ein Handwerksmeister aus dem Ostallgäu, das Telefon. Der Anruf kam aus Kabul, von seinem Mitarbeiter, Herrn Aman Mohammadi, der ihm mitteilte, dass er heute nicht zur Arbeit kommen könne und künftig auch nicht mehr, weil er nachts von der Polizei abgeholt und nach Afghanistan ausgeflogen wurde. Aman Mohammadi war bestens integriert. Er war unbescholten, er war berufstätig, er zahlte Steuern, und er hatte eine Arbeitsgenehmigung bis 2019.

Meine Damen und Herren, solche Menschen schieben Sie regelmäßig ab, während Gefährder und Kriminelle weiterhin im Land bleiben. Herr Ministerpräsident, für diese verfehlte Politik hat niemand in diesem Land Verständnis.

(Beifall bei der FDP und den GRÜNEN)

Unsere bayerischen Unternehmen, gerade Handwerk und Mittelstand, haben vorbildlich in die Integration von Geflüchteten investiert. Sie fühlen sich durch Ihre Politik, auf Deutsch gesagt – pardon –, verarscht. Der Präsident der schwäbischen Handwerkskammer hat völlig Recht, wenn er sagt: So geht es nicht weiter.

Ich sage: Bayern ist es leid. Schieben Sie endlich die Richtigen ab, aber schaffen Sie Planungssicherheit für unsere Unternehmen und Bleibeperspektiven für diejenigen, die sich hier integrieren, die fleißig sind und ihren Lebensunterhalt selbst erwirtschaften können.

(Beifall bei der FDP)

Ein paar kurze Sätze zur Familienpolitik, weil das sozusagen die Trophäe der FREIEN WÄHLER in diesem Koalitionsvertrag ist: der Zuschuss zum Kindergarten.

Meine Damen und Herren, einen solchen Zuschuss hat die FDP der CSU im Jahr 2013 im Bildungsfinanzierungsgesetz schon einmal abgetrotzt. Die CSU hat ihn dann in der nächsten Legislaturperiode einfach wieder kassiert. Passen Sie insofern auf, werte Kollegen von den FREIEN WÄHLERN. Die Versprechungen der CSU sind wenig nachhaltig. Grundsätzlich begrüßen wir es, dass die frühkindliche Bildung schrittweise und langfristig beitragsfrei gestellt wird. Das darf aber nicht zulasten der Qualität gehen; das darf nicht zulasten der Betreuungsschlüssel und der flexiblen Öffnungszeiten gehen; denn eine kostenlose Kita ist zwar schön; es bringt aber nichts, wenn es keine gibt oder sie nicht geöffnet hat.

(Beifall bei der FDP)

Ein paar Sätze zum Thema innere Sicherheit, meine Damen und Herren. In der letzten Legislaturperiode haben Sie mit dem PAG ein Gesetz vorgelegt, das jetzt nicht korrigiert, sondern lediglich evaluiert wird. Dabei haben zigtausende Demonstrierende gezeigt: Bayern ist es leid, dass die Staatsregierung die Freiheit der Bürger einer vermeintlichen Sicherheit opfert. Wir halten dieses Gesetz für verfassungswidrig und haben deswegen in Karlsruhe Verfassungsbeschwerde eingelegt.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind überzeugt, dass wir nicht immer schärfere Sicherheitsgesetze brauchen, sondern ausreichend Polizeibeamte, die auch Zeit haben, sich um die Aufgaben zu kümmern, deretwegen sie ursprünglich einmal Polizist werden wollten. Meine Damen und Herren, das ist nicht die Schreibarbeit. Mir erzählen Polizisten in Bayern immer wieder, wie sehr sie der bürokratische Papierkrieg frustriert. Auch da könnte moderne Technik helfen. Momentan nehmen unsere Beamten Zeugenaussagen vor Ort handschriftlich auf und müssen sie dann im Büro am Computer abtippen. Dabei gibt es längst digitale Diktiergeräte und Spracherkennung, die das Diktat automatisch in Text umwandelt. Das wäre eine sinnvolle Lösung. Sie aber, verehrte Damen und Herren von der Regierung, setzen in der Sicherheitspolitik andere Prioritäten – Stichwort bayerische Kavallerie. Die CSU wollte die Kavallerie, die FREIEN WÄHLER wollten sie nicht. Der Kompromiss laut Koalitionsvertrag sieht jetzt wie folgt aus: Statt 200 Pferden gibt es nur noch 100 Pferde; dafür gibt es jetzt ein paar Polizeihunde obendrauf. Meine Damen und Herren, was für ein Kuhhandel! Das ist Sicherheitspolitik wie auf dem Viehmarkt.

(Alexander König (CSU): Wenn es so weitergeht, haben wir im Parlament bald einen Pferdeausschuss, weil das so sehr bewegt!)

Man wäre ja noch nicht einmal überrascht, wenn Hubert Aiwanger von seinem Hof noch ein paar Ferkel obendrauf gelegt hätte.

(Beifall bei der FDP)

Was wir brauchen, ist eine Sicherheitspolitik mit Vernunft, eine Sicherheitspolitik mit Augenmaß, die Antworten auf die realen Bedrohungen findet. Eine solche Politik ist von dieser Regierung offenkundig nicht zu erwarten.

Mein letzter Punkt für heute, sehr geehrte Damen und Herren, ist der Bereich Finanzen. Sehr geehrter Herr Minister Füracker, ich muss Ihnen sagen: Ich beneide Sie nicht um Ihren Job. In Ihrer ersten Amtszeit hatten Sie es mit einem ausgabenwütigen Ministerpräsidenten zu tun, und jetzt müssen Sie auch noch zusätzlich einen ausgabenwütigen Koalitionspartner im Zaum halten. Ich wünsche Ihnen viel Erfolg und gute Nerven.

Ihr Vorgänger, der heutige Ministerpräsident, hatte ursprünglich das Ziel ausgegeben, die jährliche Ausgabensteigerung auf 3 % zu begrenzen. – Ich nehme jetzt keine Zwischenfragen an. – Er hat dieses Ziel in der vergangenen Legislaturperiode in jedem einzelnen Jahr verfehlt, meine Damen und Herren, in jedem einzelnen Jahr. Böse Zungen in der CSU behaupten, als Finanzminister habe sich Markus Söder die Unterstützung der CSU-Fraktion gekauft, und als Ministerpräsident habe er dann das Gleiche mit den Wählerinnen und Wählern versucht. Gott sei Dank hat das Wahlergebnis gezeigt: Die bayerischen Wählerinnen und Wähler sind offenkundig klüger als die Abgeordneten der CSU.

(Zuruf von der CSU: 5,1 %!)

Was mich bei Ihrer Ausgabenpolitik am meisten ärgert – getroffene Hunde bellen –, meine Damen und Herren, ist die Investitionsquote. Sie liegt nämlich bei gerade einmal 10 %. Das heißt, 90 % des Haushalts fließen in konsumtive Ausgaben. Hier wird zu wenig in Zukunft investiert und zu viel Steuergeld im Hier und Jetzt verfrühstückt. Auch das ist Bayern leid, meine Damen und Herren; auch das müssen wir ändern.

(Beifall bei der FDP)

Ja, Bayern ist so einiges leid, aber Bayern – und da stimmt der Titel des Koalitionsvertrages – ist es auch wert, für eine bessere Politik zu kämpfen, für eine Politik, die Chancen schafft und den Menschen in diesem wunderbaren Land auch etwas zutraut, die sich nicht mit immer mehr Verboten und Gängelungen und immer mehr Bürokratie für die Bürger aufhält, sondern die sie stark machen will, ihnen helfen will, ihr Potenzial zu entfalten. Für diese Politik kämpfen wir, die Freien Demokraten, mutig, optimistisch, zukunftsorientiert als liberale, weltoffene und markwirtschaftliche Opposition im Bayerischen Landtag.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herr Hagen, bleiben Sie bitte da. Wir haben eine Zwischenbemerkung des Abgeordneten Swoboda. – Ich erteile das Wort dem Abgeordneten Swoboda.

Raimund Swoboda (AfD): Mit welchem Recht erlauben Sie sich, mich hier ganz persönlich, wo Sie doch wissen, dass ich derjenige bin, der für die AfD für die Parlamentarische Kontrollkommission zur Wahl steht, vor versammeltem Plenum als Extremisten zu desavouieren? – Das ist kein guter Ton in diesem Hohen Hause, und das, finde ich, passt auch nicht zu Ihrer Person. Haben Sie etwas gegen mich persönlich vorzubringen, dann sagen Sie es den Leuten, damit sich die Wähler hier im Raum, aber auch die Wähler draußen, die mich hierhergewählt haben, zumindest aus ihrer Sicht ein Bild von mir machen können.

Wenn Sie aber die gesamte Partei irgendwie in Haftung nehmen wollen, dann tun Sie das an anderer Stelle, aber nicht vor einer Wahl. Das empfinde ich als parlamentarische Hetze der untersten Form. Das ist nicht in Ordnung, und – das möchte ich Ihnen ins Gesicht sagen – das missbillige ich. Das ist nicht fair.

(Beifall bei der AfD)

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Swoboda, Sie können meine Rede nachher im Protokoll nachlesen. Ich habe Sie nicht persönlich angesprochen. Ich habe die Rede Ihrer Fraktionsvorsitzenden angesprochen, und das war wirklich eine extremistische Rede.

(Beifall bei der FDP, den GRÜNEN und der SPD)

Da Sie aber schon auf sich persönlich zu sprechen kommen – ich hätte es von mir aus nicht gemacht –: Die erste Google-Suche nach Ihrer Person führt auf eine Seite, und zwar eine offizielle Seite der AfD – es ist also kein Zitat, das irgendwo gegen Sie verwendet wird –, auf der zu lesen ist, Sie seien in die Politik gegangen, weil Sie die Politik nicht den Schurken überlassen wollen, die an der Auflösung des deutschen Volkes arbeiten.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Herr Swoboda, solche Worte richten sich selbst. Sie glauben doch nicht im Ernst, dass die Fraktion der Freien Demokraten oder irgendeine andere demokratische Fraktion in diesem Haus Sie in das Parlamentarische Kontrollgremium wählt, das den Verfassungsschutz kontrolliert. Das hieße, den Bock zum Gärtner zu machen. Sie glauben doch nicht, dass wir so bescheuert sind.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter Hagen. – Eine weitere Wortmeldung ist hier nicht zulässig. Ich erteile als Nächstem dem Abgeordneten Tobias Reiß von der CSU das Wort.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das werden wir jetzt, Herr Kollege Hagen, in den nächsten Wochen in den Debatten in diesem Haus sicher mehrfach erleben: dass uns Spaltung der Gesellschaft von denjenigen vorgeworfen wird, die diese Spaltung betreiben,

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der SPD – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Bravo!)

die sie in dieses Parlament getragen haben. Frau Ebner-Steiner, Sie sprechen Ihre 1,3 Millionen Wähler an. Wir hier, jeder einzelne Abgeordnete, jede einzelne Abgeordnete, vertreten das gesamte Volk, vertreten das gesamte Bayern, nicht nur einzelne oder die jeweils eigenen Wähler. Wir sind verantwortlich für ganz Bayern und für alle bayerischen Bürgerinnen und Bürger.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Sie verstehen sich als wirkliche Opposition und wähnen unter den Füßen des Ministerpräsidenten ein dünnes Brett, auf dem er segelt. Ich habe den Eindruck und die Vermutung, dass dieses Brett bei Ihnen an anderen Körperteilen ist.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Nehmen Sie diese Bretter ab, lenken Sie den Blick auf die wahre Situation, geben Sie Ihren Blick frei auf die Situation, auf die Lebenswirklichkeit in Bayern! Dann werden Sie hier auch ernst genommen. Sie vermissen bei uns das Ethos, verwenden aber eine Sprache, die auch Kollege Hagen angesprochen hat, und sprechen von Besiedlungszonen. Wer bitte unter den Demokraten soll Sie noch ernst nehmen?

(Beifall bei der CSU)

Sie sind keine patriotische Bürgerbewegung. Patrioten leben von der Liebe zu ihrer Heimat, leben die Interessen ihrer Heimat. Sie verraten diese Interessen.

Man kann über die Flüchtlingspolitik sehr ernsthaft diskutieren. Sie haben aber zum Thema UN-Migrationspakt eine Scheindebatte geführt. Sie haben diesem Pakt einen Inhalt gegeben, den er in Wirklichkeit nicht hat. Kein Staat wird seine Souveränität aufgeben. Wir werden hier in Bayern und in Deutschland stets in eigener Souveränität über unser Asylrecht und über unser Ausländerrecht entscheiden. Unsere Standards liegen weit über dem, was sowohl im Migrationspakt als auch im Flüchtlingspakt gefordert wird. Der UN-Migrationspakt zielt auf eine Verbesserung der Standards in Staaten ab, die in der Nachbarschaft von Staaten liegen, in denen Bürgerkrieg herrscht und aus denen Menschen flüchten müssen. Mit diesem Pakt sollen die Standards in diesen Staaten und in Transitstaaten verbessert werden. Der Flüchtlings- und Migrationspakt wird von Deutschland und Europa den Flüchtlings- und den Migrationsdruck nehmen. Deshalb haben wir ihm auch zugestimmt.

Herr Hagen, Sie vermissen bei den Finanzen und dem Haushalt die Solidität, die wir in diesem Hohen Hause in den letzten Jahren stets unter Beweis gestellt haben. Bayern ist der Marktführer der Solidität. Bayern ist der Marktführer beim ausgeglichenen Haushalt. Wir zahlen Schulden zurück. Wir nehmen keine neuen Schulden auf. Wir finanzieren alle Ausgaben aus den Einnahmen. Wir sind in der

Lage, nicht mehr Geld ausgeben zu müssen, als wir von den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern bekommen. An dieser grundsoliden Finanz- und Haushaltspolitik der letzten Jahre werden wir auch in den nächsten Jahren festhalten.

(Beifall bei der CSU)

Sie wünschen Polizeibeamte, die Zeit haben. Diese Polizeibeamten bekommen Sie. Bei der Personalausstattung unserer Polizeidienststellen werden im Jahr 2019 unsere Stellenverbreiterungspolitik und unser Konzept der stärkeren Ausbildung zum Tragen kommen. Seit 2017 schaffen wir jährlich 500 neue Planstellen. Seit 2017 bilden wir auch 500 Anwärter mehr aus, als Beamtinnen und Beamte in Pension gehen. Die ersten Anwärter, die im Jahr 2017 ihren Dienst angetreten haben, werden im Jahr 2019 mit ihrer Ausbildung fertig.

Der Staatsminister des Innern hat die Zahlen bereits öffentlich dargelegt: Ab dem Jahr 2019 werden wir jährlich weitere 500 neue Stellen schaffen und gleichzeitig weiterhin 500 Anwärterinnen und Anwärter pro Jahr mehr ausbilden. Das bedeutet, in den nächsten Jahren werden wir jedes Jahr 500 neue junge Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung haben. Diese werden nicht in den Stuben oder in den Stäben sitzen, sondern auf den Straßen und Plätzen des Freistaats Bayern tätig sein. Sie werden damit die Sicherheit im ganzen Land verbessern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Damit wird der ländliche Raum gestärkt. Herr Hagen, ich weiß nicht, wie oft Sie im ländlichen Raum unterwegs sind. Wir als CSU-Fraktion leben seit Jahren eine Heimatstrategie für den ländlichen Raum. Ich nenne die Behördenverlagerungen, den Breitbandausbau und die Investitionen für den ländlichen Raum. Das sind Investitionen in den gesamten Freistaat Bayern. Nach dem Abschluss der aktuellen Behördenverlagerungen sind aus der Mitte meines Stimmkreises Tirschenreuth 600 Arbeitsplätze in weniger als einer halben Stunde erreichbar, die der Freistaat Bayern in den Landkreis Tirschenreuth, in die angrenzenden Regionen und in den Landkreis Wunsiedel verlagert hat. Wir schaffen Chancen für den ländlichen Raum und wollen ihm Zukunft bieten. Wir schaffen gerade für junge Menschen im ländlichen Raum Perspektiven.

(Beifall bei der CSU)

Herr Kollege Arnold, bei der ersten Regierungserklärung des Ministerpräsidenten am 18. April waren es noch Wahlgeschenke. Heute sind es auf einmal Weihnachtsgeschenke. Sie sagen, die Geschenke seien schön verpackt, aber es sei nichts in ihnen enthalten.

(Beifall des Abgeordneten Harald Güller (SPD))

An der Strategie, die Markus Söder zu Beginn dieses Jahres aufgelegt hat, sieht man, dass das Geschäftsjahr des Ministerpräsidenten keine zwölf Monate hat. Markus Söder ist in der Lage, bereits nach neun Monaten eine Jahresbilanz vorzuweisen, die sich mehr als sehen lassen kann. Er hat eine fulminante Bayern-Strategie für das ganze Land entwickelt. Sie umfasst die Wohnraumarbeit und die Digitalisierung. Sie beschäftigt sich mit der Frage, wie wir mehr Lehrer für unsere Schüler bekommen und wie wir unsere Schüler bei der Digitalisierung besser unterstützen können.

Herr Kollege Arnold, Sie haben das Thema Föderalismus genannt und dabei von einer Machtfrage gesprochen. Wollen Sie tatsächlich, dass der Bund in unsere Bildungspolitik hineinregieren kann? Sollen wir die Zuständigkeit dafür tatsächlich an den Bund abgeben? Wir stehen zum Kooperationsverbot und für eine klare Zuord-

nung der Verantwortung. Wir stehen für eine klare Finanzierung. Natürlich kann sich der Bund ohne eine Änderung des Grundgesetzes an der Finanzierung der Digitalisierung in der Bildungspolitik beteiligen. Kein Mensch möchte den Schulen dieses Geld für die Digitalisierung vorenthalten.

(Horst Arnold (SPD): Natürlich!)

Ich möchte noch das Thema Wohnungsbau ansprechen. Was soll ein Mietenstopp bringen? – Wir brauchen mehr Wohnraum. Wenn in der Landeshauptstadt München, in der die SPD in den letzten Jahren die Verantwortung getragen hat, mehr Wohnraum geschaffen worden wäre, müssten wir heute vielleicht nicht diese Diskussion führen. Wir verfolgen das Konzept, bis zum Jahr 2023 500.000 Wohnungen zu schaffen. Diese Leistung können nur alle Ebenen gemeinsam erbringen, die Kommunen, der Freistaat und der Bund. Nur mit mehr Wohnungen werden wir den Druck vom Wohnungsmarkt nehmen.

Die Bürgerinnen und Bürger Bayerns haben uns für die nächsten fünf Jahre die Verantwortung übertragen. Wir sind bereit, diese Verantwortung gemeinsam wahrzunehmen. Lieber Kollege Florian Streibl, wir hatten kürzlich ein Gespräch in deinem Büro. Dort hängt ein altes Wahlplakat deines Vaters aus dem Jahr 1964. Damals hat der junge Max Streibl als Kandidat für den Bayerischen Landtag das Motto gewählt: "Bayern modern". Das ist seit Jahrzehnten das Motto der CSU. Seit über 50 Jahren halten wir Bayern modern. Das werden wir auch in den nächsten fünf Jahren gemeinsam mit den FREIEN WÄHLERN tun.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke, Herr Abgeordneter Reiß. – Als Nächster hat Herr Kollege Sebastian Körber von der FDP das Wort.

Sebastian Körber (FDP): Wissen Sie, was die Städte München und Ingolstadt mit den Landkreisen München, Starnberg, Fürstenfeldbruck, Dachau, Ebersberg und Miesbach gemeinsam haben?

(Horst Arnold (SPD): Sie liegen alle in Oberbayern!)

Sie gehören beim Thema Wohnen zu den 15 teuersten Regionen in Deutschland. 8 der 15 teuersten Regionen deutschlandweit liegen bei uns in Bayern.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, unsere Bürger müssen teilweise 40 % ihres verfügbaren Nettohaushaltseinkommens für die Miete aufwenden. Eigentumsbildung wird immer schwieriger. Was steht zu dieser zentralen Frage im Koalitionsvertrag? – Am 18. Juli haben Sie eine dritte staatliche Wohnungsbaugesellschaft gegründet. Warum eigentlich? Es gibt doch schon zwei. Sehr verehrter Herr Ministerpräsident, mit der BayernHeim bauen Sie jetzt 1.000 neue Wohneinheiten in München. Darauf sind Sie stolz, das haben Sie in Ihrer Regierungserklärung gesagt. Meine sehr verehrten Damen und Herren, 1.000 Wohnungen entsprechen dem Bedarf, den die Stadt München in jedem Monat hat. Das ist viel zu wenig. Das ist reine Symbolpolitik.

(Beifall bei der FDP)

Sie wollen die Energiestandards überprüfen, zum Beispiel in der Energieeinsparverordnung. Sie ist explizit im Koalitionsvertrag genannt. Bayern als Bundesland ist dafür übrigens gar nicht zuständig. Das ist eine EU-Richtlinie. Darauf können Sie nur bedingt Einfluss nehmen. Außerdem führen Sie ein Baukindergeld Plus und eine Bayerische Eigenheimzulage ein. Die Eigenheimzulage wurde im Jahr 2006 abgeschafft, weil es dort überwiegend Mitnahmeeffekte gegeben und die Bauin-

dustrie die Preise kräftig erhöht hat. Davon haben die Häuslebauer in diesem Land überhaupt nicht profitieren können.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist übrigens auch bemerkenswert, dass jede Partei in diesem Hohen Hause gerade etwas zu diesen wichtigen Fragen des Wohnens und der Mobilität gesagt hat. Die einzige Fraktion, die hierzu überhaupt nichts gesagt hat, sitzt von hier oben aus rechts. Vielleicht sollten auch Sie ein bisschen mehr daran arbeiten, dass Sie für die Menschen Lösungsvorschläge aufzeigen, anstelle hier nur populistisch zu reden.

(Beifall bei der FDP, der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns Freie Demokraten ist das Thema Wohnen die zentrale soziale Frage des 21. Jahrhunderts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den FREIEN WÄHLERN und der CSU, denken Sie eigentlich wirklich, dass die Bürger nicht erkennen, dass Sie nur in schönen Bildern und schönen Ankündigungen an den Symptomen herumdoktern? Mehr haben Sie leider nicht zu bieten. Wir Freie Demokraten möchten die Ursachen wirksam bekämpfen. Die Mieter und Häuslebauer erwarten von uns konkrete Lösungsvorschläge. Ich habe deshalb drei Sofortmaßnahmen für Sie mitgebracht:

Erstens, Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste selbstgenutzte Wohneigentum.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist aber Bundesrecht, oder?)

So sparen sich die Häuslebauer nämlich von Anfang an 3,5 % der Kaufnebenkosten.

(Beifall bei der FDP)

Wohneigentum ist der beste Schutz vor Altersarmut.

Zweitens, Entschlackung der Bayerischen Bauordnung. Da kann man schon etwas machen, zwar weniger bei der Energieeinsparverordnung, aber beim Brandschutz, beim Lärmschutz und bei Umweltverträglichkeitsprüfungen. Das sind Themen, die Sie in der Bayerischen Bauordnung konkret lösen könnten. Sie sprechen im Koalitionsvertrag lapidar von einfachen Vorschriften. Sie stellen in Bayern schon lange – ich weiß nicht wie lange – den Bauminister. Sie haben in diesem Bereich aber nichts gemacht.

(Beifall bei der FDP)

Herr Ministerpräsident, ich lade Sie gerne einmal dazu ein, wenn ein Kunde bei mir sitzt, der ein Häuschen bauen möchte. Die Kommentare zur Bayerischen Bauordnung sind leider nicht viel kürzer geworden. Die Bauordnung selbst wurde zwar verkürzt, aber dafür steht jetzt alles im Anhang. Hier wurde leider seit Jahrzehnten keine Bürokratie mehr abgebaut. Daran sollten Sie dringend einmal arbeiten.

(Beifall bei der FDP)

Drittens, Beschleunigung der Genehmigungsprozesse. Da kann man sagen, dass das Baurecht von den Kommunen vergeben wird. Da haben Sie recht. Aber man kann in der Bayerischen Bauordnung sehr wohl einmal dafür Sorge tragen, dass das Ganze etwas schneller geht, wenn Bauanträge eingereicht werden, gerade durch Digitalisierung, für die Sie schließlich ein eigenes Ressort geschaffen, leider aber keinen Ausschuss eingerichtet haben. Da könnte man doch einmal einen mu-

tigen Vorschlag machen, zum Beispiel, dass ein Bauantrag, der digital eingereicht worden ist, als genehmigt gilt, wenn ihm sechs Wochen lang nicht widersprochen worden ist. Das würde das Ganze mal ein bisschen vorantreiben und wäre mal ein sinnvoller Vorschlag.

(Beifall bei der FDP – Zurufe bei der SPD: Oje!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte mit den Bereichen Infrastruktur und Mobilität ein weiteres Thema anschneiden, zu dem noch viel zu wenig gesagt worden ist. In meiner Heimatregion in Oberfranken – der Herr Aiwanger ist leider nicht da; Herr Staatssekretär, bitte geben Sie es an den Minister weiter – hat Herr Aiwanger im Wahlkampf noch verkündet, dass dort keine Stromtrassen mehr gebaut würden. Ich habe davon leider nichts mehr im Koalitionsvertrag gefunden. Das ist ein bisschen schade. Ich bin gespannt, wie wir das den Bürgerinnen und Bürgern in Oberfranken erklären.

Ich habe im Koalitionsvertrag etwas zum Thema "Flutpolder" gefunden. Das ist eine große Infrastrukturmaßnahme. Da gibt es ein schönes Gesamtkonzept zum Hochwasser. Die FREIEN WÄHLER haben anscheinend eine Glaskugel, mit der sie feststellen können, dass drei bestimmte Standorte, an denen zufällig die FREIEN WÄHLER regieren, gar nicht so wichtig sind. Das ist bemerkenswert. Mich würde ganz stark interessieren, wie Sie uns erklären können, dass dieses nachträgliche Gutachten zu einer richtigen Entscheidung kommt. Das fördert Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der FDP)

Sie werfen unter der Überschrift "Nachhaltige Mobilität", worüber heute noch niemand gesprochen hat, ganz charmant den Flughafen München um fünf Jahre nachhaltig zurück.

(Zuruf: Gott sei Dank!)

Damit werfen Sie den ganzen Wirtschaftsstandort Bayern zurück. Der Flughafen ist am Limit. Die Zahl der Flugbewegungen ist seit 2017 um 5,5 % gestiegen, der Drehkreuzstatus ist massiv gefährdet. Wir als Freie Demokraten bekennen uns klar zur dritten Startbahn am Flughafen München.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nahezu nichts bewegt sich seit fünf Jahren bei den infrastrukturellen Lebensadern unserer Regionen, dem schnellen Internet und der Netzabdeckung im ländlichen Raum. Das Gegenteil wäre für unsere Innovationen aber notwendig. Wir haben dazu viele warme Worte gehört: Autonomes Fahren, Telemedizin – denken Sie nur einmal an all die Homeoffice-Arbeitsplätze in den Regionen. Das wäre schon sinnvoll. Wir Freie Demokraten räumen der Netzabdeckung oberste Priorität ein. Wir werden hier in den nächsten Jahren der Anwalt der Bürgerinnen und Bürger sein.

(Beifall bei der FDP)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte abschließend noch eine Lanze für die Dieselfahrer brechen. – Herr Ministerpräsident, Sie sprechen in Ihrer Regierungserklärung von einem klimafreundlichen Diesel. Das werden die GRÜNEN vielleicht nicht so toll finden, aber ja, ich gehe da durchaus mit. Es ist aber völlig inakzeptabel, wie Sie die Dieselfahrer im Regen stehen lassen. Ich möchte Sie daran erinnern, dass die CSU auf Bundesebene nicht nur den Bau-, sondern

auch den Verkehrsminister stellt. Da können Sie hier nicht das Spiel spielen, dass in Berlin alle böse seien.

(Alexander König (CSU): Ein bisschen schon!)

Die Dieselfahrer dürfen bald nicht mehr in die Städte fahren. Der Wertverlust, der dadurch an den Fahrzeugen entsteht, ist natürlich katastrophal. – Nun eine spannende Frage an die Staatsregierung: Was machen Sie eigentlich mit den knapp 800 Millionen Euro, die beispielsweise ein großer Ingolstädter Automobilhersteller an Strafe bezahlt hat? – Man konnte im Oktober bei der "dpa" lesen, dass das Geld dem allgemeinen Haushalt zugeführt wird, weil es sich um Ordnungswidrigkeiten handelt. Das ist eine große Sauerei. Diese Gelder sollten die Dieselfahrer erhalten, damit sie an ihren Autos die Hardware nachrüsten machen können. Der Staat ist aber offenkundig nicht mehr in der Lage, eine standardisierte Messmethodik für die Ermittlung von NO_x-Werten einzuführen. Das ist eine große Sauerei.

(Beifall bei der FDP)

Ja, Bayern ist ein Autoland. Das Auto ist ein besonders wichtiger Bestandteil unserer Wertschöpfung. Wir müssen dann aber bitte auch Technologieoffenheit fördern. Sie wollen hier ein paar Zehntausend Elektroautos auf die Straße bringen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, hier muss Technologieoffenheit die Benchmark sein. Wir haben doch schon ganz andere Technologien, die vielleicht bald die Zukunft bestimmen werden. Es wird immer schwieriger, wenn wir nur einseitig eine bestimmte Technologie fördern. Ich erachte das als vollkommen falsch.

Wir Freie Demokraten werden die Regierungskoalition in den Bereichen Wohnen und Mobilität nicht weiter mit Steuergeldern an den Symptomen herumdoktern lassen, sondern wir werden als Anwalt der Bürger die Ursachen wirksam bekämpfen. Dies geschieht etwa mit der Abschaffung der Grunderwerbsteuer für das erste selbstgenutzte Wohneigentum, mit einem flächendeckenden Mobilfunknetz und mit einem klaren Bekenntnis zu großen Infrastrukturprojekten wie der dritten Startbahn am Münchner Flughafen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Das Wort hat nun Herr Kollege Dr. Fabian Mehring von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten uns eigentlich bereits darauf verständigt, die verbleibende Redezeit in die Verlängerung unseres Feierabends zu investieren. Die Debatte hat aber zwischenzeitlich in mancherlei Hinsicht eine Dynamik angenommen und sich so weit von der politischen Realität entfernt, dass es in meinen Augen doch noch notwendig ist, im Namen meiner Fraktion zu einigen Argumenten, die unwidersprochen im Raum stehen, Stellung zu nehmen.

Ich beginne mit dem Kollegen Hagen, dem selbst ernannten neuen Anwalt des ländlichen Raums. Dessen heutiges Redemanuskript war mit den gleichen Parolen durchzogen, die dieses Hohe Haus in der Vergangenheit bei den Reden der Fraktionsführerin der GRÜNEN bereits mehrfach zur Kenntnis genommen hat, Stichwort "Koalition der Mutlosen", "Koalition eines ‚Weiter so'". Der Kollege Hagen ist jetzt leider nicht im Plenarsaal. Ich hätte sehr gerne die Gelegenheit genutzt, um ihm zu beschreiben, weshalb er mit dieser Einschätzung falsch liegt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Kollege Hagen liegt mit seiner Einschätzung deshalb falsch, weil wir uns als Koalition der FREIEN WÄHLER und der CSU

im Bayerischen Landtag entschieden haben, einen anderen Weg zu gehen als den, den Ihre Partei im letzten Jahr auf Bundesebene gegangen ist. Wir, die Menschen in Bayern, haben uns dagegen entschieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe von der FDP)

Kollege Hagen, wir haben uns dagegen entschieden, die Menschen in Bayern mit wochen- und monatelangen Koalitionsverhandlungen auf die Folter zu spannen und damit das Land – in Ihrem Fall: die Bundesrepublik – lahmzulegen.

(Zurufe: Bravo!)

Wir haben uns dagegen entschieden, mit medialen Showeffekten, mit Bildern von auf Balkonen Zigarillo rauchenden Politikerinnen und Politikern, dieses Land lahmzulegen.

(Heiterkeit)

Wir haben uns dafür entschieden, Verantwortung zu übernehmen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe: Bravo!)

Kollege Hagen, wir haben uns dafür entschieden, das Wählervotum im Sinne von Demokratinnen und Demokraten ernst zu nehmen, ernst zu nehmen, was die Menschen in Bayern uns in der bürgerlichen Mitte als Regierungsauftrag auferlegt haben.

Allein mit der Geschwindigkeit, den Inhalten und unserer Vorgehensweise haben wir gerade nicht Politikverdrossenheit gefördert. Herr Kollege Hagen, wir haben im Gegenteil den Menschen, die aufgrund der Berliner Verhältnisse verdrossen waren, Vertrauen in die Politik und in das Verantwortungsbewusstsein der gewählten Mandatsträger zurückgegeben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Dr. Mehring, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Hagen?

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Ja, gerne, gegen Ende meiner Ausführungen. – Herr Kollege Hagen, vorher will ich die Gelegenheit nutzen, Ihnen ein weiteres Argument mit auf den Weg zu geben, weil es im Rahmen Ihrer heutigen Ausführungen Ihr vordergründigstes Bestreben gewesen ist, darzustellen, weshalb die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER im Rahmen der Koalitionsverhandlungen – in Anführungszeichen – "schlecht verhandelt" hätte und sie die Kernthemen ihrer Programmatik nicht hätte durchsetzen können.

Herr Kollege Hagen, erstens, auch diese Annahme ist eine Fehleinschätzung, die sich im Verhalten Ihrer Gruppierung auf Bundesebene widerspiegelt. Die Landtagsfraktion der FREIEN WÄHLER hat bei der letzten Landtagswahl rund 12 % erhalten. Wenn eine Partei, die 12 % erhält, nicht 100 % ihres Wahlprogramms in den Koalitionsvereinbarungen durchsetzt, dann hat sie nicht schlecht verhandelt, sondern dann nennt man das Demokratie.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Und Herr Kollege Hagen, wenn man das "Demokratie" nennt, wovor dieses Haus die größte Achtung haben sollte – das kann ich Ihnen sagen –, dann kann ich mit diesen Verhandlungen sehr zufrieden sein, da deutlich mehr als 12 % der Hand-

schrift unserer Gruppierung in diesem Koalitionsvertrag stehen. Das ist heute auch im Rahmen der Ausführungen des Ministerpräsidenten zum Ausdruck gekommen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wenn Sie auf die Inhalte schauen und nicht nur polemisch das Schwert schwingen, werden Sie feststellen, dass wir über eine Kehrtwende beim Riedberger Horn und über eine Evaluation des Anbindegebots sprechen, die Straßenausbaubeiträge abschaffen und Sicherheit für die kommunalen Krankenhäuser gewährleisten. Mit all diesen Themen haben wir im Landtagswahlkampf das Vertrauen der Menschen in Bayern erworben, mit dem Ergebnis, dass davon erheblich mehr als 12 % im Koalitionsvertrag stehen.

Herr Kollege Hagen, genau deshalb machen wir es anders als Ihre Gruppierung. Genau deshalb übernehmen wir für unsere gemeinsame Heimat Verantwortung, verhandeln wir nicht erst und laufen anschließend davon.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU – Zuruf des Abgeordneten Horst Arnold (SPD))

Zweitens, zur Kollegin Schulze, die jetzt leider nicht im Plenarsaal ist und damit ohne Not nochmals den von ihr geforderten Frauenanteil im Parlament einmal mehr nach unten drückt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Sie hat heute ausgeführt – ich halte das für bedeutsam und für ein gemeinschaftliches Ziel aller Fraktionen dieses Hauses –, dass mehr Frauen Eingang in dieses Parlament finden sollten. Sie hat allerdings auch zum Ausdruck gebracht – deshalb ist mir diese Anmerkung wichtig –, dass sie mit der Zusammensetzung dieses Hauses unzufrieden ist. Das kann man meines Erachtens als Demokratin und Demokrat nicht stehen lassen; denn dieses Haus setzt sich exakt so zusammen, wie die Wählerinnen und Wähler am 14. Oktober gewählt haben. Das haben wir zu akzeptieren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ich entnehme den Ausführungen von Frau Kollegin Schulze auch, dass sie gedenkt, der Herausforderung des Frauenanteils im Parlament mit einer Wahlrechtsreform – mit einer Wahlrechtsform! – zu begegnen.

(Alexander König (CSU): Sie ist halt eine Politologin!)

Ich bin schon heute sehr gespannt darauf, wie eine Wahlrechtsreform, die die demokratischen Rechte der Menschen in Bayern beschränken soll, die Frauenquote des Parlaments erhöhen kann. Das ist definitiv der falsche Weg.

(Alexander König (CSU): Sie ist eine Theoretikerin!)

Wir müssen ganz, ganz viel tun, um in Zukunft Frauen den Weg in die Politik zu ebnen und die Zusammensetzung dieses Hauses demokratisch weiblicher zu gestalten. Aber wir dürfen dies nicht aufoktroyieren, sondern müssen Demokraten sein – nicht nur dann, wenn es uns passt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Alexander König (CSU): Sehr gut!)

Am Ende meiner Ausführungen noch eine Randnotiz. Ich sage deshalb "Randnotiz", weil es mir ehrlicherweise nach der heutigen Rede der Fraktionsvorsitzenden der AfD fast zuwider ist, Ihnen in diesem Haus noch einmal die Bühne zu bieten.

Frau Kollegin, wir haben heute von Ihnen nicht nur eine Rede gehört, die inhaltlich unterirdisch und vom Tagesordnungspunkt völlig losgelöst war, sondern haben vor allen Dingen erlebt, dass Sie in einer Durchgängigkeit den Begriff des Patriotismus mit dem des Nationalismus verwechselt haben. Ich unterstelle, dass Sie die Begriffe bewusst verwechselt haben,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

und zwar im Zuge dessen in einem Jargon, der dieses Hauses nicht würdig ist; denn Sie haben ein Sammelsurium an Unsinnigkeiten aneinandergereiht, das geschmacklos ist und einer Fraktion und ihrer Wählerschaft, auf die Sie verweisen, nicht zumutbar ist. Das ist für uns als Demokratinnen und Demokraten schwer auszuhalten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Frau Kollegin, ich darf Ihnen zum Abschluss mit auf den Weg geben, dass Sie diese Rede in einer gewissen Gemengelage gehalten haben. Wir nehmen sehr wohl zur Kenntnis, dass Sie seit der Wahl des Präsidiums für Ihre Fraktion eine gewisse Märtyrerrolle reklamieren und schon wieder versuchen, diese in Presseberichten darzulegen, etwa mit Blick auf die heutigen Wahlen des Parlamentarischen Kontrollgremiums und alle weiteren Themen, über die heute noch zu entscheiden ist. In dieser Gemengelage haben Sie heute diese Rede gehalten, bei der sich alle demokratisch gewählten Parlamentarier dieses Hauses sehr sorgsam und mit dem tiefen Blick in ihr Gewissen Gedanken darüber machen, wie sich die Freiheit des Mandats einerseits zu den parlamentarischen Mitwirkungsrechten Ihrer Fraktion andererseits verhält.

Ich darf Ihnen in dieser Öffentlichkeit mit auf den Weg geben, dass meine Fraktion bisher die Position vertreten hat, dass wir möglicherweise nicht von einer Präsidentin bzw. von einem Präsidenten Ihrer Fraktion als Repräsentant des ganzen Hauses vertreten sein wollen. Es ist aber für uns eine Selbstverständlichkeit, dass im Rahmen von demokratisch gewählten Mitwirkungsberechtigungen Ihnen die entsprechenden Mitwirkungsmöglichkeiten zuzugestehen sind.

Frau Kollegin, jetzt kann ich Ihnen sagen, dass nach dieser Rede diese Abwicklungsentscheidung mit Sicherheit anders ausfällt und zumindest für mich persönlich getroffen ist; denn das war heute unwürdig. Dieser Stil und Jargon werden nicht nur den Menschen in Bayern nicht gerecht, sondern sie sind im Grunde eine Schande für dieses Hohe Haus.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf von der CSU: Sehr gut!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – Zu einer Zwischenbemerkung hat sich der Fraktionsvorsitzende der FDP, Herr Kollege Hagen, gemeldet. Bitte sehr.

Martin Hagen (FDP): Sehr geehrter Herr Kollege Mehring, es war ein engagiertes Plädoyer, das aber den falschen Adressaten hat. Sie müssen Ihr Einknicken in den Koalitionsverhandlungen nicht mir gegenüber rechtfertigen, sondern gegenüber Ihren eigenen Wählern und Mitgliedern.

Meine Frage wäre, ob ich Ihre Ausführungen dahin gehend verstehen darf, dass es Ihrer Meinung nach besser ist, schlecht zu regieren, als nicht zu regieren.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der FDP – Zuruf von der SPD: Sie können ja beides!)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Hagen, zunächst einmal ruft die Kollegin bereits zu – das ist nicht ganz unzutreffend –, dass Ihre Fraktion beides könne und das sowohl auf Bundesebene als auch in verschiedenen Bundesländern eindrucksvoll unter Beweis stellt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Herr Kollege Hagen, darüber hinaus darf ich Ihnen sagen, dass Sie mein Plädoyer dann richtig verstehen, wenn Sie es so verstehen, dass es in meinen Augen die Aufgabe von allen Politikerinnen und Politikern in allen demokratischen Fraktionen, in allen Landesparlamenten und im Bund ist, Verantwortung zu übernehmen, und zwar für die Menschen in unserem Land, die uns zur Bearbeitung der Herausforderungen unserer Zeit gewählt haben.

Da genügt der Blick auf die Fraktion der GRÜNEN – ich will da gar keinen Vergleich herstellen –; denn diese Fraktion ist aufgrund ihrer Anmerkungen disqualifiziert. Auch das ist mir wichtig zu sagen. Da genügt eben nicht die Problembeschreibung, wie wir sie in diesem Parlament so häufig hören, sondern bedarf es Lösungen. Lösungen kann man nur anbieten, wenn man bereit ist, Verantwortung zu übernehmen.

Verstehen Sie es deshalb als Plädoyer dafür, nicht davonzulaufen, wie Sie es in Berlin getan haben, sondern unsere gemeinsame Heimat zu gestalten. Dafür haben uns die Wählerinnen und Wähler ausgestattet, und zwar – da Sie den ländlichen Raum betreuen wollen – stärker ausgestattet als Ihre Fraktion. Dazu braucht es auch eine gewisse Personalstärke. Letztere haben wir auf den Weg gebracht. Deshalb wollen wir diesen Auftrag verantwortungsbewusst erfüllen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege, bleiben Sie bitte noch am Rednerpult; denn Frau Dr. Simone Strohmayr von der SPD hat sich zu einer weiteren Zwischenbemerkung gemeldet.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Kollege Mehring, ich muss Ihnen beim Thema Parität ein bisschen auf die Sprünge helfen; denn Sie haben gerade gesagt, Sie können sich das nicht richtig vorstellen, wie wir zu besseren paritätischen Parlamenten kommen. Ich möchte Sie in diesem Zusammenhang fragen, welches Angebot Sie denn den Wählerinnen und Wählern gemacht haben und wie viele Männer und Frauen Sie aufgestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Ich bin über Ihre Äußerungen relativ erstaunt, weil ich mich noch gut daran erinnere, dass sich in der letzten Legislaturperiode die Auseinandersetzung ganz anders angehört hat. Da haben Sie nämlich noch für Parität gekämpft.

(Beifall bei der SPD)

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Kollegin Strohmayr, liebe Simone, da liegt eine Verwechslung im Blick auf Ziel und Wirkung vor. Selbstverständlich ist es absolut zielführend – ich glaube, es muss in unserer Zeit Ziel aller Fraktionen dieses Hauses sein; mindestens wäre das mein Anspruch an Parlamentarierinnen und

Parlamentarier –, dass wir im Idealfall eine paritätische Besetzung dieses Parlaments bekommen.

(Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Das Argument, das ich bringen wollte, war: Ich halte es für den falschen Weg, zur Erreichung dieses Ziels an der Demokratie zu sparen. Wir können nicht, wie die Kollegin Schulze gemeint hat, Parität über eine Wahlrechtsreform herstellen. Das halte ich – das sage ich in aller Deutlichkeit – für den falschen Weg. Wir müssen Parität darüber herstellen, dass es in diesem Land endlich gleiche Bedingungen für Männer und Frauen gibt, sich um ein solches Amt zu bewerben, in ein solches Amt hineinzuwachsen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das ist aber noch ein weiter Weg!)

– Da haben wir mit Sicherheit noch einen weiten Weg vor uns, den wir gemeinsam beschreiten sollten. – Die grundsätzlichen Fähigkeiten von Männern und Frauen, das hohe Amt auszuüben, das wir hier ausüben dürfen, sind mit Sicherheit gleich verteilt. Das heißt: Wir müssen an den Rahmenbedingungen arbeiten,

(Zuruf der Abgeordneten Verena Osgyan (GRÜNE))

damit diese gleiche Verteilung der Fähigkeiten auch im Parlament ihren Niederschlag findet. Und das können wir nach meiner festen Überzeugung – dabei bleibe ich – nicht über Eingriffe in demokratische Mitwirkungsrechte, nicht über Wahlrechtsreformen machen, sondern nur über die Umgestaltung der Rahmenbedingungen. Die – ich komme zum Schluss – müssen aber dringend umgestaltet werden. Das ist ein gemeinsames Ziel, kein originäres Recht von Grünen und Roten, ein Ziel auch der CSU und meiner Fraktion.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Weitere Wortmeldungen zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten liegen mir nicht vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt und die Aussprache geschlossen.

Wir kommen nun zum **Tagesordnungspunkt 2**:

**Bekanntgabe der Mitglieder
des Ältestenrats, der Ausschüsse, der Richterinnen- und Richter-Wahl-Kommission und des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" (s. a. Drs. 18/27, Anlage 1 und Drs. 18/28)**

Gemäß § 14 Absatz 4 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen die Zusammensetzung des Ältestenrats bekannt. Nach § 14 Absatz 2 der Geschäftsordnung besteht der Ältestenrat aus der Präsidentin, die im Verhinderungsfall vom Ersten Vizepräsidenten vertreten wird, und Vertretern der Fraktionen. Jede Fraktion erhält im Ältestenrat für die angefangene Zahl von je 14 Mitgliedern einen Sitz. Die Benennung ihrer Mitglieder und einer doppelten Anzahl von Stellvertretern obliegt den Fraktionen.

Die CSU-Fraktion hat demgemäß Anspruch auf sieben weitere Mitglieder, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf drei, die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD auf jeweils zwei Mitglieder sowie die FDP auf ein Mitglied. Insgesamt besteht der Ältestenrat damit aus 18 Mitgliedern. Im Einzelnen können die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ältestenrats der Ihnen vorliegenden Mitteilung auf Drucksache 18/27 entnommen werden.

In seiner Sitzung am 20. November hat der Landtag seine ständigen Ausschüsse und die jeweiligen Ausschussstärken hierzu beschlossen. Die Ausschüsse haben sich inzwischen konstituiert und ihre Vorsitzenden und stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Nach den §§ 26 und 27 der Geschäftsordnung hat die Präsidentin der Vollversammlung die benannten Mitglieder und die Namen der Vorsitzenden der Ausschüsse und ihrer Stellvertreterinnen und Stellvertreter der Vollversammlung bekannt zu geben. – Ich erspare Ihnen jetzt die Verlesung aller Ausschüsse und ihrer Mitglieder und verweise auf die für Sie aufgelegte Zusammenstellung.

(Siehe Anlage 1)

Diese Zusammenstellung können Sie auch auf der Internetseite des Landtags abrufen.

Neben den vorgenannten Gremien ist beim Landtag auch eine Richterinnen- und Richter-Wahl-Kommission als ständige Kommission zu bilden. Den Fraktionen obliegt auch hier die Benennung der Mitglieder, die wiederum der Vollversammlung bekannt zu geben sind. Ich komme dem nach und verweise hierzu auf die für Sie aufgelegte Mitteilung mit der Drucksachennummer 18/28.

Die Bekanntgabe der Mitglieder des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten", in den die im Landtag vertretenen Fraktionen je ein Mitglied entsenden, kann heute noch nicht erfolgen, da nicht alle Mitglieder benannt werden konnten. Die Bekanntgabe erfolgt voraussichtlich in der Plenarsitzung am 23. Januar 2019.

Ich weise bereits jetzt darauf hin, dass auch der Tagesordnungspunkt 4 f – Wahl der bzw. des Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten" – dementsprechend auf die nächste Plenarsitzung zu verschieben ist. – Das Hohe Haus nimmt davon Kenntnis.

Ich rufe nunmehr den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung
über die Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung (Bayerisches Beauftragtengesetz - BayBeauftrG) (Drs. 18/17)
- Erste Lesung -

Herr Staatsminister Dr. Florian Herrmann begründet den Gesetzentwurf. Bitte sehr.

Staatsminister Dr. Florian Herrmann (Staatskanzlei, Bundes- und Europaangelegenheiten und Medien): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem Sie, Herr Präsident, gerade verschiedene Ausschussbesetzungen vorgetragen haben und damit dokumentiert ist, dass das Hohe Haus wieder arbeitsfähig ist, möchte die Staatsregierung davon gleich Gebrauch machen. Ich darf namens der Staatsregierung den ersten Gesetzentwurf dieser Legislaturperiode einbringen und begründen und um Beratung im Hohen Haus und am Ende um Zustimmung bitten. Es handelt sich um das Gesetz über die Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung. Wenn Sie sich das Gesetz anschauen, stellen Sie fest: Es ist ein kleines,

(Horst Arnold (SPD): Ja, ein kleines!)

aber feines Gesetz.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das allerwichtigste Gesetz!)

Es hat ganz wenige Artikel und enthält ganz wenige, aber doch wichtige Regelungen. Es ist nämlich die Rechtsgrundlage für die Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung und bildet den Rechtsrahmen der Beauftragung durch die Staats-

regierung und für die Aufgaben und Ausstattungsmöglichkeiten. Das ist deshalb so wichtig, weil wir als Staatsregierung und als Koalition an dem Institut der Beauftragten der Staatsregierung festhalten wollen. Die Beauftragten haben sich als Berater der Staatsregierung und als Kümmerer für die Bürger bewährt und sind insofern eine wichtige Schnittstelle. Aus Sicht derer, die beauftragt werden, wollen wir mit diesem Gesetzentwurf für absolute Rechtsklarheit sorgen und sämtliche Zweifel ausräumen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beauftragten der Staatsregierung haben prinzipiell zwei wichtige Aufgaben. Ihre erste Funktion ist die Beratung der Staatsregierung. Die Beauftragten entwickeln Vorschläge für die politische Arbeit. Man kann ihre Tätigkeit auch als Thinktank, als Ideenschmiede, als Brainstorming oder einfach als Bereicherung der Arbeit der Staatsregierung in den ganz konkreten Aufgabengebieten bezeichnen. Einige der Beauftragten haben wir seit vielen Jahren. Seit einem guten halben Jahr haben wir einige zusätzliche Beauftragte. In den Tätigkeitsberichten können Sie sehen, dass da wirklich unheimlich viel entsteht. Beispielsweise habe ich an der Tagung aller Bürgerbeauftragten aus Deutschland um den Kollegen Holetschek teilgenommen. Da merkt man, welche Dynamik da entsteht und dass daraus natürlich Anregungen für die konkrete politische Arbeit der Staatsregierung resultieren.

Die zweite Funktion der Beauftragten ist die Kümmerer-Funktion, das heißt, die spezifische, intensive Annahme von Bürgeranliegen aus der Sicht der Staatsregierung. Manche werden sagen: Na ja, dafür gibt es eigentlich die Staatsregierung selber mit ihren Ministern, dafür gibt es eigentlich alle Abgeordneten. Ihnen sage ich: Das ist richtig. Und trotzdem eröffnen die Beauftragten einen besonderen Gesprächskanal aus der Bürgerschaft in Richtung der Staatsregierung; sie haben eine wichtige Scharnierfunktion in dieser Gemengelage und erfüllen eine wichtige Aufgabe. Ich glaube, niemand kann bestreiten, dass diese Aufgabe von Ministern, Staatssekretären oder Abgeordneten allein gar nicht erfüllt werden könnte. Ich nenne Walter Nussel als Beispiel, der sich seit einigen Jahren um die Entbürokratisierung kümmert. Insofern ist das wichtig. Oder nehmen Sie den besonderen politischen Akzent, den wir mit dem Beauftragten gegen Antisemitismus und für Erinnerungskultur gesetzt haben, oder den schon seit vielen Jahren bestehenden Pflegebeauftragten: Niemand würde sagen, dass diese Funktionen nicht wichtig sind. In der Praxis bestätigt sich das immer wieder: Die Beauftragten haben in der letzten Zeit über 6.000 Eingaben bearbeitet. Allein der Bürgerbeauftragte hat über 60 Bürgersprechstunden absolviert. Das Institut wird sehr, sehr gut angenommen.

Zudem ist es keine völlige Ausnahmesituation: Der Bund hat über 30 Beauftragte; das ist sehr viel. Die anderen Länder, die mit Bayern vergleichbar sind, haben auch ungefähr so viele Beauftragte wie wir in Bayern.

Fazit: Wir halten an den Beauftragten aus guten Gründen fest, und wir sorgen mit dem vorliegenden Gesetzentwurf für eine Rechtsgrundlage. Ich selbst war immer der Auffassung, es hätte im Hinblick auf das Selbstorganisationsrecht der Staatsregierung, auf dem die Beauftragung rechtlich wasserdicht stand, kein Gesetz gebraucht. Aber das wurde angezweifelt. Es wurde eine Klage eingereicht. Das Einfachste ist, man schafft es mit dem berühmten Federstrich des Gesetzgebers, ganze Bibliotheken zu Makulatur zu machen, Prozesse zu beenden und für Rechtsklarheit zu sorgen. Darum geht es. Gleichzeitig wird die Ausstattung reduziert. Das bedeutet keine 3.000 Euro monatlich für die persönliche Aufwandsentschädigung mehr, kein Dienstfahrzeug und überschaubare, angemessene Geschäftsstellen. Damit soll der Fokus auf das eigentliche Anliegen gerichtet werden, auf die wichtige Aufgabe, die dadurch nicht in den Hintergrund gedrängt werden soll.

Ich denke, diesem Gesetz kann man nach den Beratungen zustimmen. Es ist gut. Ich bitte um Beratung und Zustimmung. Ich danke denjenigen sehr herzlich, die in der Vergangenheit und in der Zukunft diese wichtige Aufgabe der Beauftragten der Staatsregierung wahrgenommen haben bzw. wahrnehmen werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Staatsminister Dr. Herrmann. – Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach der Vereinbarung im Ältestenrat 25 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion: CSU 6 Minuten, GRÜNE, FREIE WÄHLER, AfD und SPD je 4 Minuten, FDP 3 Minuten. Ich erteile Herrn Kollegen Toni Schuberl von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Toni Schuberl (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn die Bayerische Staatsregierung der Meinung ist, dass sie selbst zu wenig Sachverstand hat und sich deshalb externer Beraterinnen und Berater bedienen muss, dann möchte ich Ihnen hierbei überhaupt nicht widersprechen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Vielmehr bin ich sogar der Meinung, dass Sie vor allem im Bereich Umwelt, Natur- und Klimaschutz ganz dringend einer intensiven externen Beratung bedürften.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Doch warum müssen diese Beauftragten Abgeordnete sein? Zur sachkundigen Beratung und Unterstützung der Regierung würde man normalerweise die Besten der Besten aus der Gesamtheit der Gesellschaft auswählen: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Praktiker, Menschen, die seit Jahrzehnten diese Aufgaben erfüllen. Diese werden jedoch anscheinend nicht einmal in Erwägung gezogen. Warum keine Bestenauswahl? Warum nur Abgeordnete? Fast nur.

(Horst Arnold (SPD): Na, na, na! – Zuruf der Abgeordneten Petra Guttenberger (CSU))

Ich darf hierfür den heutigen Staatsminister Prof. Dr. Piazolo, der leider nicht da ist, aus seiner Klage vor dem Verfassungsgerichtshof zitieren:

> Die Benennungspraxis lässt vermuten, dass die Berufungen weniger nach speziellen Fachkenntnissen erfolgen, sondern strategische Überlegungen entscheidungsleitend sind. Anderenfalls wäre es nicht nachvollziehbar, dass in den genannten Fachgebieten Experten nur in der Fraktion der CSU vorgefunden werden können.
>
> (Beifall bei den GRÜNEN – Volkmar Halbleib (SPD): Das hat sich jetzt grundlegend geändert!)

Meine Damen und Herren, diesem Vorwurf der FREIEN WÄHLER wurde jetzt ausreichend begegnet. Nun sind auch zwei Abgeordnete außerhalb der CSU-Fraktion Beauftragte, natürlich nur aufgrund der Fachkenntnisse. Sie gehören nur ganz zufällig der Fraktion der FREIEN WÄHLER an.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass sich die FREIEN WÄHLER kaufen lassen, war zu erwarten. Das überrascht mich nicht. Mich überrascht nur, wie billig sie sind.

(Beifall bei den GRÜNEN – Alexander König (CSU): Bisher war es Fasching, aber jetzt wird es frech!)

Sie dürfen aufgrund der Bayerischen Verfassung keine weiteren Staatssekretäre ernennen und aufgrund des Bayerischen Abgeordnetengesetzes keine Abgeordneten zu gut dotierten Ministerialbeauftragten ernennen. Also bezeichnen Sie die Pseudo-Staatssekretäre als "Beauftragte" und deren Lohn von satten 2.000 Euro, vorher 3.000 Euro, als "Entschädigung". Das macht inklusive der Regierung insgesamt bis zu 25 Abgeordnete, die direkt vom Ministerpräsidenten abhängig sind. Zum Vergleich: Von der Größe her sind das fast so viele wie die Anzahl der Mitglieder der Fraktion der FREIEN WÄHLER. Genau das ist das Problem. Es wird nicht dadurch gelöst, dass man die bisherige verfassungswidrige Praxis in Gesetzesform gießt. Der Ministerpräsident möchte mit dem Geld des Volkes die Vertreter des Volkes kaufen, durch die er eigentlich kontrolliert werden sollte. Diesem verfassungswidrigen Übergriff werden wir GRÜNE nicht zustimmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Schuberl. – Nächster Redner ist Herr Kollege Tobias Reiß von der CSU.

Tobias Reiß (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Schuberl, Sie bezeichnen in Anbetracht der Kolleginnen und Kollegen, die hier vor uns sitzen, deren Ernennung als Übergriff der Staatsregierung. Diese haben uns in den letzten Jahren in ihrer Tätigkeit bewiesen, dass es gut ist, wenn wir als Parlamentarier an der Schnittstelle zur Staatsregierung und die Staatsregierung an der Schnittstelle zum Parlament weitere Ausspielwege schaffen. Das ist eine bundesweit gängige Praxis, die in allen Parlamenten, bei allen Ländern und bei der Bundesregierung – der Herr Staatsminister hat es ausgeführt – mit 30 Beauftragten über Jahre und Jahrzehnte üblich ist.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Baden-Württemberg!)

– Baden-Württemberg sicher auch. – Wenn Sie dem auch noch die Bestenwahl absprechen und davon sprechen, dass das "nur" Abgeordnete seien, dann zeigt das, lieber Herr Kollege Schuberl, Ihr Selbstverständnis. Es zeigt, dass Sie die Arbeit der Beauftragten, die nicht nur als Arbeit als Berater beschrieben ist, auf eine solche verkürzen wollen, als Arbeit als reine Experten, die man an jeder Hochschule und überall sonst berufen könnte. – Nein, es sind unterstützende Organe, es sind Kümmerer, die zum Beispiel in Erweiterung des Petitionsrechts arbeiten. So versteht es der Bürgerbeauftragte sicher selbst. Sie sagen, ich bin Gesicht, ich bin Ansprechpartner für Bürgerinnen und Bürger und zeige, dass mein Gesicht zur Verfügung steht. Ich fahre hinaus ins Land, um Bürgeranliegen aufzunehmen. – Meines Wissens kommen beim Bürgerbeauftragten mehr als 100 Bürgeranliegen im Monat an. So geht es allen Beauftragten. Der Patientenbeauftragte ist seit fünf Jahren im Amt und war es bereits vorher im Auftrag des Ministeriums. Er wurde 2013 von der Staatsregierung berufen.

Ich denke auch an die Integrationsbeauftragte oder den Integrationsbeauftragten, damals noch Martin Neumeyer, legendärer Kollege aus der CSU-Landtagsfraktion, der sich mit einer großen inneren Haltung des Themas Integration angenommen hat. 2009 war dies erstmals. Diese Institution feiert nächstes Jahr das zehnjährige Jubiläum ihrer hervorragenden Integrationsarbeit.

Genauso geht es mit allen anderen Beauftragten weiter. Wenn ich mir den Beauftragten für Bürokratieabbau vor Augen führe, weiß ich nicht, ob der eher Beauftragter oder Schreckgespenst der Regierung ist. Er schafft es immer wieder, den Finger in die Wunde zu legen, Bürokratie aufzuspüren und dort Themen aufzurufen, wie sie draußen im Land in der Wirtschaft, in kleinen Handwerksbetrieben oder bei Häuslebauern tagtäglich als Phänomen auftreten.

Auch erwähnt seien die Beauftragte für Aussiedler und Vertriebene, die den Kontakt zu den Vertriebenen und Aussiedlern hält und eine Verbindung herstellt, oder der Beauftragte für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, für Erinnerungsarbeit und geschichtliches Erbe. Ich glaube, wir sind uns einig, dass gerade heute in dieser Zeit viel Arbeit auf Ludwig Spaenle wartet und dass er einen wichtigen Beitrag für eine Nähe der Staatsregierung, des Parlaments und von uns allen zu diesen Themen leistet.

Deshalb würde ich mir wünschen, dass wir uns mehr mit den Inhalten und Fragen, mit denen sich die Beauftragten befassen, beschäftigen. Die Beauftragte für das Ehrenamt hat einen Bericht vorgelegt, weil das Ehrenamt in Bayern eben eine ganz besondere Rolle spielt und fast jeder zweite Bayer ehrenamtlich engagiert ist. Alle Beauftragten, Herr Prof. Bauer, leisten hier einen wertvollen Dienst. Hier davon zu sprechen, dass sich die FREIEN WÄHLER billig hätten einkaufen lassen, ist schon wirklich ein sehr billiges Argument,

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

ein Argument, das der Aufgabe der Beauftragten nicht gerecht wird.

Wir beraten diesen Gesetzentwurf jetzt in den Ausschüssen, federführend im Verfassungsausschuss, und können uns sicher noch sehr intensiv mit diesen Fragen beschäftigen. Ich halte es für richtig, dass wir mit diesem Gesetz jetzt einen rechtssicheren gesetzlichen Rahmen für die Berufung der Beauftragten schaffen. Nicht mehr und nicht weniger war auch die Intention der FREIEN WÄHLER: hier Rechtssicherheit zu schaffen. Diesem Bedürfnis nach Rechtssicherheit kommen wir mit dem Gesetz nach. Wir tun es gern, und wir tun es aus Überzeugung.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Reiß. – Ich erteile Herrn Kollegen Alexander Hold von den FREIEN WÄHLERN das Wort.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine werten Kolleginnen und Kollegen! Ich bin ziemlich neu hier, aber eins ist mir inzwischen schon klar geworden: Wir können eigentlich machen, was wir wollen; von Ihnen, liebe Frau Schulze, lieber Herr Schuberl, lieber Herr Hagen, bekommen wir es so oder so um die Ohren gehauen, egal, was wir machen. Sie fordern kostenfreie Kitas. Wenn wir die Last von den Schultern der Eltern nehmen, dann entlasten wir angeblich die Falschen. Wenn wir die Änderung des Alpenplans, Zone C, rückgängig machen wollen, dann ist es Ihnen plötzlich auch wieder nicht recht. Wenn es in Bayern vorangeht, dann "trotz" der Regierung. Zu den Beauftragten: Ich hätte Sie, ehrlich gesagt, hören mögen, wenn wir den Patienten- und Pflegebeauftragten, den Ehrenamtsbeauftragten, den Antisemitismusbeauftragten oder gar den Integrationsbeauftragten wirklich abgeschafft hätten. Dann hätten Sie uns nämlich mit genau der gleichen Vehemenz, mit der Sie uns jetzt vorwerfen, wir seien eingeknickt,

(Horst Arnold (SPD): Nein!)

um die Ohren gehauen, uns seien Patienten, uns seien Ehrenamt und Integration nichts wert, und wir würden falsche Zeichen setzen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Horst Arnold (SPD): Sie waren doch dagegen! Sie haben dagegen geklagt!)

Wenn Sie jetzt sagen, es sind nur Abgeordnete, und es gibt keine Bestenauswahl, Herr Schuberl, dann glaube ich ganz ehrlich,

(Volkmar Halbleib (SPD): Sie haben dagegen geklagt! – Zuruf der Abgeordneten Katharina Schulze (GRÜNE))

das ist vielleicht Ihrem tieferen Einblick in die Verhältnisse in Ihrer Fraktion geschuldet; aber das hat nichts mit dem zu tun, was ich hier erlebe, meine Damen und Herren. Dass die Stellen der Beauftragten nun teilweise mit FREIEN WÄHLERN besetzt sind, ist eben kein Zufall, sondern das liegt vielleicht an der Sachkenntnis. Wir haben nämlich für genau die beiden Positionen, für das Ehrenamt und für Pflege und Patienten, ausgesuchte Fachleute, die sich ihr ganzes Leben genau darum gekümmert haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es hat unsere Fraktion in der letzten Legislaturperiode tatsächlich gestört, dass der Ministerpräsident ohne gesetzliche Grundlage in unbegrenzter Anzahl Beauftragte benennen und nach Gutdünken ausstatten und für den Aufwand entschädigen konnte. Ja, genau deshalb haben wir eine Verfassungsklage eingereicht. Diese haben wir nicht etwa zurückgenommen, weil wir jetzt selber irgendwelche Posten in Aussicht haben,

(Lachen bei den GRÜNEN und der SPD – Zurufe von den GRÜNEN und der SPD: Nein!)

sondern das haben wir getan – hören Sie zu –, weil wir mit dem vorgelegten Gesetzentwurf unsere drei großen Bedenken und Vorbehalte weitgehend ausgeräumt haben.

Erstens. Die Berufung der Beauftragten wird jetzt auf eine gesetzliche Grundlage gestellt. Das war uns das Allerwichtigste, das zentrale Anliegen: Dieses Hohe Haus muss über ein Gesetzgebungsverfahren mit eingebunden sein; und die Beauftragten müssen je alle zwei Jahre Rechenschaft gegenüber dem Landtag ablegen. Darum ging es.

Zweitens. Die Anzahl der Beauftragten ist jetzt gesetzlich auf sieben beschränkt, inklusive des Integrationsbeauftragten, den es schon von Gesetzes wegen gab. Das ist einer weniger als bisher. Ja, mir ist klar, dafür werden wir von Ihnen auch keinen Beifall bekommen. Ich gebe auch zu, ein, zwei weniger hätten es am Ende auch getan. Aber zu glauben, dass der kleine Koalitionspartner sich bei allem zu hundert Prozent durchsetzen könnte, ist ungefähr so optimistisch wie, um bei Ihnen zu bleiben, sich jetzt mit Nokia-Aktien einzudecken, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das Wichtigste ist nicht die Anzahl, sondern dass es eine gesetzliche Grundlage gibt, dass der Ministerpräsident Beauftragte nicht nach eigenem Gutdünken in beliebiger Anzahl bestellen und ausstatten kann.

Drittens. Dieser Gesetzentwurf deckelt nicht nur die Anzahl, sondern er deckelt auch die Ausstattung und die Entschädigung. Im Gesetzentwurf steht jetzt ganz klar: "auf das Notwendige beschränkte Geschäftsstelle". Jetzt ist klargestellt, dass es hier nicht um einen "Staatssekretär light" geht, sondern um eine aufgabengerechte Sach- und Personalausstattung. Ganz ehrlich, wenn Sie sagen, das sind

"Staatssekretäre light", ist das schon nahezu lächerlich. Wir reden jetzt von 2.000 Euro Aufwandsentschädigung; auch diesen Betrag haben wir gedeckelt, es waren bisher 3.000 Euro. Wenn ich mir zum Beispiel ansehe, was der Patienten- und Pflegebeauftragte zusätzlich zu seiner Abgeordnetentätigkeit an Engagement und Herzblut einbringt, dann, meine Damen und Herren, halte ich diesen Betrag für mehr als vertretbar,

(Alexander König (CSU): Im Verhältnis zu den Vizepräsidenten sind sie schlecht bezahlt!)

und die Bezeichnung "Staatssekretär light" ist schon nahezu im Bereich des Lächerlichen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Kollege Hold, Sie denken an Ihre Redezeit, bitte.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Insgesamt jedenfalls bringt dieser Gesetzentwurf für uns genau die Regelung, die wir in der letzten Periode vermisst haben.

Lassen Sie mich nur einen letzten Satz sagen: Wir sind damit deutlich bescheidener als zum Beispiel der Bund, in dem es weit über 30 Beauftragte gibt, die alle nicht gesetzlich festgelegt sind, die alle ohne gesetzliche Grundlage von der Bundesregierung und großenteils wie echte Staatssekretäre bestellt werden. Da haben Sie nie irgendwas moniert; dagegen haben Sie sich nicht gewendet. Wenn Sie an der Regierung waren, haben Sie das ganz sauber mitgetragen, um nicht zu sagen: Sie haben sich verkauft.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Richard Graupner von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Richard Graupner (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, verehrte Gäste! Die Einrichtung der Regierungsbeauftragten stand in der Vergangenheit vielfach in der Kritik, und zwar nicht nur aus der Politik, sondern auch von Staatsrechtlern. Der Hauptkritikpunkt dabei war, dass die Regelung dem Prinzip der Gewaltenteilung in Artikel 20 des Grundgesetzes, einem unserer demokratischen Grundprinzipien, nicht gerecht wird. Warum ist das so? – Wir Landtagsabgeordnete gehören der Legislative, der gesetzgebenden Gewalt an. Als gewählte Abgeordnete haben wir den Verfassungsauftrag, die Staatsregierung zu kontrollieren. Das gilt übrigens auch für die Abgeordneten der Regierungskoalition. Dieser Verfassungsauftrag bedingt eben eine strikte Trennung zur Exekutive in Gestalt der Staatsregierung. Die geplante Regelung aber verwischt diese Grenzen in unzulässiger Weise. Wenn Staatsrechtler in der Vergangenheit bereits Parlamentarische Staatssekretäre mit Skepsis betrachtet haben, dann gilt das natürlich erst recht für Regierungsbeauftragte, die sich aus den Reihen der Abgeordneten rekrutieren.

(Beifall bei der AfD)

Die Begründung der Staatsregierung zum Gesetzentwurf zeigt auch, dass man sich dieser Problematik durchaus bewusst ist. Man zieht allerdings die falschen Schlussfolgerungen; denn wie selbstverständlich geht die Gesetzesbegründung davon aus, dass es sich bei den Regierungsbeauftragten in erster Linie um Landtagsabgeordnete handelt, und man will zur Vermeidung der Vermischung von Le-

gislative und Exekutive deren Anzahl auf sieben Parlamentarier begrenzen. Es gibt aber nicht ein bisschen legal. Entweder sind parlamentarische Regierungsbeauftragte mit dem Prinzip der Gewaltenteilung vereinbar, oder sie sind es eben nicht.

(Beifall bei der AfD)

Was hier gemacht wird, ist nichts weiter als ein unnötiges Aufblähen von Verwaltungsstrukturen, eine Zusatzversorgung, die im Gegenzug vom Wohlwollen der Staatsregierung abhängig ist. Abgeordnete sind aber nicht Diener der Regierung, sondern Diener des Volkes, von dem sie gewählt worden sind. Abgeordnete müssen daher frei von den Machtinteressen der Regierung bleiben und dürfen nicht vom Wohlwollen der Regierung abhängen und nicht in deren Apparat der Machterhaltung eingebunden werden. Mit diesem System der Verfilzung – das muss man so nennen – werden Regierungsfraktionen immer mehr zum verlängerten Arm der Regierung, anstatt Teil der parlamentarischen Kontrolle zu sein.

Als echte Scheinalternative haben sich hier die FREIEN WÄHLER entpuppt, das muss man sagen. Ich darf hierzu Herrn Minister Aiwanger zitieren. Das zeigt auch, dass die angebliche Intention, die Beauftragten nur auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen, eben nicht zutreffend ist. In der "Münchner Abendzeitung" vom 30.06. steht – Zitat –: Die Regierungsbeauftragten sind "irgendwelche Leute, die … ein paar Tausend Euro im Monat auf den Tisch kriegen und dafür die Klappe halten. Er" – gemeint ist der Herr Ministerpräsident – "macht seinen Hofstaat mit von ihm abhängigen Beauftragten." Jawohl, Herr Minister Aiwanger, das haben Sie im Juni richtig auf den Punkt gebracht. Und genau für solch klare Aussagen wurden Sie gewählt, und dafür sitzen Sie heute dort, wo Sie sitzen. Dass die FREIEN WÄHLER nicht nur eingeknickt sind, sondern sich wenige Monate nach ihrer klaren Aussage sogar selbst mit zwei Regierungsbeauftragten an diesem Hofstaat beteiligen, zeigt, wie schnell man seine Seele für die Beteiligung an der Macht verkaufen kann.

(Beifall bei der AfD)

Die FREIEN WÄHLER entpuppen sich dadurch als das, was sie wirklich sind, nämlich orange lackierte Schwarze, die lediglich Steigbügelhalter für die CSU sind. Sie waren und sind keine konservative Alternative zu einer elitären Politik nach Gutsherrenart. Die wahre Alternative sitzt nämlich rechts im Parlament, und sie sitzt gerne dort.

(Beifall bei der AfD)

Die AfD-Fraktion lehnt dieses verfassungsrechtlich bedenkliche Konstrukt der Selbstbedienung mit Nachdruck ab.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Danke, Herr Abgeordneter Graupner. – Das Wort hat nun Frau Alexandra Hiersemann von der SPD.

Alexandra Hiersemann (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der heute vorgelegte Gesetzentwurf über die Beauftragten der Staatsregierung ist ein Lehrstück dafür, was passieren kann, wenn eine Fraktion vor lauter Freude an der Macht plötzlich ihre bisherigen Grundsätze in den Papierkorb wirft.

(Beifall bei der SPD)

Die FREIEN WÄHLER versuchen gerade, ihre eigene Verfassungsklage und ihre Grundsätze, die sie vor Monaten noch deutlich geäußert haben, in diesen Papierkorb zu entsorgen. Die Staatsregierung stattet nun weitere Mitglieder der sie tra-

genden Fraktionen mit einer Art Ehrenamtsentschädigung von immerhin knapp drei Millionen Euro pro Jahr aus, die Kosten der Fahrbereitschaft nicht mitgerechnet. Das ist eine Summe, über die sich die vielen wirklich Ehrenamtlichen im Lande sicher sehr freuen würden. Die Staatsregierung beruft diese Abgeordneten in eine Art Unterordnung gegenüber den Kabinettsmitgliedern. In Kenntnis der verfassungsrechtlichen Begrenzung des Artikels 43 Absatz 2 wollen Sie deutlich mehr Personen als die vorgesehenen 18 unter dem Logo der Staatsregierung durch das Land marschieren lassen. Damit verwässern Sie Stück für Stück die verfassungsrechtlich vorgesehene gegenseitige Kontrolle zwischen den drei Gewalten. Sie verwässern die Kontrolle, die laut Bayerischem Verfassungsgerichtshof unter anderem der Mäßigung der Staatsmacht dient. Aber Mäßigung hat ja noch nie die Haltung der Bayerischen Staatsregierung ausgezeichnet.

(Beifall bei der SPD)

Die Wirkung ist klar: Da kommt jemand und sagt: "Grüß Gott, ich bin Beauftragter der Staatsregierung." Die anderen stehen dann stramm. So ungefähr stellen Sie sich das vermutlich vor. Diese Beauftragten vermitteln allein durch das Wort Staatsregierung, das sie im Titel tragen, in den Augen Dritter den Eindruck, als ob die Staatsregierung höchstpersönlich Aufklärung wünsche oder ein bestimmtes Verwaltungshandeln anstrebe. Diese Wirkung wird im Übrigen auch durch die Ausstattung mit einer jeweils eigenen Geschäftsstelle im jeweiligen Ministerium unterstrichen.

Teil der Gewaltenteilung ist aber eben auch ihre personelle Ebene. Danach darf nicht ein und derselbe Mandatsträger, mit Ausnahme der Minister und Staatssekretäre, unterschiedlichen Gewalten und deren Organen angehören. Die wesentliche Aufgabe des Parlaments und seiner Mitglieder ist und bleibt nun mal die Kontrolle der Exekutive. Immerhin schimmert in Ihrer Begründung das theoretische Wissen um diese staatsrechtlichen Grundsätze auf. Aber Sie widersprechen diesen Grundsätzen und sich selber mit fast jedem Absatz Ihrer Begründung. Dort heißt es, die Beauftragten sind nicht unabhängig neben den jeweiligen Staatsministern. Dann wiederum werden sie "in Zuordnung" zur Staatsregierung tätig. An einer Stelle sind die Beauftragten "keine Kontrolleure der Staatsregierung", weiter unten erkennen Sie dann ihre "Kontrollfunktion" als Parlamentsmitglieder an. Schließlich behaupten Sie, diese Beauftragten dienten nur der "Beratung" der Staatsregierung. Nun heißen sie auch noch "Kümmerer". Das ist jetzt wirklich interessant.

In diesem Hause sitzen 187 Abgeordnete – ohne die Mitglieder des Kabinetts. Davon stammen alleine 93 aus der Opposition. Alle diese Abgeordneten haben die Pflicht und das Interesse, die Staatsregierung zu beraten. Ihrem Beratungsbedürfnis bei CSU und FREIEN WÄHLERN könnten Sie schlicht dadurch nachkommen, dass Sie sich endlich ernsthaft inhaltlich mit den parlamentarischen Initiativen der Opposition auseinandersetzen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Reiß, zu behaupten, die Beauftragten hätten so viel Arbeit, weil sie durch die Lande reisen müssten und sich über das Petitionswesen hinaus um Bürgeranliegen kümmern müssten, ist schon eine steile These. Das tun wir alle in diesem Hause. Ich hoffe, wir alle tun das. Jeder, der mit Anstand Abgeordneter sein will, ist Bürgerbeauftragter in diesem Sinne.

(Beifall bei der SPD)

Stattdessen sichern Sie der Staatsregierung "die erforderliche thematische wie personelle Flexibilität" zu – wie Sie es ausgedrückt haben –, indem von ihr, der Staatsregierung, jederzeit Themen und Ziele der Beauftragung durch Bekanntma-

chung neu definiert werden können. Derzeit begrenzen Sie die Anzahl der Beauftragten auf sieben. Vielleicht gefällt es Ihnen aber in einem Jahr, ein paar mehr Ihrer Fraktionsmitglieder mit diesem klangvollen Pseudotitel inklusive der Mittel auszustatten. Das beeinträchtigt nicht nur die vorgesehene gegenseitige Kontrolle, also die Gewaltenteilung, sondern es beeinträchtigt auch die Freiheit des Mandats. Es schafft Abgeordnete unterschiedlichen Ranges, und es ist ein Anschlag auf die Bayerische Verfassung, was die zahlenmäßige Begrenzung der Staatsregierung in Artikel 43 Absatz 2 angeht.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Kollegin Hiersemann, Sie denken an die Redezeit?

Alexandra Hiersemann (SPD): Wir werden den Verlauf der Ausschussberatungen und Ihren so dringlichen Beratungswunsch mit hohem Interesse verfolgen und behalten uns weitere Schritte vor.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Hiersemann. – Der nächste Redner ist der Kollege Alexander Muthmann.

Alexander Muthmann (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Können Sie sich noch an Sätze wie die folgenden – sinngemäß – erinnern: Was wir ebenfalls dringend einkassieren müssen, sind Ihre Regierungsbeauftragten. Da geht es um Aufgaben, die in der Regierungsarbeit ohnehin abgedeckt werden müssen. Da liegt ein Verfassungsverstoß vor. Es handelt sich um Geldverschwendung. Auf Kosten des Steuerzahlers werden hier eigene Parteifreunde begünstigt. Eine Schweinerei, dieses Geld müssen wir uns sparen.

(Alexander König (CSU): Wer war denn das?)

Das sind nicht meine Worte. So hat der jetzige stellvertretende Ministerpräsident von diesem Platz aus am 27. September 2018 im Plenum die Regierungsbeauftragten bewertet. Wenn wir heute oder in den letzten Tagen mit den Wählerinnen und Wählern reden, auch mit Ihren, erleben wir Kopfschütteln, Entsetzen und dadurch verursachte Politikverdrossenheit. Mit diesem Gesetz tauschen Sie – um nicht zu sagen: verkaufen Sie – Überzeugungen gegen Posten, weil Sie Unzufriedene in Ihren Reihen ruhig stellen wollen.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ich frage mich: Gibt es in Ihren Reihen denn gar niemanden, der aufsteht und sagt: "Das ist eine unglaubwürdige, das ist eine unehrliche und unanständige Politik, da mache ich nicht mit!"? – Offenbar gibt es niemanden. Auch Schweigen kann an dieser Stelle eine deutliche Sprache sein.

Der erste Gesetzentwurf dieser Staatsregierung – welch ein Auftakt! – ist ein Dokument der Beliebigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Dabei sind die von den FREIEN WÄHLERN ursprünglich geäußerten Bedenken durchaus ernst zu nehmen. Es besteht nämlich in der Tat die grundsätzliche Gefahr, dass die Beauftragten im Zweifel, um ihre Stellung als Beauftragte und die damit verbundenen Vorteile nicht zu gefährden, ihre Kontrollpflicht als Mitglied der Legislative vernachlässigen und ihr Mandat nicht mehr so frei und unabhängig ausüben können, wie es die Bayerische Verfassung in Artikel 13 Absatz 2 erfordert.

Wir, die Freien Demokraten, wollen einen schlanken Staat, keine unnötigen Stellen und Pöstchen. Wir wollen vor allen Dingen keine Vermischung von Verantwortlichkeiten. Wir wollen selbstbewusste und unabhängige Abgeordnete, die nicht von Söders Gnaden abhängig sind. Herr Ministerpräsident, Glückwunsch zu Ihren zwei ausgeworfenen Ködern. Diese wurden sehr gierig geschluckt. Ich möchte an Sie appellieren: Verzichten Sie auf dieses Gesetz. Verzichten Sie auf die zusätzlichen Beauftragten. Sorgen Sie für eine glaubwürdige, eine ernst zu nehmende Politik! Noch ist Zeit dazu.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der AfD und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Muthmann. – Damit ist die Aussprache zur Ersten Lesung geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Damit ist das so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Besetzung von Gremien

Der Landtag hat aufgrund gesetzlicher Vorgaben Mitglieder für bestimmte Gremien zu wählen oder zu bestellen. Bevor ich die einzelnen Gremien aufrufe, gebe ich Ihnen einen Überblick über den Ablauf der Wahlen und Bestellungen. Es wurde für Sie eine Mitteilung aufgelegt, in der alle nun zu besetzenden Gremien mit den von den Fraktionen benannten Mitgliedern aufgeführt sind.

(Siehe Anlage 2)

Bei den einzelnen Wahlen und Bestellungen werde ich dann auf diese Mitteilung verweisen und über die dort genannten Mitglieder abstimmen lassen.

Die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums und des Verwaltungsbeirats bei der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit sind in geheimer Wahl unter Verwendung von Stimmzetteln und Namenskarten zu wählen. Diese Wahlen laufen nach dem Ihnen bereits bekannten Muster ab. Sie haben die Möglichkeit, hier im Plenarsaal oder in den für Sie aufgestellten Wahlkabinen im Gang zum Lesesaal zu wählen. Die Stimmabgabe erfolgt dann an den Eingängen zum Plenarsaal oder hier vorne am Stenografenpult.

Bei den übrigen Wahlen wurde im Ältestenrat vereinbart, auf eine geheime Wahl zu verzichten und offen durch Handzeichen abzustimmen. Die Bestellungen erfolgen ebenfalls durch Abstimmung per Handzeichen. Im Ältestenrat wurde darüber hinaus vereinbart, in diesen Fällen über die Fraktionsvorschläge jeweils gemeinsam abzustimmen.

Die Gremienbesetzung wird etwa eine halbe Stunde dauern. Ich darf Sie daher bitten, nach den Wahlen Ihre Plätze hier im Saal wieder einzunehmen, damit wir zügig mit der Tagesordnung fortfahren können.

Der Tagesordnungspunkt 4 f, die Wahl der bzw. des Vorsitzenden des Beirats beim Unternehmen "Bayerische Staatsforsten", soll, wie ich bereits ausgeführt habe, von der heutigen Tagesordnung abgesetzt werden. Ebenso abgesetzt werden soll der Tagesordnungspunkt 4 k, die Bestellung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für den Stiftungsrat der Bayerischen Landesstiftung, da von den Fraktionen noch nicht alle Mitglieder benannt werden konnten. Die Wahl und die Bestellung werden damit auf die nächste Plenarsitzung am 23. Januar 2019 verschoben.

Ich rufe nun **Tagesordnungspunkt 4 a** auf:

Wahl
der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 2 des Parlamentarischen Kontrollgremium-Gesetzes besteht das Parlamentarische Kontrollgremium aus sieben Mitgliedern, die vom Landtag zu Beginn der neuen Wahlperiode aus seiner Mitte zu wählen sind. Für jedes Mitglied ist ein stellvertretendes Mitglied zu wählen. Gewählt ist, wer die Stimmen der Mehrheit der Mitglieder des Landtags auf sich vereint. Das Parlamentarische Kontrollgremium übt seine Tätigkeit auch über das Ende der Wahlperiode des Landtags hinaus so lange aus, bis der nachfolgende Landtag ein neues Parlamentarisches Kontrollgremium gewählt hat.

Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers hat die CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für drei Mitglieder und haben die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied bzw. stellvertretendes Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium. Es soll eine geheime Wahl unter Verwendung eines Stimmzettels und der Namenskarte durchgeführt werden.

Auf Ihrem Platz befindet sich ein gelber Stimmzettel, auf dem die von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder aufgeführt sind; rechts davon die Voten, die Sie dann bitte für den jeweiligen Wahlvorschlag ankreuzen. Sie kennen das Prozedere, Sie können entweder hier im Saal oder in den für Sie bereitgestellten Wahlkabinen im Gang zum Lesesaal wählen.

Für die Wahl ist der dafür vorgesehene gelbe Stimmzettel sowie eine der in Ihrer Stimmkartentasche vorhandenen gelben Namenskarten zu verwenden. Die Stimmabgabe ist an beiden Seiten des Plenarsaals oder hier vor dem Rednerpult möglich. Es stehen jeweils wieder getrennte Urnen für die Namenskarten und die Stimmzettel bereit. Ich bitte Sie, sowohl die Namenskarte als auch den jeweiligen Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts auszuhändigen. Enthaltungen sind gültige Stimmen, und unverändert abgegebene Stimmzettel gelten als Enthaltungen. Ungültig sind abgegebene Stimmzettel, wenn sie Zusätze oder Veränderungen enthalten.

Für den Wahlvorgang dürften fünf Minuten ausreichend sein. Wir beginnen mit der Wahl.

(Stimmabgabe von 17:04 bis 17:09 Uhr)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Befinden sich noch Damen und Herren Abgeordnete an den Wahlurnen? – Ich sehe, dass das nicht der Fall ist. Dann schließe ich den Wahlvorgang. Die Wahl ist damit beendet. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt und später bekannt gegeben.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 b** auf:

Wahl
der Vertreter des Landtags in den Verwaltungsrat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (s. a. Anlage 2)

Gemäß Artikel 3 Absätze 2 und 3 des Gesetzes über die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit ist bei der Landeszentrale ein Verwaltungsrat, in den der Landtag acht Vertreter entsendet, ab dem 1. Januar 2019 zu bilden.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen nach Sainte-Laguë/Schepers hat die CSU-Fraktion das Vorschlagsrecht für drei Mitglieder, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder und haben die Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied. Gemäß Artikel 3 Absatz 3 des oben genannten Gesetzes werden die Vertreter des Landtags durch den Landtag für fünf Jahre bestellt. Sie müssen aus Vertretern der regierungstragenden sowie der oppositionellen Seite bestehen und jeweils mit absoluter Mehrheit gewählt werden.

Es ist damit auch hier eine geheime Wahl unter Verwendung eines Stimmzettels und der Namenskarte durchzuführen. Auf Ihrem Platz befindet sich ein hellroter Stimmzettel, auf dem die von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder aufgeführt sind. Zur Wahl bitte ich Sie, den jeweiligen Wahlvorschlag anzukreuzen. Sie haben wieder die Möglichkeit, hier im Plenarsaal oder in den Wahlkabinen im Gang zum Lesesaal zu wählen. Für den Wahlgang ist der hierfür vorgesehene amtliche Stimmzettel sowie jeweils eine der in Ihrer Stimmkartentasche vorhandenen gelben Namenskarten zu verwenden. Die Stimmabgabe ist an beiden Seiten des Plenarsaals oder hier vor dem Rednerpult möglich. Es stehen wieder getrennte Urnen für die Namenskarten und die Stimmzettel bereit. Bitte sowohl die Namenskarte als auch den Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts aushändigen.

Auch bei diesem Wahlgang gilt: Enthaltungen sind gültige Stimmen, und unverändert abgegebene Stimmzettel gelten als Enthaltungen. Ungültig sind abgegebene Stimmzettel, wenn sie Zusätze oder Veränderungen enthalten. Ich bitte Sie, nach dem Wahlvorgang wieder im Saal Platz zu nehmen, da anschließend die weiteren Wahlen und Bestellungen durch einfache Abstimmung durchgeführt werden. Für den Wahlvorgang setze ich fünf Minuten an. Wir beginnen mit der Wahl.

(Stimmabgabe von 17:13 bis 17:18 Uhr)

Sehr verehrte Damen und Herren, ist noch jemand an den Stimmurnen? – Das sehe ich nicht. Damit ist die Wahl beendet. Auch hier gilt wieder: Das Wahlergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt, und wir werden es später bekannt geben.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Es dauert umso länger, je größer die Unruhe hier im Saale ist.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 c** auf:

Wahl
der nichtberufsrichterlichen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 3 Absatz 1 und Artikel 4 Absatz 2 des Gesetzes über den Bayerischen Verfassungsgerichtshof werden die 15 nichtberufsrichterlichen Mitglieder und Stellvertreter jeweils vom neuen Landtag nach seinem Zusammentritt gemäß den Grundsätzen des Verhältniswahlrechts gewählt. Die Mitglieder müssen das 40. Lebensjahr vollendet haben und zum Landtag wählbar sein. Sie können nicht Mitglieder des Landtags, der Staatsregierung oder eines entsprechenden Organs des Bundes oder eines anderen Landes sein, nach Artikel 5 Absätze 1 und 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes.

Nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers sind sechs Mitglieder auf Vorschlag der CSU-Fraktion, drei Mitglieder auf Vorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN, jeweils zwei Mitglieder auf Vorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER und der AfD-Fraktion sowie je ein Mitglied auf Vorschlag der SPD- und der FDP-Fraktion zu wählen. Außerdem haben die Fraktionen das Vorschlagsrecht für die jeweils gleiche Anzahl von stellvertretenden Mitgliedern. Im Einzelnen können die von den Fraktionen benannten Persönlichkeiten der Ihnen vorliegenden Mitteilung entnommen werden.

(Siehe Anlage 2)

Eine Aussprache findet hierzu nicht statt. Im Ältestenrat wurde außerdem vereinbart, dass gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen wird und über die Wahlvorschläge der Fraktionen gemeinsam abgestimmt werden soll. Ich lasse deshalb so abstimmen. Wer den Vorschlägen der Fraktionen seine Zustimmung erteilen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Sehe ich nicht. Stimmenthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Dann wurden die Vorschläge einstimmig gewählt. Die Persönlichkeiten sind damit zu nichtberufsrichterlichen Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern des Verfassungsgerichtshofs gewählt.

Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4 d** auf:

Wahl
der Anstaltsbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten und den Jugendarrestanstalten (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 185 und den Verwaltungsvorschriften zu Artikel 185 des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes gehören den Beiräten, die bei den Justizvollzugsanstalten normaler Größenordnung gebildet werden, zwei Landtagsabgeordnete an. An die Anstaltsbeiräte bei den großen Justizvollzugsanstalten München und Nürnberg entsendet der Landtag drei Mitglieder.

Am 1. Januar 2019 tritt das Bayerische Jugendarrestvollzugsgesetz in Kraft. Nach Artikel 32 Absatz 1 ist der für die Justizvollzugsanstalten nach Artikel 185 Absatz 1 des Bayerischen Strafvollzugsgesetzes gebildete Beirat auch für die diesen Justizvollzugsanstalten zugeordneten Jugendarrestanstalten zuständig.

Die neu gebildeten Jugendarrestanstalten sind mit Ausnahme der Jugendarrestanstalt Landau an der Isar – diese wird der Justizvollzugsanstalt Landshut zugeordnet – den jeweiligen Justizvollzugsanstalten zugeordnet, so zum Beispiel die Jugendarrestanstalt Hof der JVA Hof.

Ich schlage Ihnen vor, diese Wahl mit Wirkung zum 1. Januar 2019 ebenfalls bereits heute durchzuführen. – Ich sehe keinen Widerspruch. Die Wahl erfolgt jeweils für die Dauer der Legislaturperiode.

Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen haben die CSU-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied. Das Vorschlagsrecht für die zusätzlichen Mitglieder in den großen Justizvollzugsanstalten München und Nürnberg steht ebenfalls der CSU-Fraktion zu.

Der CSU-Fraktion steht demnach das Vorschlagsrecht jeweils für die Vorsitzenden bzw. in München und Nürnberg auch für das zusätzliche dritte Mitglied zu. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Vorschlagsrecht für alle stellvertretenden Vorsitzenden.

Im Einzelnen können die von den Fraktionen benannten Abgeordneten mit deren jeweiliger Funktion im Anstaltsbeirat der Ihnen vorliegenden Mitteilung entnommen werden.

(Siehe Anlage 2)

Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass eine Aussprache hierzu nicht stattfindet, dass gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen und über die Fraktionsvorschläge im Rahmen einer Gesamtabstimmung in einfacher Form durch Handzeichen abgestimmt wird. Ich lasse daher auch so abstimmen.

Wer den Vorschlägen der Fraktionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen.

Damit sind die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Abgeordneten zu Anstaltsbeiräten bei den jeweiligen Justizvollzugsanstalten bzw. mit Wirkung ab dem 1. Januar 2019 auch zu Anstaltsbeiräten bei den entsprechenden Jugendarrestanstalten gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 e** auf:

Wahl
der Maßregelvollzugsbeiräte (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 51 des Bayerischen Maßregelvollzugsgesetzes sind bei den bestehenden 14 bayerischen Maßregelvollzugseinrichtungen Maßregelvollzugsbeiräte zu bilden. Den Beiräten gehören zwei Landtagsabgeordnete an. Der oder die Vorsitzende der Beiräte und deren Vertreter oder Vertreterin werden aus der Mitte des Landtags gewählt.

Der CSU-Fraktion steht demnach das Vorschlagsrecht jeweils für die Vorsitzenden zu. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat das Vorschlagsrecht für alle stellvertretenden Vorsitzenden.

Im Einzelnen können die von den Fraktionen benannten Abgeordneten mit deren jeweiliger Funktion im Maßregelvollzugsbeirat der Ihnen vorliegenden Mitteilung entnommen werden.

(Siehe Anlage 2)

Im Ältestenrat wurde auch hierzu vereinbart, dass eine Aussprache nicht stattfindet, dass gemäß § 42 Absatz 2 der Geschäftsordnung von geheimer Wahl Abstand genommen wird und über die Fraktionsvorschläge im Rahmen einer Gesamtabstimmung in einfacher Form durch Handzeichen abgestimmt wird. Wir führen damit die Wahl insgesamt und mit Handzeichen durch.

Wer den Vorschlägen der Fraktionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Eine Stimmenthaltung.

Damit sind die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Abgeordneten zu Maßregelvollzugsbeiräten bei den jeweiligen Maßregelvollzugseinrichtungen gewählt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 g** auf:

Bestellung
der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die G 10-Kommission (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 2 Absatz 6 des Gesetzes über die Aufgaben der G10-Kommission im Bayerischen Landtag und zur Ausführung des Art. 10-Gesetzes besteht die Kommission aus drei Mitgliedern, und zwar aus dem Vorsitzenden, der die Befähigung zum Richteramt besitzen muss, und aus zwei Beisitzern. Sie werden vom Landtag für die Dauer der Wahlperiode bestellt. Für jedes Mitglied ist eine Vertreterin bzw. ein Vertreter zu bestellen. Die Mitglieder der Kommission und ihre Stellvertreter bleiben nach Ablauf der Wahlperiode so lange im Amt, bis eine neue Kommission bestellt ist.

Für die G 10-Kommission wurden vonseiten der CSU-Fraktion zwei Mitglieder und zwei stellvertretende Mitglieder, vonseiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied benannt. Die vorgeschlagenen Abgeordneten können wiederum der Ihnen vorliegenden Mitteilung entnommen werden.

(Siehe Anlage 2)

Im Ältestenrat wurde vereinbart, dass über die Vorschläge ohne Aussprache und gemeinsam abgestimmt werden kann.

Wer mit der Bestellung der benannten Abgeordneten zu Mitgliedern bzw. stellvertretenden Mitgliedern der G 10-Kommission einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist die gesamte AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist dies so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 h** auf:

Bestellung
der Mitglieder für den Rundfunkrat (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 6 Absatz 3 des Bayerischen Rundfunkgesetzes setzt sich der Rundfunkrat unter anderem aus zwölf Vertretern des Landtags zusammen, die dieser entsprechend dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers bestimmt; jede im Landtag vertretene Partei stellt mindestens einen Vertreter. Bei der Auswahl der Vertreter ist auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern hinzuwirken. Die Amtszeit der vom Landtag zu entsendenden Mitglieder beginnt nach Artikel 6 Absatz 5 des Bayerischen Rundfunkgesetzes mit dem Zeitpunkt der Entsendung; sie endet mit der Entsendung der neuen Vertreter zu Beginn der nächsten Legislaturperiode.

Die Fraktion der CSU hat danach das Vorschlagsrecht für fünf Mitglieder, die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER haben das Vorschlagsrecht für je zwei Mitglieder, und die Fraktionen der AfD, der SPD und der FDP haben das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied.

Im Einzelnen können die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Mitglieder der Ihnen vorliegenden Mitteilung entnommen werden.

(Siehe Anlage 2)

Die Entsendung der Mitglieder soll mit Wirkung vom 1. Januar 2019 erfolgen.

Wir kommen zur Beschlussfassung. Auch hier gilt der Beschluss des Ältestenrats, dass eine Aussprache nicht stattfindet und dass über die Fraktionsvorschläge gemeinsam abgestimmt wird.

Wer mit der Bestellung der von den Fraktionen vorgeschlagenen Mitglieder des Rundfunkrats einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Sehe ich keine. Stimmenthaltungen? – Sehe ich ebenfalls nicht. Dann ist das ebenfalls so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 i** auf:

Bestellung
der Mitglieder für den Medienrat (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 13 Absatz 1 des Bayerischen Mediengesetzes setzt sich der Medienrat unter anderem aus zwölf Vertretern des Landtags zusammen, die dieser entsprechend dem Stärkeverhältnis der in ihm vertretenen Parteien und sonstigen organisierten Wählergruppen wiederum nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers bestimmt; jede im Landtag vertretene Partei stellt mindestens einen Vertreter. Bei der Auswahl der Vertreter ist auch hier auf eine gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern hinzuwirken. Die Amtszeit der vom Landtag zu entsendenden Mitglieder beginnt nach Artikel 13 Absatz 3 des Bayerischen Mediengesetzes mit dem Zeitpunkt der Entsendung; sie endet mit der Entsendung der neuen Vertreter zu Beginn der nächsten Legislaturperiode.

Die Fraktion der CSU hat danach auch hier das Vorschlagsrecht für fünf Mitglieder, die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER haben das Vorschlagsrecht für jeweils zwei Mitglieder, und die Fraktionen der AfD, der SPD und der FDP haben das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied.

Die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Mitglieder sind in der Ihnen vorliegenden Mitteilung aufgeführt.

(Siehe Anlage 2)

Die Entsendung der Mitglieder soll auch hier mit Wirkung vom 1. Januar 2019 erfolgen.

Auch hier gilt: keine Aussprache und Beschlussfassung über die Fraktionsvorschläge insgesamt.

Ich frage auch hier: Wer mit der Bestellung der von den Fraktionen Vorgeschlagenen zu Mitgliedern des Medienrates einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Auch hier keine Stimmenthaltung. Damit ist das ebenfalls so beschlossen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 j** auf:

Bestellung
der Mitglieder des Landtags für den Landesdenkmalrat (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 14 Absatz 2 des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes entsendet der Landtag sechs Abgeordnete in den Landesdenkmalrat. Die Bestellung erfolgt für die Dauer der Legislaturperiode. Entsprechend der Stärke der Fraktionen hat die Fraktion der CSU das Vorschlagsrecht für zwei Mitglieder und haben die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD und der SPD das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied.

Bezüglich der benannten Mitglieder verweise ich auch hier auf die Ihnen vorliegende Mitteilung.

(Siehe Anlage 2)

Hier kommt ebenfalls die Vereinbarung im Ältestenrat zum Tragen: keine Aussprache und Abstimmung über die Fraktionsvorschläge insgesamt. Ich lasse damit auch gleich abstimmen.

Wer den Vorschlägen der Fraktionen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist es so beschlossen.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen nun zum letzten Tagesordnungspunkt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4 l** auf:

Bestellung
von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den
Stiftungsrat der Bayerischen Forschungsstiftung (s. a. Anlage 2)

Nach Artikel 6 Absatz 1 des Gesetzes über die Errichtung der Bayerischen Forschungsstiftung besteht der Stiftungsrat unter anderem aus zwei Vertretern des Landtags. Diese werden nach § 5 der Satzung der Bayerischen Forschungsstiftung für fünf Jahre bestellt. Für jedes Mitglied des Stiftungsrates kann ein stellvertretendes Mitglied bestellt werden. Entsprechend dem Stärkeverhältnis der Fraktionen nach dem Verfahren Sainte-Laguë/Schepers haben die CSU-Fraktion und die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Vorschlagsrecht für jeweils ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied.

Die von den vorschlagsberechtigten Fraktionen benannten Kollegen und die Kollegin sind ebenfalls in der Ihnen vorliegenden Mitteilung genannt.

(Siehe Anlage 2)

Auch hier können wir sofort über die Fraktionsvorschläge abstimmen.

Wer diesen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen? – Das ist die AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Sehe ich nicht. Damit ist auch dies so beschlossen, und diese Kollegen sind damit gewählt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir haben noch kein Ergebnis der geheimen Wahl. Ich muss daher die Sitzung bis dahin unterbrechen.

(Unterbrechung von 17:38 bis 18:22 Uhr)

Sehr verehrte Damen und Herren, ich gebe Ihnen das Ergebnis der beiden geheimen Wahlen bekannt: als erstes das Ergebnis der Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums – das war der gelbe Stimmzettel.

Auf den Wahlvorschlag der CSU-Fraktion entfielen 158 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 5 Enthaltungen. Auf den Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entfielen 113 Ja-Stimmen, 51 Nein-Stimmen und 23 Enthaltungen. Auf den Wahlvorschlag der Fraktion der FREIEN WÄHLER entfielen 156 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 9 Enthaltungen. Auf den Wahlvorschlag der AfD-Fraktion entfielen 35 Ja-Stimmen, 118 Nein-Stimmen und 34 Enthaltungen. Auf den Wahl-

vorschlag der SPD-Fraktion entfielen 134 Ja-Stimmen, 40 Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen.

Damit sind zu Mitgliedern des Parlamentarischen Kontrollgremiums gewählt: Herr Alexander Flierl, Herr Alfred Sauter, Herr Alfred Grob, Frau Katharina Schulze, Herr Wolfgang Hauber und Herr Horst Arnold.

Die folgenden Mitglieder wurden zu stellvertretenden Mitgliedern gewählt: Frau Petra Guttenberger, Herr Max Gibis, Frau Tanja Schorer-Dremel, Herr Toni Schuberl, Herr Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer und Herr Stefan Schuster.

Zur Information: Nicht gewählt wurden Herr Raimund Swoboda und Herr Stefan Löw.

Ich geben Ihnen nun die Ergebnisse der zweiten geheimen Wahl bekannt – das war der rote Stimmzettel –, und zwar für den Verwaltungsrat der Landeszentrale für politische Bildungsarbeit.

Auf den Wahlvorschlag der CSU-Fraktion entfielen 156 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen. Auf den Wahlvorschlag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN entfielen 125 Ja-Stimmen, 44 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen. Auf den Wahlvorschlag der Fraktion FREIE WÄHLER entfielen 151 Ja-Stimmen, 26 Nein-Stimmen und 7 Enthaltungen. Auf den Wahlvorschlag der AfD-Fraktion entfielen 45 Ja-Stimmen, 102 Nein-Stimmen und 37 Enthaltungen. Auf den Wahlvorschlag der SPD-Fraktion entfielen 133 Ja-Stimmen, 36 Nein-Stimmen und 15 Enthaltungen.

Damit sind als Vertreter des Landtags in den Verwaltungsrat der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit gewählt: Herr Peter Tomaschko, Frau Dr. Ute Eiling-Hütig, Herr Karl Freller, Herr Thomas Gehring, Frau Gabriele Triebel, Herr Tobias Gotthardt und Frau Margit Wild.

Als stellvertretende Mitglieder des Verwaltungsrats wurden gewählt: Herr Walter Taubeneder, Herr Dr. Stephan Oetzinger, Frau Barbara Becker, Herr Max Deisenhofer, Frau Anna Toman, Herr Dr. Fabian Mehring und Frau Dr. Simone Strohmayr.

Zur Information: Nicht gewählt wurden Herr Prof. Dr. Ingo Hahn und Herr Uli Henkel.

Sehr geehrte Damen und Herren, damit haben wir alle Wahlen abgeschlossen.

Ich darf Ihnen jetzt noch von hier oben ein schönes Weihnachtsfest wünschen, dass wir geruhsam im Kreise der Familie Kraft und Gesundheit tanken, damit wir nächstes Jahr wieder in voller Kraft zusammenkommen können.

Ich hoffe, dass viele Mitglieder des Hauses und selbstverständlich auch von der Presse und den Medien anschließend der Einladung der Präsidentin Folge leisten und wir alle ein schönes Vorweihnachtsfest feiern.

Damit ist die Sitzung geschlossen. Ich bedanke mich.

(Schluss: 18:26 Uhr)

Zusammensetzung der Ausschüsse der 18. Wahlperiode

Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen

Vorsitzender: Josef **Zellmeier** **CSU**
Stellvertreterin: Claudia **Köhler** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

1. Martin **Bachhuber** (CSU)
2. Katrin **Ebner-Steiner** (AfD)
3. Barbara **Fuchs** (GRU)
4. Tobias **Gotthardt** (FW)
5. Harald **Güller** (SPD)
6. Ludwig **Hartmann** (GRU)
7. Hans **Herold** (CSU)
8. Johannes **Hintersberger** (CSU)
9. Michael **Hofmann** (CSU)
10. Dr. Gerhard **Hopp** (CSU)
11. Dr. Helmut **Kaltenhauser** (FDP)
12. Claudia **Köhler** (GRU)
13. Harald **Kühn** (CSU)
14. Ferdinand **Mang** (AfD)
15. Tim **Pargent** (GRU)
16. Gerald **Pittner** (FW)
17. Bernhard **Pohl** (FW)
18. Florian **Ritter** (SPD)
19. Steffen **Vogel** (CSU)
20. Ernst **Weidenbusch** (CSU)
21. Georg **Winter** (CSU)
22. Josef **Zellmeier** (CSU)

Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

Vorsitzende: Petra **Guttenberger** **CSU**
Stellvertreter: Christoph **Maier** **AfD**

1. Cemal **Bozoglu** (GRU)
2. Gülseren **Demirel** (GRU)
3. Dr. Hubert **Faltermeier** (FW)
4. Christian **Flisek** (SPD)
5. Petra **Guttenberger** (CSU)
6. Martin **Hagen** (FDP)
7. Alexander **Hold** (FW)
8. Christoph **Maier** (AfD)
9. Tobias **Reiß** (CSU)
10. Dr. Franz **Rieger** (CSU)
11. Josef **Schmid** (CSU)
12. Toni **Schuberl** (GRU)
13. Karl **Straub** (CSU)
14. Walter **Taubeneder** (CSU)

Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Vorsitzender: Dr. Martin **Runge** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Stellvertreter: Manfred **Ländner** **CSU**

1. Klaus **Adelt** (SPD)
2. Johannes **Becher** (GRU)
3. Holger **Dremel** (CSU)
4. Norbert **Dünkel** (CSU)
5. Matthias **Enghuber** (CSU)
6. Max **Gibis** (CSU)
7. Richard **Graupner** (AfD)
8. Alfred **Grob** (CSU)
9. Joachim **Hanisch** (FW)
10. Wolfgang **Hauber** (FW)
11. Manfred **Ländner** (CSU)
12. Otto **Lederer** (CSU)
13. Stefan **Löw** (AfD)
14. Alexander **Muthmann** (FDP)
15. Dr. Martin **Runge** (GRU)
16. Katharina **Schulze** (GRU)
17. Stefan **Schuster** (SPD)
18. Peter **Tomaschko** (CSU)

Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Vorsitzender: Sandro **Kirchner** **CSU**
Stellvertreter: Martin **Stümpfig** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

1. Benjamin **Adjei** (GRU)
2. Franz **Bergmüller** (AfD)
3. Albert **Duin** (FDP)
4. Manfred **Eibl** (FW)
5. Klaus **Holetschek** (CSU)
6. Annette **Karl** (SPD)
7. Sandro **Kirchner** (CSU)
8. Alexander **König** (CSU)
9. Rainer **Ludwig** (FW)
10. Gerd **Mannes** (AfD)
11. Benjamin **Miskowitsch** (CSU)
12. Martin **Mittag** (CSU)
13. Walter **Nussel** (CSU)
14. Ulrike **Scharf** (CSU)
15. Diana **Stachowitz** (SPD)
16. Klaus **Stöttner** (CSU)
17. Martin **Stümpfig** (GRU)
18. Christian **Zwanziger** (GRU)

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

Vorsitzender: Dr. Leopold **Herz** **FREIE WÄHLER**
Stellvertreter: Martin **Schöffel** **CSU**

1. Wolfgang **Fackler** (CSU)
2. Martina **Fehlner** (SPD)
3. Alexander **Flierl** (CSU)
4. Dr. Leopold **Herz** (FW)
5. Petra **Högl** (CSU)
6. Paul **Knoblach** (GRU)
7. Nikolaus **Kraus** (FW)
8. Ruth **Müller** (SPD)
9. Markus **Plenk** (AfD)
10. Martin **Schöffel** (CSU)
11. Tanja **Schorer-Dremel** (CSU)
12. Thorsten **Schwab** (CSU)
13. Gisela **Sengl** (GRU)
14. Christoph **Skutella** (FDP)
15. Ralf **Stadler** (AfD)
16. Klaus **Steiner** (CSU)
17. Hans **Urban** (GRU)
18. Manuel **Westphal** (CSU)

Ausschuss für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

Vorsitzende: Doris **Rauscher** **SPD**
Stellvertreter: Thomas **Huber** **CSU**

1. Johannes **Becher** (GRU)
2. Michael **Busch** (SPD)
3. Kerstin **Celina** (GRU)
4. Susann **Enders** (FW)
5. Matthias **Enghuber** (CSU)
6. Johann **Häusler** (FW)
7. Petra **Högl** (CSU)
8. Thomas **Huber** (CSU)
9. Andreas **Jäckel** (CSU)
10. Jochen **Kohler** (CSU)
11. Eva **Lettenbauer** (GRU)
12. Dr. Stephan **Oetzinger** (CSU)
13. Doris **Rauscher** (SPD)
14. Julika **Sandt** (FDP)
15. Andreas **Schalk** (CSU)
16. Jan **Schiffers** (AfD)
17. Ulrich **Singer** (AfD)
18. Sylvia **Stierstorfer** (CSU)

Ausschuss für Wissenschaft und Kunst

Vorsitzender: Robert **Brannekämper** **CSU**
Stellvertreter: Dr. Wolfgang **Heubisch** **FDP**

1. Prof. Dr. Winfried **Bausback** (CSU)
2. Robert **Brannekämper** (CSU)
3. Alex **Dorow** (CSU)
4. Dr. Ute **Eiling-Hütig** (CSU)
5. Dr. Hubert **Faltermeier** (FW)
6. Christian **Flisek** (SPD)
7. Prof. Dr. Ingo **Hahn** (AfD)
8. Volkmar **Halbleib** (SPD)
9. Dr. Wolfgang **Heubisch** (FDP)
10. Susanne **Kurz** (GRU)
11. Dr. Stephan **Oetzinger** (CSU)
12. Verena **Osgyan** (GRU)
13. Franz Josef **Pschierer** (CSU)
14. Kerstin **Radler** (FW)
15. Helmut **Radlmeier** (CSU)
16. Andreas **Schalk** (CSU)
17. Raimund **Swoboda** (AfD)
18. Sabine **Weigand** (GRU)

Ausschuss für Bildung und Kultus

Vorsitzender:	Markus **Bayerbach**	**AfD**
Stellvertreterin:	Eva **Gottstein**	**FREIE WÄHLER**

1. Markus **Bayerbach** (AfD)
2. Gudrun **Brendel-Fischer** (CSU)
3. Dr. Anne **Cyron** (AfD)
4. Max **Deisenhofer** (GRU)
5. Norbert **Dünkel** (CSU)
6. Dr. Ute **Eiling-Hütig** (CSU)
7. Matthias **Fischbach** (FDP)
8. Eva **Gottstein** (FW)
9. Otto **Lederer** (CSU)
10. Barbara **Regitz** (CSU)
11. Berthold **Rüth** (CSU)
12. Gabi **Schmidt** (FW)
13. Dr. Simone **Strohmayr** (SPD)
14. Peter **Tomaschko** (CSU)
15. Anna **Toman** (GRU)
16. Gabriele **Triebel** (GRU)
17. Prof. Dr. Gerhard **Waschler** (CSU)
18. Margit **Wild** (SPD)

Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes

Vorsitzender:	Wolfgang **Fackler**	**CSU**
Stellvertreter:	Markus **Ganserer**	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

1. Volker **Bauer** (CSU)
2. Markus **Bayerbach** (AfD)
3. Holger **Dremel** (CSU)
4. Wolfgang **Fackler** (CSU)
5. Markus **Ganserer** (GRU)
6. Thomas **Gehring** (GRU)
7. Max **Gibis** (CSU)
8 Alfred **Grob** (CSU)
9. Wolfgang **Hauber** (FW)
10. Dr. Wolfgang **Heubisch** (FDP)
11. Andreas **Jäckel** (CSU)
12. Gerald **Pittner** (FW)
13. Arif **Taşdelen** (SPD)
14. Anna **Toman** (GRU)

Ausschuss für Eingaben und Beschwerden

Vorsitzende:	Stephanie **Schuhknecht**	**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Stellvertreter:	Dr. Harald **Schwartz**	**CSU**

1. Cemal **Bozoglu** (GRU)
2. Albert **Duin** (FDP)
3. Anne **Franke** (GRU)
4. Uli **Henkel** (AfD)
5. Alexandra **Hiersemann** (SPD)
6. Petra **Loibl** (CSU)
7. Rainer **Ludwig** (FW)
8. Benjamin **Miskowitsch** (CSU)
9. Barbara **Regitz** (CSU)
10. Berthold **Rüth** (CSU)
11. Stephanie **Schuhknecht** (GRU)
12. Dr. Harald **Schwartz** (CSU)
13. Karl **Straub** (CSU)
14. Jutta **Widmann** (FW)

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Vorsitzender:	Tobias **Gotthardt**	**FREIE WÄHLER**
Stellvertreter:	Dr. Franz **Rieger**	**CSU**

1. Martin **Böhm** (AfD)
2. Alex **Dorow** (CSU)
3. Anne **Franke** (GRU)
4. Tobias **Gotthardt** (FW)
5. Dr. Martin **Huber** (CSU)
6. Alexander **König** (CSU)
7. Helmut **Markwort** (FDP)
8. Dr. Fabian **Mehring** (FW)
9. Hep **Monatzeder** (GRU)
10. Dr. Franz **Rieger** (CSU)
11. Markus **Rinderspacher** (SPD)
12. Alfred **Sauter** (CSU)
13. Florian **Siekmann** (GRU)
14. Walter **Taubeneder** (CSU)

Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz
Vorsitzende: Rosi **Steinberger** **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**
Stellvertreter: Eric **Beißwenger** **CSU**

1. Volker **Bauer** (CSU)
2. Barbara **Becker** (CSU)
3. Eric **Beißwenger** (CSU)
4. Florian **von Brunn** (SPD)
5. Alexander **Flierl** (CSU)
6. Hans **Friedl** (FW)
7. Patrick **Friedl** (GRU)
8. Prof. Dr. Ingo **Hahn** (AfD)
9. Christian **Hierneis** (GRU)
10. Dr. Martin **Huber** (CSU)
11. Christian **Klingen** (AfD)
12. Dr. Petra **Loibl** (CSU)
13. Ruth **Müller** (SPD)
14. Christoph **Skutella** (FDP)
15. Klaus **Steiner** (CSU)
16. Rosi **Steinberger** (GRU)
17. Martin **Wagle** (CSU)
18. Benno **Zierer** (FW)

Ausschuss für Gesundheit und Pflege
Vorsitzender: Bernhard **Seidenath** **CSU**
Stellvertreterin: Ruth **Waldmann** **SPD**

1. Prof. Dr. Peter **Bauer** (FW)
2. Barbara **Becker** (CSU)
3. Michael **Busch** (SPD)
4. Kerstin **Celina** (GRU)
5. Dr. Ute **Eiling-Hütig** (CSU)
6. Susann **Enders** (FW)
7. Christina **Haubrich** (GRU)
8. Klaus **Holetschek** (CSU)
9. Andreas **Krahl** (GRU)
10. Roland **Magerl** (AfD)
11. Dr. Beate **Merk** (CSU)
12. Martin **Mittag** (CSU)
13. Helmut **Radlmeier** (CSU)
14. Bernhard **Seidenath** (CSU)
15. Dr. Dominik **Spitzer** (FDP)
16. Ruth **Waldmann** (SPD)
17. Manuel **Westphal** (CSU)
18. Andreas **Winhart** (AfD)

Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr
Vorsitzender: Sebastian **Körber** **FDP**
Stellvertreter: Manfred **Eibl** **FREIE WÄHLER**

1. Inge **Aures** (SPD)
2. Jürgen **Baumgärtner** (CSU)
3. Markus **Büchler** (GRU)
4. Manfred **Eibl** (FW)
5. Hans **Friedl** (FW)
6. Dr. Marcel **Huber** (CSU)
7. Sebastian **Körber** (FDP)
8. Jochen **Kohler** (CSU)
9. Natascha **Kohnen** (SPD)
10. Jürgen **Mistol** (GRU)
11. Ralph **Müller** (AfD)
12. Ulrike **Scharf** (CSU)
13. Josef **Schmid** (CSU)
14. Angelika **Schorer** (CSU)
15. Thorsten **Schwab** (CSU)
16. Josef **Seidl** (AfD)
17. Ursula **Sowa** (GRU)
18. Martin **Wagle** (CSU)

Stand: 28.11.2018

Mitteilung

zum Tagesordnungspunkt 4

Besetzung von Gremien

Von den Fraktionen wurden benannt:

TOP 4 a

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums

Mitglied	**Stellvertreterin/Stellvertreter**
CSU-Fraktion	
Alexander **Flierl**	Petra **Guttenberger**
Alfred **Sauter**	Max **Gibis**
Alfred **Grob**	Tanja **Schorer-Dremel**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Katharina **Schulze**	Toni **Schuberl**
Fraktion FREIE WÄHLER	
Wolfgang **Hauber**	Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter **Bauer**
AfD-Fraktion	
Raimund **Swoboda**	Stefan **Löw**
SPD-Fraktion	
Horst **Arnold**	Stefan **Schuster**

TOP 4 b

Wahl der Vertreter des Landtags für den Verwaltungsrat für die Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Mitglied	**Stellvertreterin/Stellvertreter**
CSU-Fraktion	
Peter **Tomaschko**	Walter **Taubeneder**
Dr. Ute **Eiling-Hütig**	Dr. Stephan **Oetzinger**
Karl **Freller**	Barbara **Becker**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Thomas **Gehring**	Max **Deisenhofer**
Gabriele **Triebel**	Anna **Toman**
Fraktion FREIE WÄHLER	
Tobias **Gotthardt**	Dr. Fabian **Mehring**
AfD-Fraktion	
Prof. Dr. Ingo **Hahn**	Uli **Henkel**
SPD-Fraktion	
Margit **Wild**	Dr. Simone **Strohmayr**

TOP 4 c

Wahl der nichtberufsrichterlichen Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs

Mitglied	**Stellvertreterin/Stellvertreter**
CSU-Fraktion	
Eberhard **Rotter**	Eva Maria **Brandt**
Otto **Schaudig**	Dagmar **Schuchardt**
Dr. Nadine **Pallas**	Heribert **Schmidt**
Jürgen W. **Heike**	Prof. Dr. Dirk **Heckmann**
Dr. Eva-Maria **Hepp**	Dr. Bernd **Weiß**
Peter **Welnhofer**	Prof. Dr. Max-Emanuel **Geis**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Jerzy **Montag**	Helmut **Wilhelm**
Hartmut **Wächtler**	Prof. Dr. Monika **Polzin**
Anne **Riethmüller**	Claudia **Mühlhäuser**
Fraktion FREIE WÄHLER	
Prof. Dr. Stephan **Lorenz**	Reinhard **Brey**
Robert **Mader**	Ernst **Krug**

AfD-Fraktion

Wolfram **Schubert**
Rüdiger **Imgart**
Monica-Ines **Oppel**
Dr. Peter **Ditges**

SPD-Fraktion

Franz **Schindler**
Carmen **König-Rothemund**

FDP-Fraktion

Sabine **Leutheusser-Schnarrenberger**
Martin **Zeil**

TOP 4 d

Wahl der Anstaltsbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten und den Jugendarrestanstalten

Anstaltsbeiräte bei den Justizvollzugsanstalten

Justizvollzugs-anstalt	**Beiratsmitglied**	**Funktion im Anstaltsbeirat**
Aichach	Peter **Tomaschko** Christina **Haubrich**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Amberg	Dr. Harald **Schwartz** Anna **Toman**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Aschaffenburg	Prof. Dr. Winfried **Bausback** Kerstin **Celina**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Augsburg	Andreas **Jäckel** Stephanie **Schuhknecht**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Bamberg	Holger **Dremel** Ursula **Sowa**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Bayreuth St. Georgen	Gudrun **Brendel-Fischer** Tim **Pargent**	Vorsitzende Stv. Vorsitzender
Bernau	Klaus **Steiner** Claudia **Köhler**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Ebrach	Holger **Dremel** Ursula **Sowa**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Erlangen	Walter **Nussel** Christian **Zwanziger**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Hof	Alexander **König** Tim **Pargent**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Kaisheim	**Tanja Schorer-Dremel** Eva **Lettenbauer**	Vorsitzende Stv. Vorsitzende
Kempten	Eric **Beißwenger** Thomas **Gehring**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Landsberg	Alex **Dorow** Gabriele **Triebel**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende

Landshut	Helmut **Radlmeier**	Vorsitzender
	Rosi **Steinberger**	Stv. Vorsitzende
Laufen	Dr. Martin **Huber**	Vorsitzender
	Gisela **Sengl**	Stv. Vorsitzende
Memmingen	Klaus **Holetschek**	Vorsitzender
	Cemal **Bozoğlu**	Stv. Vorsitzender
München	Robert **Brannekämper**	Vorsitzender
	Anne **Franke**	1. Stv. Vorsitzende
	Josef **Schmid**	2. Stv. Vorsitzender
Neuburg Herrenwörth	Matthias **Enghuber**	Vorsitzender
	Anne **Franke**	Stv. Vorsitzende
Niederschönenfeld	Wolfgang **Fackler**	Vorsitzender
	Eva **Lettenbauer**	Stv. Vorsitzende
Nürnberg	Petra **Guttenberger**	Vorsitzende
	Verena **Osgyan**	1. Stv. Vorsitzende
	Andreas **Schalk**	2. Stv. Vorsitzender
Regensburg	Dr. Franz **Rieger**	Vorsitzender
	Jürgen **Mistol**	Stv. Vorsitzender
Straubing	Josef **Zellmeier**	Vorsitzender
	Rosi **Steinberger**	Stv. Vorsitzende
Weiden	Dr. Stephan **Oetzinger**	Vorsitzender
	Anna **Toman**	Stv. Vorsitzende
Würzburg	Manfred **Ländner**	Vorsitzender
	Kerstin **Celina**	Stv. Vorsitzende

Anstaltsbeiräte bei den Jugendarrestanstalten

Jugendarrest-anstalt	**betreut vom Beirat der Justizvollzugsanstalt**	**Beiratsmitglied**	**Funktion im Anstaltsbeirat**
Hof	Hof	Alexander **König**	Vorsitzender
		Tim **Pargent**	Stv. Vorsitzender
Landau a.d. Isar	Landshut	Helmut **Radlmeier**	Vorsitzender
		Rosi **Steinberger**	Stv. Vorsitzende
Landshut	Landshut	Helmut **Radlmeier**	Vorsitzender
		Rosi **Steinberger**	Stv. Vorsitzende
München	München	Robert **Brannekämper**	Vorsitzender
		Anne **Franke**	1. Stv. Vorsitzende
		Josef **Schmid**	2. Stv. Vorsitzender
Nürnberg	Nürnberg	Petra **Guttenberger**	Vorsitzende
		Verena **Osgyan**	1. Stv. Vorsitzende
		Andreas **Schalk**	2. Stv. Vorsitzender
Würzburg	Würzburg	Manfred **Ländner**	Vorsitzender
		Kerstin **Celina**	Stv. Vorsitzende

TOP 4 e

Wahl der Maßregelvollzugsbeiräte

Einrichtung	**Beiratsmitglied**	**Funktion im Beirat**
Isar-Amper-Klinikum gGmbH Klinikum München-Ost Fachbereich Forensik, Haar	Ernst **Weidenbusch** Susanne **Kurz**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Isar-Amper-Klinikum gGmbH Klinikum Taufkirchen (Vils) Forensische Psychiatrie	Ulrike **Scharf** Johannes **Becher**	Vorsitzende Stv. Vorsitzender
Inn-Salzach-Klinikum gGmbH Fachbereich Forensische Psychiatrie Wasserburg am Inn	Otto **Lederer** Claudia **Köhler**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende
Bezirksklinikum Mainkofen Forensische Klinik Deggendorf	Dr. Petra **Loibl** Toni **Schuberl**	Vorsitzende Stv. Vorsitzender
Bezirkskrankenhaus Straubing Forensisch-psychiatrische Klinik	Josef **Zellmeier** Toni **Schuberl**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirkskrankenhaus Parsberg	Sylvia **Stierstorfer** Jürgen **Mistol**	Vorsitzende Stv. Vorsitzender
Fachklinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie am Bezirksklinikum Regensburg	Dr. Franz **Rieger** Jürgen **Mistol**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Bezirkskrankenhaus Bayreuth Klinik für Forensische Psychiatrie	Gudrun **Brendel-Fischer** Tim **Pargent**	Vorsitzende Stv. Vorsitzender
Bezirksklinikum Ansbach Klinik für Forensische Psychiatrie	Andreas **Schalk** Martin **Stümpfig**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Klinikum am Europakanal Klinik für Forensische Psychiatrie Erlangen	Walter **Nussel** Christian **Zwanziger**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Rupert-Mayer-Klinik für Forensische Psychiatrie Lohr am Main	Thorsten **Schwab** Paul **Knoblach**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Krankenhaus für Psychiatrie, Psychotherapie und Psychosomatische Medizin Schloss Werneck, Forensische Abteilung	Steffen **Vogel** Paul **Knoblach**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Bezirkskrankenhaus Günzburg Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie	Alfred **Sauter** Max **Deisenhofer**	Vorsitzender Stv. Vorsitzender
Bezirkskrankenhaus Kaufbeuren Klinik für Forensische Psychiatrie und Psychotherapie	Franz Josef **Pschierer** Christina **Haubrich**	Vorsitzender Stv. Vorsitzende

TOP 4 g

Bestellung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder für die G 10-Kommission

Mitglied	**Stellvertreterin/Stellvertreter**
CSU-Fraktion	
Alfred **Sauter**	Petra **Gutenberger**
Alexander **Flierl**	Alfred **Grob**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Katharina **Schulze**	Toni **Schuberl**

TOP 4 h

Bestellung der Mitglieder für den Rundfunkrat

CSU-Fraktion
Thomas **Kreuzer**
Dr. Marcel **Huber**
Barbara **Regitz**
Dr. Ute **Eiling-Hütig**
Walter **Taubeneder**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Susanne **Kurz**
Dr. Martin **Runge**

Fraktion FREIE WÄHLER
Alexander **Hold**
Jutta **Widmann**

AfD-Fraktion
Uli **Henkel**

SPD-Fraktion
Inge **Aures**

FDP-Fraktion
Helmut **Markwort**

TOP 4 i

Bestellung der Mitglieder für den Medienrat

CSU-Fraktion
Michael **Hofmann**
Ulrike **Scharf**
Angelika **Schorer**
Dr. Gerhard **Hopp**
Berthold **Rüth**

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Max **Deisenhofer**
Stephanie **Schuhknecht**

Fraktion FREIE WÄHLER
Nikolaus **Kraus**
Rainer **Ludwig**

AfD-Fraktion
Christian **Klingen**

SPD-Fraktion
Martina **Fehlner**

FDP-Fraktion
Christoph **Skutella**

TOP 4 j

Bestellung der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Landtags für den Landesdenkmalrat

Mitglied	**Stellvertreterin/Stellvertreter**
CSU-Fraktion	
Robert **Brannekämper**	Michael **Hofmann**
Barbara **Becker**	Helmut **Radlmeier**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Dr. Sabine **Weigand**	Ursula **Sowa**
Fraktion FREIE WÄHLER	
Manfred **Eibl**	Jutta **Widmann**
AfD-Fraktion	
Ferdinand **Mang**	Stefan **Löw**
SPD-Fraktion	
Volkmar **Halbleib**	Christian **Flisek**

TOP 4 l

Bestellung von Mitgliedern und stellvertretenden Mitgliedern für den Stiftungsrat der Bayerischen Forschungsstiftung

Mitglied	**Stellvertreterin/Stellvertreter**
CSU-Fraktion	
Sandro **Kirchner**	Johannes **Hintersberger**
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Ludwig **Hartmann**	Katharina **Schulze**